

19. und 20. Heft | 1. Oktober 1915

PAUL KAMPPMEYER · GEMEINSAME ARBEIT ZUM AUFBAU EINES NEUEN DEUTSCHLANDS

IN bürgerlicher Gelehrter und ein sozialistischer Gewerkschaftsführer haben sich zu gemeinsamem Werk die Hände gereicht. Der Bibliotheksdirektor des preußischen Herrenhauses Dr. Friedrich Thimme und der Vorsitzende der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands Carl Legien traten inmitten eines ungeheuren, weltzerspaltenden Krieges mit einer weltaufbauenden sozialen Friedensarbeit an die Öffentlichkeit. Sie gaben ein Sammelwerk heraus, das sie Die Arbeiterschaft im neuen Deutschland betitelten, und kündeten damit eine Art Programm für eine Neugestaltung der Position des deutschen Arbeiters in Deutschland an. Aber dieses Programm hat, obwohl es deutschen Köpfen entstammt, nicht nur einen ausgeprägt deutschen Charakter. Der Gedanke der Sozialisierung der kapitalistischen Wirtschaft, der an zahlreichen Stellen dieses Sammelwerks mit überzeugender Stärke hervortritt, hat seine Wirkungsstätte überall da, wo kapitalistisch produziert und das gesellschaftliche Arbeitsprodukt kapitalistisch verteilt wird. Daher sprach ich auch von einer weltaufbauenden sozialen Friedensarbeit. Natürlich befassen sich viele kritische Ausführungen dieses Sammelwerks mit nur preußisch-deutschen Verhältnissen, wie mit dem Dreiklassenwahlrecht in Gemeinde und Staat, mit dem Herrenhaus und dergleichen. Zunächst bilden die von Legien und Thimme veröffentlichten Aufsätze nur eine Art freier Aussprache über aktuelle politische und soziale Probleme Deutschlands. Und wenn sie alle nur diese Eigenschaft hätten, wenn sie nur ungehindert in zahlreiche bürgerliche und proletarische Köpfe dringen würden, schon dann hätten sie einem großen Zweck gedient: nämlich dem Versuch einer Verständigung zwischen den aufstrebenden bürgerlichen und sozialistischen Elementen über die dringendsten politischen und wirtschaftlich-sozialen Aufgaben der Gegenwart. Diese Elemente haben in Deutschland leider nur zu häufig an einander vorbei geredet. Und es war hohe Zeit, daß sich einmal Männer der Wissenschaft und der Arbeit auf der gleichen Tribüne über die gleichen Deutschland bewegenden großen Fragen verbreiteten. So werden sie sich endlich verstehen — und vielleicht auch verständigen. Daher nannte ich das Sammelwerk einen Verständigungsversuch.

Eine freie Aussprache pflegen in diesem Buch bürgerliche Gelehrte und Arbeiterführer. Keiner der Autoren legt sich hier einen Zwang auf und flüstert da gedämpft, wo er laut und deutlich reden muß. Und das ist gut.

Wir müssen häufig die auf einer andern Welt- und Lebensanschauung erwachsenen Ansichten unserer Zeitgenossen erst kennen lernen. Wer von einer so starken Staatsidee wie Professor Hermann Oncken beseelt ist, der wird mehr mit Lassalle als mit Marx sympathisieren. Was tut es, wenn sich unser Widerspruch gegen die Wertung des Politikers Marx durch Oncken heftig regt, da unser großer Vorkämpfer in der Auffassung Onckens doch gar zu sehr zum Achtundvierziger verkrüppelt wird? Wenn man sich in die politischen Ideen Karl Marx' im Jahr des Völkerfrühlings gründlich vertieft, erscheint einem der gigantische Revolutionär überhaupt nicht mehr als 1848 lebend sondern als ein Sohn des 20. Jahrhunderts, als ein Weltpolitiker, der geistig seiner Zeit um mehrere Menschenalter vorausgeeilt zu sein scheint. Man denke an die kühne Marxsche Kriegspolitik, die nicht nur den russischen Despotismus gewaltsam zerbrechen sondern auch die Weltherrschaft Englands in Trümmer schlagen will. Der Onckenschen Auffassung sei eben in freier Aussprache unsere aus dem Studium von Marx gewonnene Ansicht gegenübergestellt. Das ist und soll ja auch der Zweck der Aussprache zwischen den Männern der offiziellen Wissenschaft und uns sein. Und wo in diesem Buch der Gedanke der politischen und sozialen Reform gar zu gedämpft erschallt, da schmettern wir ihn eben mit verstärkter Kraft in alle Welt hinaus. Das ist unser gutes Recht in dieser freien Diskussion, und das ist unsere Pflicht im heißen Kampf um die politische und wirtschaftlich-soziale Hebung der *unteren* Volksmassen.

Eine freie Aussprache wirkt befreiend auf uns und auf die emporstrebenden Elemente der bürgerlichen Klassen. Aus der Zeit des fluchwürdigen Ausnahmegesetzes hängt uns leider oft noch eine gewisse Vorliebe für die Aussprache in kleinem, uns nur vertrauten Kreisen an. Wir müssen mehr *ins Volk gehen* und mit ihm mehr als bisher eine freie Diskussion über unsere theoretischen und taktischen Ziele pflegen. Die Wahlzeit mit ihrer reichlich praktischen Propagandaarbeit genügt nicht für eine allseitige Beeinflussung der Öffentlichkeit mit unseren sozialistischen Ideen. Wir haben bisher mit dem Pfund, das uns unsere Altmeister hinterließen, zu oft nur im verborgenen, in allzu kleinen Kreisen gewuchert. Wir scheuten uns ängstlich fast vor jeder Berührung mit den bürgerlichen Kreisen, als könnte dadurch die Reinheit und Größe unserer sozialistischen Ideenwelt schwer leiden, als wäre unsere frohe Erlösungsbotschaft nicht an das gesamte Menschengeschlecht, das unter den heutigen Zuständen leidet, sondern nur an das gedrückte Proletariat gerichtet. Unbewußt scheint in uns immer noch das oft gebrauchte und noch öfter mißbrauchte Wort fortzuwirken, daß alle diejenigen, die zurzeit noch ideell oder praktisch Widersacher der Sozialdemokratie sind, nur *eine reaktionäre Masse* bilden. Aber unter diesen Widersachern gibt es manchen wirtschaftlichen Fröner und politischen Leibeigenen, den wir nicht materiell zu überwinden sondern nur geistig zu überzeugen haben, damit er in unsere Reihen einschwenkt. Nichts kleidet eine Volkspartei wie die Sozialdemokratie so schlecht wie die hochfahrende Geste gegenüber den Einschwenkenden, gegenüber den Nachläufern. Sind wir alle doch einst Nachläufer gewesen. Und aus Nachläufern werden oft treffliche Vorläufer.

Erst in freier Aussprache mit Andersdenkenden werden uns die Lücken in unserer Beweisführung kund, werden wir zur plastischen Gestaltung gar zu

allgemeiner abstrakter Ideen gedrängt. Da formen wir erst manchen Begriff gründlich um, den wir als gesicherten, festen Besitz früher in unseren Diskussionen mitführten. Man denke nur an den vieldeutigen Begriff Imperialismus, der so manchen groben Unfug in unseren theoretischen Debatten anrichtete.

Eine freie Aussprache wird aber nicht allein der um die wissenschaftliche Erkenntnis ringende Sozialist herbeiwünschen, sondern vor allem auch der leidenschaftliche sozialdemokratische Agitator, dessen Seele sich ganz in Tätigkeit, ganz in Weltumgestalten aufzehrt. Der wird sich heiß nach dem kräftigsten Widerhall seiner Ideen in allen Volkskreisen sehnen. Er wird die volle Öffentlichkeit für die Diskussion seiner Ziele stürmisch fordern, da er ja gerade die *öffentliche Meinung* für diese erobern will. Diese öffentliche Meinung ist eben eine umgestaltende politische Macht: sie ist, wie Lassalle einmal geistvoll sagt, ein Stück Verfassung.

Eine freie Aussprache zum Zweck der Verständigung. zur Anbahnung einer *Arbeitsgemeinschaft* zwischen bürgerlichen und sozialistischen Schriftstellern streben die Herausgeber des Sammelwerks Die Arbeiterschaft im neuen Deutschland an. Ist diese Gemeinschaft in einer klassengespaltenen kapitalistischen Gesellschaft überhaupt möglich? Steht auf der einen Seite nicht die alte, katastrophal untergehende bürgerliche und auf der andern die neue, ebenso katastrophal aufsteigende proletarische Welt? Nun, die bürgerliche Welt, die einen 14monatigen, unsern ganzen Planeten erschütternden Krieg ertragen konnte, muß noch ein verdammt festes Rückgrat und sehr lebenskräftige Organe besitzen. Darüber dürfen wir uns jetzt keinen Augenblick mehr täuschen. Die Umgestaltung der Wirtschaft dieses Planeten ist ja in diesem Krieg augenscheinlich. Dennoch erfolgt sie nicht katastrophal. Der Welt drängt sich nach und nach eine ungeheure Masse staatlichen Zwangs auf, die den ökonomischen Individualismus in Fesseln schlagen wird. Und diese Methode, die selbst der furchtbarste, verheerendste Kriegssturm innehielt, wird eine schöpferische Friedenszeit nicht als unbrauchbar beiseite werfen. Die führenden Köpfe dieser Umgestaltungsarbeit werden sich in die Ergebnisse der nationalökonomischen und politisch-sozialen Wissenschaft vertiefen müssen. Staats- und kommunalwirtschaftliche Untersuchungen an der Hand eines reichen wissenschaftlichen Tatsachenmaterials sind da zu pflegen. Neue wirtschaftlich-technische Probleme drängen sich den Reformern auf. Man wird die Techniker, die Ingenieure zum Wort kommen lassen müssen. Überall schreit die Gesellschaft förmlich nach Wissenschaft. Das sozialistische Problem ist eben nicht nur ein politisches Machtproblem sondern vor allem auch ein wissenschaftlich-technisches. Bei aller Bedeutung, die unsere sozialistischen Vorkämpfer dem proletarischen Klassenkampf für die Emanzipation der Arbeiterklasse beilegte, verkannten sie doch niemals die Rolle der Wissenschaft für den Aufbau der sozialistischen Gesellschaft. Die ökonomischen Grundlagen dieser Gesellschaft sind ja in hohem Grad von den Leistungen der angewandten Naturwissenschaften, von der Technik in allen ihren Formen bedingt. Und der Mann, der fern von der Massenagitation sozialistischer Organisationen einsam im technischen Laboratorium eine epochemachende, den Arbeitsprozeß auf eine neue gesellschaftliche Basis stellende Entdeckung macht, hat vielleicht ein größeres Revolutionswerk getan als

Tausende von begeisterten Propagandisten des Sozialismus. Das tiefe Verständnis für die ausschlaggebende Bedeutung der Wissenschaft für die Gestaltung der sozialistischen Welt der Zukunft hat von jeher die schöpferischen Köpfe des Sozialismus ausgezeichnet. Und das war eigentlich selbstverständlich, da sie selbst mit vollen Händen aus allen Brunnen der Wissenschaft geschöpft hatten. Sie blickten mit tiefer Dankbarkeit auf die wissenschaftliche und philosophische Forschungsarbeit der Kant, Laplace, Hegel, Saint-Simon, Darwin usw. Und dieses Verständnis haben sie als ihr größtes Vermächtnis auf uns Jünger weitergegeben. So widerborstig oppositionell sich auch die Sozialdemokratie im Reichstag gab und oft auch geben mußte, niemals hat sie eine Etatsforderung für die Wissenschaft abgelehnt. Die Lehren der Wissenschaft, so der Pädagogik, sind von der Sozialdemokratie freudig übernommen und zielklar ausgebaut worden. Und ein namhafter Vertreter der heutigen Pädagogik, Professor Paul Natorp, der in dem Thimme-Legienschen Sammelwerk zum Wort gelangt, spricht sich offen für eine freie Organisation des Schulwesens aus, wie sie die Sozialdemokratie im allgemeinen anstrebt; er weist auf die Ausführungen des Genossen Heinrich Schulz über diese Organisation hin und bemerkt dazu, daß darüber von Schulz manches gesagt ist, was, »in seinem positivsten Gehalt«, er nur zu unterstreichen hätte. Schulz selbst erfaßt in der sozialdemokratischen Bildungsarbeit das allgemein-menschliche kulturelle Moment treffsicher mit folgendem Satz:

«Gewiß hat die organisierte Bildungsarbeit der deutschen Sozialdemokratie in ihrem wesentlichen Teil die *einseitige* Absicht die Arbeiter mit Verständnis und Begeisterung für die geschichtlichen Aufgaben ihrer eigenen Klasse zu erfüllen. Aber so wie die Sozialdemokraten diese Aufgaben auffassen, gehen sie letzten Endes in die allgemeine geschichtliche Kulturaufgabe, in die Arbeit für die Emporhebung der menschlichen Gesellschaft über.»

Dieser Satz weist anschaulich auf das Gebiet hin, auf dem sich der Berufswissenschaftler und der Sozialist finden werden: auf die Arbeit der »Emporhebung der menschlichen Gesellschaft«. Es gibt in der Tat eine Werkstätte, in der heute der die Öffentlichkeit bewegende laute Klassenkampf nicht die stille Arbeitsgemeinschaft zwischen dem Wissenschaftler und dem Sozialisten stört. Ein gewaltiges Betätigungsfeld, und zwar das fruchtbarste, für die Fortentwicklung des Sozialismus ersprießlichste steht dem *gemeinsamen Wirken* aller geistig arbeitenden und forschenden Männer offen: das Gebiet der gesamten Wissenschaften. Heute schon leuchten die Namen der Marx und Lassalle so hell in der Sozialwissenschaft wie die der Smith und Ricardo. Und im *neuen* Deutschland haben wir mit Nachdruck allen Volksgenossen zum Bewußtsein zu bringen, daß eine Arbeitsgemeinschaft zwischen der bürgerlichen und der sozialistischen Geisteswelt auf wissenschaftlichem Boden in der Tat existieren wird. Wir dürfen nicht mehr jedem bürgerlichen Gelehrten den Makel eines bezahlten Werkzeugs der herrschenden Klassen anhängen. Und selbst der aufreizende Satz des Kommunistischen Manifests, daß die Bourgeoisie »den Arzt, den Juristen, den Pfaffen, den Poeten, den Mann der Wissenschaft« in »ihre bezahlten Lohnarbeiter« verwandelt habe, bedeutet nicht etwa, daß diese gegen Bezahlung ihre Wissenschaft auf Befehl der Bourgeoisie fälschen, sondern nur daß diese Vertreter der *freien Berufe* leider sozial in eine abhängige Lohnarbeiterstellung hineingeraten sind. Der Marxsche Satz ist zwar in seiner jetzigen Gestalt eine grobe agitatorische Übertreibung, immerhin würdigt er

nicht die Wissenschaft zu einer bezahlten Bediensteten der Bourgeoisie herab. Solche niedrige Auslegung einer Marxschen agitatorischen Wendung würde ja im schreiendsten Widerspruch zu Marx' tiefer Achtung vor der Wissenschaft stehen.

Freie Aussprache, gegenseitige Verständigung und schließlich gemeinsame Arbeit. Alle Männer der Wissenschaft, die in dem Legien-Thimmeschen Werk zu allen Volksgenossen reden, stimmen in dem Gedanken einer demokratischen Reform unseres politischen, sozialen und wirtschaftlichen Lebens überein. Mehr Demokratie im politischen, mehr Bildung im kulturellen und mehr Sozialismus im wirtschaftlichen Leben: das ist die Grundidee ihres Programms für ein neues Deutschland. Der Staatssozialismus, der Kommunalsozialismus, der Arbeiterschutz, die soziale Versicherung, das Genossenschaftswesen, das Gewerkschaftswesen, alle diese großen sozialen Tätigkeitsgebiete sind in den letzten Jahrzehnten nicht allein von sozialistischen Klassenkämpfern beachtet worden. Hier sind immer <das lehrt die Geschichte> bürgerliche Reformer und proletarische Sozialisten eine große Strecke gemeinsam gegangen. Und dabei sind sie geblieben, was sie waren: die einen sozialistische Klassenkämpfer, die anderen bürgerliche Reformer. Nur daß vielleicht die Bürgerlichen heute vielfach zu der Ansicht gelangt sind, daß tatsächlich die soziale Reform in ihrer gesamten Wirksamkeit über die heutige kapitalistische Gesellschaft selbst hinaustreibt. Das ist Männern wie Ferdinand Tönnies völlig klar. Am Schluß seines ideenreichen Aufsatzes Die Sozialpolitik nach dem Kriege schreibt er: »Das Staatseigentum an den Produktivkräften ist nicht die Lösung des Konflikts, aber es birgt in sich das formelle Mittel, die Handhabe der Lösung. So schrieb Engels vor bald 40 Jahren, und er fügte hinzu: »Diese Lösung kann nur darin liegen, daß die gesellschaftliche Natur der modernen Produktivkräfte tatsächlich anerkannt, daß also die Produktions-, Aneignungs- und Austauschweise in Einklang gesetzt wird mit dem gesellschaftlichen Charakter der Produktionsmittel. Heute dürfen wir sagen: Die gesellschaftliche Natur der modernen Produktivkräfte wird tatsächlich anerkannt, wenn auch dem »Also« noch unermeßliche Schwierigkeiten entgegenstehen. Ungeachtet aller Hemmungen ist aber eine rein fiskalische Verstaatlichung nicht mehr möglich. Jede öffentliche Aneignung von Produktionsmitteln wird von nun an immer in einigem Maße sozialistisch sein, teils infolge jener Erkenntnis und Anerkenntnis teils unter dem Atmosphärendruck der wachsenden Mitwirkung der Arbeiterklasse an der Gesetzgebung und den Staatsgeschäften, das heißt ihrer Teilnahme an der politischen Macht.«

Und die Lösung der sozialen Frage erfaßt dann Professor Tönnies in dem tiefen Sinn, »daß dem Volksgenossen wieder eine Heimat geschaffen werde, daß der Besitzlose am Gemeineigentum und in der Gemeinwirtschaft sein Eigentum und seine Wirtschaft erkenne und finde, daß an die Stelle der Regierung über Personen die Verwaltung von Sachen und die Leitung von Produktionsprozessen treten solle.«

Nicht alle Männer der Wissenschaft, die in dem Werk Die Arbeiterschaft im neuen Deutschland eine Arbeitsgemeinschaft mit uns versuchen, gehen so weit mit uns wie Tönnies. Immerhin können wir mit ihnen ein tüchtig-Stück auf dem Weg der sozialen Reform vorwärts marschieren. Greifen wir hier nur das Genossenschaftswesen heraus, um diesen Gedanken uns zu veranschaulichen. Die Konsumgenossenschaftsbewegung der Neuzeit ist nicht aus dem Klassenkampfprinzip heraus geboren worden, und Männer aller Klassen und Berufe wirken hier einträchtig zusammen. Professor Waldemar Zimmermann weist in seinem Aufsatz Verbrauchswirtschaft und

Arbeiterbewegung nach dem Kriege auf die Konsumgenossenschaften hin und fährt dann fort:

»Erst dem vierzehnten Teil der deutschen Arbeiterschaft kommt die Verbilligung des genossenschaftlichen Warenbezugs, der, abgesehen von den Rückvergütungen, noch nicht halb so viel Unkosten wie der Privathandel verursacht und zum Bareinkauf nützlicher und gediegener Waren erzieht, bisher zugute. Über neun Zehntel der Arbeiterschaft haben an eine Selbstbefreiung von dem Zwischengewinn des privaten Groß- und Kleinhandels, der nach Gustav Maiers Schätzungen auf 1000 Mark Verbrauch städtischer Arbeiterhaushaltungen 333 Mark ausmacht, während der Mehrwertgewinn des produzierenden Unternehmers nur 37 Mark betragen soll, noch nicht gedacht. Hier winken also großartige Aufklärungs-, Erziehungs- und Organisationsaufgaben, die einen starken greifbaren Nutzen für die Massen bergen und den Teuerungsdruck außerordentlich erleichtern können. . .«

Die Arbeit der Männer der Wissenschaft an allen diesen Aufgaben kann der deutschen Arbeiterklasse nur willkommen sein. Sie wirkt direkt in der Richtung der Sozialisierung der kapitalistischen Produktion und Konsumtion. Überhaupt klingen die Aufsätze der bürgerlichen Mitarbeiter am Thimme-Legienschen Werk alle in Vorschlägen einer wachsenden Demokratisierung des Verfassungslebens und einer Sozialisierung der Wirtschaft aus. Aufgabe des sozialistischen Politikers muß es daher sein alle die Kräfte, die dem gleichen Ziel zustreben, planvoll zusammenzufassen, damit sich eine tiefgehende Wandlung der heutigen Gesellschaft im Geist des demokratischen Sozialismus vollzieht. Natürlich werden die Männer der Wissenschaft und die sozialistischen Führer nur bis zu dem Punkt zusammengehen, wo sich die Wege der sozialistischen Klassenkämpfer und der bürgerlichen Reformer trennen. Bis zu diesem Punkt sollen sie aber auch zusammenschreiten, denn dadurch fördern beide ihre ideellen Zwecke.

Die Umgestaltung der heutigen Gesellschaftsordnung im demokratisch-sozialistischen Sinn verleiht der ganzen innern Politik einen andern Charakter. Der wirklichen Demokratisierung und Sozialisierung der innern Politik folgt dann die der äußern. Es war ein im Kern richtiger Gedanke der Marxschen Internationalen, daß die Klassenscheidung im Innern die äußeren Konflikte aufhebt, daß auf der Bahn eines weltorganisierenden Sozialismus die Ausschaltung aller kriegerischen Zusammenstöße liegt. Nicht durch gelegentliche Massendemonstrationen und Kongreßbeschlüsse merzt man den kriegerischen Charakter der Gesellschaft aus sondern durch eine das Innere der Klassengesellschaft wandelnde demokratisch-sozialistische Politik. Und daher hat der demokratische Sozialismus mit seiner großen Friedenspolitik ein Lebensinteresse an der Konzentration aller Kräfte zur Umgestaltung der kapitalistischen Gesellschaft, zur Aufwärtsentwicklung der menschlichen Gemeinschaft überhaupt.

XX
**MAX SCHIPPEL · DIE ROLLE ENGLANDS NACH
 DEN BELGISCHEN GESANDTENBERICHTEN**



AS deutsche Auswärtige Amt war kürzlich in der Lage aus den Jahren 1905 bis 1914 zahlreiche Berichte belgischer Gesandter, aus Berlin, Paris und London an ihre heimische Regierung gerichtet, im genauen Wortlaut veröffentlichen zu können. Genügend im Ausland verbreitet und gewürdigt, werden sich diese mitunter verblüffend offenen geschichtlichen Darstellungen und politischen

Urteile, die von ganz unabhängigen Beobachtern und noch dazu von den anerkannten amtlichen Vertretern eines seit jeher wenig deutschfreundlichen Staates herrühren, hoffentlich als ein wirksamer Schlag gegen die deutschfeindliche Propaganda erweisen, die dem übermächtigen Einfluß Englands auf die internationale öffentliche Meinung zu verdanken ist.

Das starke Unbehagen der international gutorganisierten deutschfeindlichen journalistischen und literarischen Wortführer zeigt sich in der englischen Presse vorläufig überwiegend in dem geflissentlichen Totschweigen dieses (wie es in den Begleitartikeln der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung hieß) »Anklagematerials gegen die Politik der Ententemächte, wie es vernichtender kaum gedacht werden kann«; ein Totschweigen, das gelegentlich mit der vollkommen wahrheitswidrigen Behauptung abwechselte: selbst in Deutschland messe man den in Belgien aufgefundenen Dokumenten kaum irgendwelche besondere Bedeutung bei, so daß für das Ausland vollends jeder Grund zu weiterer Erwähnung und Widerlegung hinwegfalle. Um so mehr haben wir Anlaß die wertvollen Schriftstücke¹⁾ nicht in der Hochflut der heutigen Veröffentlichungen rasch und spurlos wieder untergehen zu lassen. Selbst mancher längst bekannte geschichtliche Zusammenhang tritt durch diese Überblicke, die von so ausnahmsweise günstigen Beobachtungsstellen aus sich vollzogen, klarer und schärfer als sonst hervor. Und am eindrucksvollsten ist dabei die Einmütigkeit, mit der sowohl Baron Greindl und (seit 1912) Baron Beyens in Berlin wie Herr A. Leghait und später (seit 1911) Baron Guillaume in Paris und sogar der belgische Vertreter in London selber, Graf Lalaing, seit dem ersten Anbeginn der neuen politischen Konfliktsära Europas bis zu deren letzter Schlußkatastrophe in England die eigentliche treibende Kraft für die verhängnisvolle Koalition gegen Deutschland sehen, die mit ihrer innern Festigung zu immer beleidigenderer Nichtachtung und unter Umständen zu immer schrofferen Herausforderungen gegen Deutschland und das verbündete Donaureich fortschreitet.



IE schärfste Kennzeichnung und Zurückweisung der englischen weltpolitischen Vormachtsansprüche und Alleinherrschaftsgelüste findet man, in immer neuer Einkleidung und Anknüpfung, bei Baron Greindl, dem Gesandten Belgiens in Berlin. Gleich in einem der ersten Berichte, vom 18. Februar 1905, wendet er sich gegen die teils wohlberechnete teils aus künstlich geweckten unklaren Angstvorstellungen (aus, wie es später einmal noch drastischer heißt, »einseitiger, geradezu hypnotischer Furcht«²⁾) entstandene Verdächtigung: Deutschland hege »aggressive Absichten« gegen England. Deutschland habe bei einem Krieg mit England nichts zu gewinnen, außerdem sei es auf einen solchen Kampf nicht vorbereitet. Trotz dem Wachstum der deutschen Seestreitkräfte seien diese den englischen doch noch derartig unterlegen, daß es seitens Deutschlands Wahnsinn wäre einen Krieg heraufzubeschwören: »Die deutsche Flotte wurde lediglich zu Verteidigungszwecken geschaffen. . . Die wahre Ursache des Hasses der Engländer gegen Deutschland ist die Eifersucht, hervorgerufen durch die außergewöhnlich rasche Entwicklung der deutschen Handelsflotte, des deutschen Handels und der deutschen Industrie. Dieser Haß wird

¹⁾ Siehe die vom Auswärtigen Amt herausgegebenen Belgischen Aktenstücke 1905 bis 1914: Berichte der belgischen Vertreter in Berlin, London und Paris an den Minister des Außern in Brussel Berlin 19:

²⁾ Siehe Bericht 56 vom 22. März 1909, loc. cit., pag. 67.

fortbestehen, bis die Engländer sich mit dem Gedanken vertraut gemacht haben, daß der Welthandel kein Monopol ist, welches England von Rechts wegen zukommt.«³⁾

England, heißt es wiederum im Mai 1907, als das Liebeswerben um die französische und russische Unterstützung, sogar um Spanien, immer deutlicher zutage trat, sehe »mit scheelen Blicken auf die wunderbaren Fortschritte Deutschlands auf dem Gebiet der Industrie, des Handels und der Handelsmarine«. Gewohnt, ohne Nebenbuhler dazustehen, erscheine ihm jedwede Konkurrenz als ein Eingriff in seine Rechte. Angesichts der Entwicklung der Kriegsmarine des Deutschen Reiches »heuchelt England Besorgnisse, deren Aufrichtigkeit ich aber für mehr als zweifelhaft halte«. Es müsse doch wissen, daß ein deutscher Angriff selbst in einer recht fernen Zukunft tatsächlich unmöglich sei. Im Gegenteil, Deutschland habe alles zu fürchten: »Seit Jahrhunderten ließ England es sich angelegen sein die Seestreitkräfte fremder Nationen zu vernichten, sobald sie eine gewisse Bedeutung erlangt hatten.«⁴⁾

Greindls Nachfolger, Baron Beyens, bezeichnet gleichfalls die »Nebenbuhlerschaft auf dem Gebiete der Industrie und des Handels« als die »tieferliegende Ursache« für die jüngste Abneigung des englischen Volkes gegen das deutsche:

»Mit wohlverständlichem Neid sieht England, wie ein europäisches Volk im Kampf auf dem Weltmarkt jedes Jahr an Boden gewinnt und also auch in dieser Hinsicht die Vormachtstellung bedroht, die es sich gesichert hatte.«⁵⁾

Vielleicht, könnte man vermuten, standen Greindl und sein Nachfolger zu sehr unter dem Einfluß der amtlichen und großbürgerlichen Kreise, von denen sie in Berlin umgeben waren. Aber eine nicht minder besorgte und warnende Sprache führt der Gesandte Belgiens in London. Gleichfalls bereits Februar 1905, also vor der ersten Marokkokrise und vor der Kaiserreise nach Tanger, betonte er »die Feindseligkeit des englischen Publikums gegenüber dem deutschen Volk«. Diese gründe sich auf Eifersucht und Furcht: auf Eifersucht angesichts der wirtschaftlichen und handelspolitischen Pläne Deutschlands, auf Furcht in dem Gedanken, daß die Vorherrschaft zur See England leicht eines Tages von der deutschen Flotte streitig gemacht werden könnte. Diese Vorstellungen würden noch von der englischen Presse, unbekümmert um internationale Verwickelungen, genährt, und ein Seitenhieb auf den ehrgeizigen Kaiser und die geheimen Treibereien seines Kanzlers (Bülow) finde unfehlbar immer den Beifall der Menge. Der chauvinistische Geist verbreite sich im englischen Publikum, und die Zeitungen führten allmählich die öffentliche Meinung irre, die »schon so weit gebracht worden ist, daß sie Deutschland nicht mehr das Recht zuerkennt seine Seestreitkräfte zu vermehren und in seinem Marinebudget eine Herausforderung Englands erblickt.«⁶⁾ Am 24. Mai 1907 wird er in seiner Darstellung der unheilschwängern und dennoch unaufhaltsamen Strömung noch bitterer:

»Gewisse vernünftige Leute sind sich darüber klar, wie unzutraglich es ist eine so mißgünstige Stimmung andauern zu lassen, aber die Palliativmittel, die man angewandt hat, und die die liberale Regierung begünstigt, bleiben einstweilen unwirksam. Es ist umsonst, daß man Besuche in Berlin von Stadträten, Parlamentsmit-

³⁾ Siehe Bericht 2 vom 18. Februar 1905, loc. cit., pag. 2.

⁴⁾ Siehe Bericht 31 vom 30. Mai 1907, loc. cit., pag. 36.

⁵⁾ Siehe Bericht 92 vom 28. Juni 1912, loc. cit., pag. 109.

⁶⁾ Siehe Bericht 1 vom 7. Februar 1905, loc. cit., pag. 1.

gliedern und Vertretern bedeutender Zeitungen organisiert hat und noch organisiert. Eine gewisse Kategorie der Presse, hier unter dem Namen Gelbe Presse bekannt, trägt zum großen Teil für die feindselige Stimmung zwischen den beiden Nationen die Verantwortung. Was kann man denn auch von einem Journalisten wie Herrn Harmsworth, heute Lord Northcliffe, Herausgeber der Daily Mail, des Daily Mirror, des Daily Graphic, des Daily Express, der Evening News und der Weekly Dispatch, erwarten, der in einem Interview für den Matin sagt: „Ja, wir verabscheuen die Deutschen, und das von Herzen. Sie machen sich in ganz Europa verhaßt. Ich werde nicht zugeben, daß meine Zeitung auch nur das geringste druckt, was Frankreich verletzen könnte, aber ich möchte nicht, daß sie irgendetwas aufnimmt, was den Deutschen angenehm sein könnte.“ . . . Diese Art von Journalisten, Herausgeber billiger und vielgelesener Blätter, fälschen nach Belieben die Meinung eines ganzen Volkes. Es ist klar, daß das amtliche England im stillen eine Deutschland feindliche Politik befolgt, die auf eine Isolierung abzielt, und daß König Eduard es nicht verschmäht hat seinen persönlichen Einfluß in den Dienst dieser Idee zu stellen; aber es ist sicher sehr gefährlich die öffentliche Meinung in so offenkundiger Weise zu vergiften, wie es die unverantwortliche Presse, von der hier die Rede ist, tut.“⁷⁾

Der Hinweis auf den rührigen und geschickten König Eduard VII. ist in den Berichten nicht selten. Kein persönlich sympathischer Zug wird dabei jemals hervorgehoben, wie dies bei der Erwähnung des deutschen Kaisers häufig geschieht. Aber die Zähigkeit, Klugheit und Kaltblütigkeit dieses gekrönten Hauptes der antideutschen Einkreisungs- und Einschnürungspolitik gesteht man zu, obwohl oft recht widerwillig und unter schweren Bedenken. Was die Presse, von vornherein mit den Times an der Spitze, für die Stimmung der breiten Volksmassen war, das leistete König Eduard für das Spinnen und Anknüpfen immer neuer Verbindungsfäden mit allen ausländischen Kräften, die dauernd oder vorübergehend durch das deutsche Aufstreben sich beeinträchtigt fühlten, oder die durch Anstachelung ihrer Eigenliebe und durch allerlei schillernde Verheißungen und Versprechungen nicht allzu schwer in Gegensatz zur deutschen Fortentwicklung zu bringen waren.

Baron Greindl räumt gleich nach dem oben angeführten Bericht des Grafen Lalaing ein, daß der König von England persönlich eine Politik betreibt, deren Endziel die Isolierung Deutschlands ist; sein Vorgehen entspreche jedoch dem »Empfinden der Nation, die durch eine skrupellose Presse irregeleitet ist«), und die, um das gleichzeitige Urteil des damaligen Londoner Geschäftsträgers E. von Cartier zu wiederholen, sich mehr und mehr daran gewöhnt die internationalen Fragen als ausschließliche Domäne König Eduards zu betrachten«, dessen »tiefen politischen Sinn und erfolgreiche Staatskunst« sie »bewundert.«⁸⁾ Zu Beginn des Jahres 1909, als sich Eduard VII. endlich zu seiner längst fälligen Reise nach Berlin herabläßt und durch seine Schweigsamkeit und Zurückhaltung »gerade nur den Forderungen der Höflichkeit Genüge«⁹⁾ tut, und als trotzdem die harmlosen Nichts-als-Frieden-Seher die antideutsche Koalitionspolitik sofort wieder für beendet erklären, höhnt der Berliner Gesandte:

„Der Besuch des Königs von England fällt mit einer erheblichen Vergrößerung des [englischen] Marinebudgets zusammen, mit dem Bau neuer Panzer vom Dreadnoughttyp und mit der Bildung des stärksten Geschwaders, das es je gegeben hat, und dessen Heimatshafen der Punkt in der Nordsee ist, der den deutschen Küsten

⁷⁾ Siehe Bericht 30 vom 24. Mai 1907, loc. cit., pag. 35.

⁸⁾ Siehe Bericht 32 vom 8. Juni 1907, loc. cit., pag. 40.

⁹⁾ Siehe Bericht 28 vom 12. April 1907, loc. cit., pag. 33

¹⁰⁾ Siehe Bericht 55 vom 17. Februar 1909, loc. cit., pag. 60.

räumlich am nächsten gelegen ist. Geschieht dies lediglich zum Schutz gegen einen etwaigen Angriff, den Deutschland gar nicht in der Lage ist zu unternehmen? . . . Der König von England versichert, daß die Erhaltung des Friedens immer das Ziel seiner Bemühungen gewesen sei; das hat er seit Beginn des erfolgreichen diplomatischen Feldzugs immer gesagt, den er in der Absicht geführt hat Deutschland zu isolieren; aber es kann einem nicht entgehen, daß der Weltfrieden niemals ernstlicher bedroht war, als seitdem der König von England ihn zu festigen trachtet.«¹¹⁾

Sollte der Berliner Gesandte wirklich, wie ihm jetzt die Times in ihrer Verlegenheit nachsagen, englandhasserische Neigungen besessen haben, so schärfte sie ihm jedenfalls den Blick für die Konflikte, zu denen eine solche rücksichtslos einseitige Einkreisungspolitik naturnotwendig treiben mußte. Unter dem 31. März 1909 schreibt er an seine Regierung:

Die Verfassung der Gemüter in England erinnert an die in Frankreich während der Jahre 1866 bis 1870. Damals ließen sich die Franzosen für berechtigt Deutschland an der Wiederherstellung seiner Einheit zu verhindern, weil sie darin eine Bedrohung der Vorherrschaft sahen, die Frankreich bis dahin auf dem Festland ausgeübt hatte. Ebenso betrachtet man heute in London die Weigerung sich vertraglich dazu zu verpflichten von der Gnade Englands abhängig zu bleiben als einen unfreundlichen Akt und eine Bedrohung des Friedens.«¹²⁾

ZWISCHEN lebensvollen, vorwärtsstrebenden Staatswesen werden selbstverständlich Reibungen und selbst Konflikte niemals ganz ausbleiben. Wirtschaftliche und politische Entwicklung ist hier niemals ein ununterbrochenes, ungestörtes Nebeneinanderlaufen in ganz der gleichen Richtung. Aber wenn man die im Lauf der Jahrzehnte erreichten Fortschritte zu friedlicher gegenseitiger Verständigung und Neuanpassung für das Völkerleben im allgemeinen noch so gering anschlagen mag: zwischen Deutschland und seinen beiden großen Nachbarstaaten im Westen und im Osten waren zuletzt, noch über die Wende des Jahrhunderts hinaus, jederzeit erträgliche und zeitweise sogar freundschaftliche Beziehungen aufrechtzuerhalten gewesen. Selbst die Entgegensetzung des französisch-russischen Zweibunds gegen den alten Bismarckschen Dreibund hatte keine dauernde ernste Kriegsgefahr zu erzeugen vermocht. Rußland verspürte im Ernstfall wenig Lust sich für den Rückfall Elsaß-Lothringens an Frankreich zu opfern, und mit der Zeit stumpfte sich so in Frankreich selber der Revanchegedanke ab. Umgekehrt lagen die Streitfragen des Nahen und Fernen Ostens den französischen Lebensinteressen viel zu weit ab, um Rußland, im Vertrauen auf die unausbleibliche französische Unterstützung, zu Abenteuern gegen europäische Großmächte zu verlocken. Alle Streitausbrüche ließen sich unter dieser Gruppierung der Mächte örtlich begrenzen oder bis zu leidlicher Ungefährlichkeit dämpfen.

Mit dem Wachstum und der Verschärfung der englischen Einkreisungspolitik verschoben sich die Grundlagen dieses zwar schwankenden, aber immerhin erträglichen internationalen Gleichgewichtszustands vollständig. Alle vorgänglichen und zum Teil bereits eingesargten Gegensätze gegen Deutschland wurden jetzt künstlich neubelebt und durch die Erweckung verstiegener Hoffnungen gelegentlich bis zur Weißglut erhitzt. Alles versöhnliche Entgegenkommen wurde verhindert, indem man bei jeder Interessenauseinandersetzung die englische Flotte und Finanzkraft demonstrativ der deutschgegnerischen Seite zur Verfügung zu stellen sich anschickte.

¹¹⁾ Siehe Bericht 54 vom 13. Februar 1909, loc. cit., pag. 65.

¹²⁾ Siehe Bericht 57 vom 31. März 1909, loc. cit., pag. 68.

Aus kühlen, mitunter frostigen Beziehungen wurden nunmehr unbestreitbare Unfreundlichkeiten, aus Unfreundlichkeiten ernste und folgenschwere Herausforderungen: dies alles jederzeit unter der Führung und dem ermutigenden Zuspruch seitens Englands, bis der zermalmende Stein des immer drohenden und immer wieder verhüteten Weltkriegs wie ganz von selber, ohne daß sich im letzten Augenblick die Schuld des beteiligten Einzelstaats jedesmal beweiskräftig feststellen ließe, dem Abgrund zurollte. Reichlich 10 Jahre des äußerlich gewahrten Friedens erscheinen so beim Rückblick wie ein volles Jahrzehnt unablässig glimmender Kampfbereitschaft, aus der jeden Augenblick die helle Kriegsflamme emporzüngeln konnte: ein Friedenszustand, der, als ständig weiterdauernd gedacht, mit seinem Zeren und Wühlen angesammelter und entfesselter Interessengegensätze niederdrückender und wohlstandsvernichtender wirken mußte als ein 1- oder 2jähriger Krieg, der alsdann auf 1 oder 2 Menschenalter den Fluß der europäischen Staatenentwicklung wieder in neue feste Strombetten hineinzwang. Auf die unheilvolle Rolle Englands, die in letzter Linie über den Gesamtverlauf der größten weltgeschichtlichen Tragödie entschied, fällt in den Gesandtenberichten manches treffende Licht.

Bei dem ersten wie beim zweiten Marokkokonflikt offenbarten sich in Frankreich noch ansehnliche, einer allgemeineren Verständigung mit Deutschland günstige Unterströmungen. Die Tätigkeit Jaurès' und seiner näheren Parteifreunde ist uns als Sozialdemokraten in getreuer und dankbarster Erinnerung geblieben. Immer von neuem verfocht der unersetzliche sozialistische Führer die Anschauung: man dürfe die deutschen Interessen, in Marokko und anderwärts, nicht verletzen, damit Frankreich und Deutschland zu einem Einvernehmen gelangten, das auf lange Zeit den Frieden Europas sicherzustellen berufen wäre. Doch selbst bei dem neuen französischen Botschafter in Berlin, Herrn Cambon, erkennt Baron Greindl 1907 noch »ersichtlich den Wunsch die Beziehungen seines Landes zu Deutschland zu verbessern, und es besteht Grund zur Annahme, daß er bestimmte Vorschläge unterbreitet hat oder sie zu unterbreiten beabsichtigt, sobald ihm der Zeitpunkt dafür günstig erscheint.«¹³⁾ Ein Jahr darauf äußert sich allerdings der gleiche Gesandte enttäuscht. Für die Verbesserung der Beziehungen zu Frankreich habe man große Hoffnungen auf Herrn Cambon gesetzt; er zeige sich aber im Gegenteil argwöhnisch, mißtrauisch, wittere überall Hintergedanken und sei »schlecht informiert, wie übrigens alle Diplomaten, die Spione benutzen.«¹⁴⁾ Aber charakteristisch bemerkt der belgische Diplomat gleich dazu: seine (Cambons) Aufgabe werde ihm nicht durch die Haltung erleichtert, die die französische Regierung eingenommen habe, »seitdem die Politik des Königs von England die Sicherheit Europas empfindlich gemindert hat«. 2 Monate darauf konnte indes Herr von Schoen, damals Staatssekretär im Berliner Auswärtigen Amt, abermals den friedlichen Einfluß anerkennen, den Frankreich zurzeit ausübe:

»Die persönliche Politik des Königs von England sei ausgesprochen deutschfeindlich. Nach den der Kaiserlichen Regierung zugegangenen Nachrichten habe England auf dem Weg der Entente mit Frankreich und Rußland viel weiter gehen wollen als es ihm tatsächlich gelungen sei. Frankreich habe abgelehnt. Noch ehe die Gerüchte über ein Bündnis im Umlauf waren und noch während des Aufenthalts des Herrn Fallières in London hatte Herr Cambon Herrn von Schoen aufgesucht

¹³⁾ Siehe Bericht 36 vom 1. Juli 1907, loc. cit., pag. 44.

¹⁴⁾ Siehe Bericht 45 vom 10. Mai 1908, loc. cit., pag. 54.

und ihm gesagt, die französische Regierung befinde sich in einer heiklen Lage. Ohne weitere Erklärungen zu geben, bat er den Staatssekretär etwaigen beunruhigenden Gerüchten keinen Glauben zu schenken und versichert zu sein, daß Frankreich ehrlich den Frieden wolle.«¹⁵⁾

Ähnlich urteilt gleichzeitig Herr A. Leghait von Paris aus. Die französische Politik sei von friedfertigen Ideen geleitet. Aber werde Frankreich als Höriger der englischen Politik (»la France inféodée à la politique anglaise«), im Schlepptau Englands (»entraînée dans l'orbite de l'Angleterre«) »immer Herr der Lage bleiben und vermeiden können, daß jenseits des Rheins gefährliche Verstimmungen entstehen«¹⁶⁾

Noch kurz vor Ausbruch des Krieges sammelten sich in der Tat die besonnenen, Deutschland als nachbarlichen Großstaat achtenden Elemente abermals um Caillaux, der schon 1911 als Ministerpräsident mit Berlin zu unterhandeln versuchte, vor allem große gemeinsame deutsch-französische Finanzgeschäfte erstrebte und damit den Zorn aller Nationalisten, gleichviel ob sie radikales oder konservatives Gewand trugen, herausgefordert hatte, bis er, sicherlich nicht ohne englische Mitwirkung, Ende 1911 Herrn Poincaré weichen mußte. Gerade hier ist es lehrreich, wie alle drei bericht-erstattenden belgischen Gesandten, in Paris und London wie in Berlin, der versöhnlicheren Richtung in Frankreich das Übergewicht wünschen, und wie sie die Gefahr für die Heraufbeschwörung eines Weltbrands immer wieder in England erblicken. Am 15. Januar 1912, nach dem ersten Sturz Caillaux', lautet beispielsweise der Bericht aus London:

„Die Enthüllungen, welche die jüngste Ministerkrise in Frankreich hervorgerufen haben, waren für die englische Regierung unangenehm. Sie scheinen zu beweisen, daß der französische Ministerpräsident ohne Wissen des Ministers des Äußern und seiner anderen Kollegen mit Berlin zu unterhandeln versuchte, ein Umstand, der geeignet ist eine Regierung zu beunruhigen, welche ihre Interessen mit denen Frankreichs verkettert hat. . . Diese Enthüllungen verstärkten ferner den Eindruck, daß Herr Caillaux insgeheim eine Politik weitestgehender Konzessionen an Deutschland begünstigte. . . Man wagt heute in England kaum sich einzugestehen, daß man anscheinend päpstlicher als der Papst gewesen ist und unversöhnlicher als der Freund, dem man helfen wollte. . . Die Presse begrüßt daher mit ungeteilter Freude den Abgang des Herrn Caillaux.«¹⁷⁾

Am 16. Januar 1914, wenige Monate vor der Entladung des Gewitters, wünscht Baron Guillaume dem Herrn Caillaux, der als Finanzminister in die Regierung zurückgekehrt ist, möglichst freien Spielraum:

¹⁵⁾ Siehe Bericht 50 vom 18. Juli 1908, loc. cit., pag. 60.

¹⁶⁾ Siehe Bericht 51 vom 20. Juli 1908, loc. cit., pag. 62.

¹⁷⁾ Siehe Bericht 87 vom 15. Januar 1912, loc. cit., pag. 104. × Manche persönlichen Zusammenhänge warten noch heute der Aufklärung. So konstatierte nach Baron Greindl (Bericht 46 vom 13. Mai 1908, pag. 56) Schiemann in der Wochenschau der Kreuzzeitung den »Eindruck, als gäbe es in Frankreich eine doppelte Politik, die des Herrn Pichon und die einer andern mächtigeren Persönlichkeit, der daran liege die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich zu verschärfen. Ohne Namen zu nennen, weist Herr Schiemann deutlich auf Herrn Clemenceau hin, von dem es hier seit langem heißt, er stehe im Sold Englands.« 4 Jahre später diente nach der Pariser Vorwärtskorrespondenz (vom 12. Januar 1912, Die französische Ministerkrise) der so ungünstig bewertete Clemenceau als Haupthebel zum Sturz Caillaux':

„Das Ministerium Caillaux ist nun doch den Intrigen der Ministerstürzer erlegen. Wochenlang war Clemenceau wütend und ungeduldig um Caillaux herumgeschlichen. Nun ist ihm wieder einmal ein Ministersturz geglückt. . . Der lauernde Clemenceau hat sich den erklärlichen Ärger der professionellen Diplomaten über die direkte Aktion der Finanzzunutze gemacht und mit Hilfe der Indiskretionen des erbosten de Selves, der ihm jede Äußerung Caillaux' brühwarm zutrug, gegen diesen in der nationalistischen Presse sowie namentlich im Blatt der Genfer (?) Konservativen eine überaus heftige Kampagne organisiert, die gegen die kühlen Geschäftskombinationen des Ministerpräsidenten auch die chauvinistischen Gefühle mobil machen soll. Herr de Selve verhalf dem alten Intriganten schließlich zum Erfolg, und die Bedingungen, die Delcassé Caillaux stellte, gaben diesem schließlich den Rest. Denn was Delcassé forderte, war nicht mehr und nicht weniger als vollständige Unabhängigkeit seiner auswärtigen Politik von den Einwirkungen des Ministerrats. Darauf konnte natürlich Herr Caillaux nicht eingehen und gab seine Demission.«

»Es scheint mir sicher, daß wir mehr Interesse daran hätten die Politik des Herrn Caillaux, der Radikalen und radikalen Sozialisten, erfolgreich zu sehen. . . Herr Caillaux, der der eigentliche Ministerpräsident ist, neigt bekanntlich zu einer Annäherung an Deutschland. Er ist ein ausgezeichnete Kenner seines Landes und weiß, daß, abgesehen von den politischen Führern, einer handvoll Chauvinisten und von Leuten, die ihre Gedanken und Neigungen nicht einzugestehen wagen, die Mehrheit der Franzosen (Bauern, Kaufleute, Industrielle) nur widerwillig die übermäßigen Ausgaben und persönlichen Lasten erträgt, die man ihnen auferlegt. Die eigentliche Wahlkampagne wird beginnen. . . Auf alle mögliche Art und Weise sucht man die Politik des Herrn Caillaux mattzulegen; man will verhindern, daß er die nächsten Wahlen macht; niemand kann in diesem Augenblick die Ergebnisse dieses Kampfes voraussehen. Aber ich lege Wert darauf Sie darauf aufmerksam zu machen, daß wir als Belgier sicherlich nicht den Sturz von Caillaux wünschen können. . . Seine Beteiligung an der Regierung wird, meiner Meinung nach, die internationalen Reibungsflächen verringern und eine bessere Grundlage für die deutsch-französischen Beziehungen bilden.«¹⁸⁾

Diese Bemühungen führten sogar zeitweilig zu immerhin nicht zu verachtenden praktischen Ergebnissen. Im Februar 1914 war, unter starkem persönlichen Eingreifen des deutschen Reichskanzlers, bis auf die letzten Formalitäten ein deutsch-französisches Einvernehmen über die Eisenbahnbauten in Kleinasien erreicht. Den heimtückischen Gegenstoß gegen den französischen Hauptträger dieser Annäherungspolitik bildete alsdann der dunkle Preßfeldzug des Figaro, der Frau Caillaux zu dem Attentat gegen Calmette reizte, und der die öffentliche Laufbahn des Versöhnungspolitikers vorläufig abschloß: seit den kritischsten Tagen des Vorjahrs weilt er bekanntlich in halb unfreiwilliger Verbannung in Argentinien.¹⁹⁾



INTERDES glaubte der Pariser Gesandte 1905, als die Einkreisungspolitik nur in ihren ersten unbestimmteren Umrissen erkennbar wurde, noch an den Wunsch Englands einem Konflikt aus dem Weg zu gehen; »aber führen uns seine selbstsüchtigen Bestrebungen nicht geradewegs zum Krieg? Die deutschen Beschwerden seien gegen die Regierung der Republik gerichtet, bezögen sich aber im Grunde auf Großbritannien:

»Frankreich muß sich darüber klar sein, daß, wenn die Politik Delcassés fortgesetzt wird, es einst die Kosten eines Krieges tragen wird, dessen Früchte England zufallen werden.«²⁰⁾

Schon im Mai vorher beängstigte den gleichen Pariser Vertreter der Besuch des englischen Königs und dessen Vertraulichkeit mit Delcassé just in dem Augenblick, als die erste große Marokkospannung noch fortbestand; man könne versucht sein «der wohlwollenden Politik Englands gegenüber Frankreich in der Marokkofrage machiavellistische Absichten zu unterstellen.«²¹⁾

¹⁸⁾ Siehe Bericht 110 vom 16. Januar 1914, loc. cit., pag. 127 f.

¹⁹⁾ Auch zum Figaroattentat ist die Pariser Vorwärtskorrespondenz lehrreich (Leitartikel vom 21. März 1914: Zusammenbruch): »Lassen wir die Begebenheiten der letzten Monate vor uns im Flug wieder vorüberziehen. Im Herbst ermannt sich die radikale Partei noch einmal. Sie gibt sich auf dem Kongreß in Pau eine Organisation und ein Programm, an dessen Spitze die Wiederherstellung der 2jährigen Dienstzeit. . . steht. Im Dezember gelingt es der gesammelten Kraft der Linken das Ministerium Barthou zu werfen; der Führer der radikalen Partei Caillaux wird Finanzminister. . . Caillaux ist ein glänzend klarer Kopf, ein Virtuose in der Kunst die schwierigsten, verwickeltesten Fragen der Finanzpolitik zu durchleuchten. . . Aber für die nationalistische Demagogie ist er auch der Mann, der Deutschland auf Grund hochverräterischer geheimer Machenschaften, über den Kopf seiner Ministers des Auswärtigen den Kongo »ausgeholt«, der für die Zulassung der deutschen Werte an der Pariser Börse im stillen gearbeitet und sich über die Entente mit England in einem kritischen Augenblick abschätzig ausgesprochen hat. . . Es galt Caillaux in seiner politischen Betätigung zu kompromittieren, ihn als korrupt, als Amtsverbrecher, als Lügner und Komödianten hinzustellen. Dies besorgte Calmette im Figaro.«

²⁰⁾ Siehe Bericht 11 vom 24. Oktober 1905, loc. cit., pag. 14.

²¹⁾ Siehe Bericht 4 vom 7. Mai 1905, loc. cit., pag. 5.

Als im März 1906, mitten in den Algecirasverhandlungen, der englische König bei einem neuerlichen Pariser Aufenthalt Delcassé demonstrativ auszeichnet, wird »diese Kundgebung in diplomatischen Kreisen als höchst gefährlich« angesehen: »kurz und gut, man hat hierin mit Besorgnis ein Anzeichen für das Bestreben Englands gesehen die Lage so zu vergiften, daß der Krieg unvermeidlich würde«. Dadurch daß Eduard VII. den Mann zu sich rief, dessen Rücktritt Deutschland gefordert habe, heiße er feierlich eine Politik gut, die Frankreich nach Deutschlands Widerspruch »selbst von sich gewiesen« habe. »Wenn überhaupt noch Zweifel über die Absichten Großbritanniens bestehen konnten«, meint der Gesandte in Paris, »so sind sie jetzt zerstreut.«²²⁾

Als dieser Pariser Bericht nach Berlin zur Kenntnisnahme übermittelt war, verhehlte Baron Greindl noch weniger sein Befremden. Die Stellungnahme des englischen Königs für Delcassé sei nichts als »eine Herausforderung« gewesen; es bestehe kein Zweifel mehr, daß es der König von England gewesen sei, der »Herrn Delcassé in eine kriegerische Politik hineingetrieben und ihm das übrigens nicht ausführbare Versprechen gegeben hat 100 000 englische Soldaten in Holstein zu landen«:

»Die englische Presse hat alles Erdenkliche getan, um zu verhindern, daß die Konferenz von Algeciras zum Ziel führe. Sie hat sich unversöhnlicher gezeigt als die französischen Zeitungen. . . Augenscheinlich hat der englische Botschafter in Algeciras nicht die geringsten Anstrengungen gemacht, um eine für Deutschland und Frankreich gleich annehmbare Lösung zu finden.«²³⁾

Nach dem Schreiben des belgischen Vertreters in London hatte Grey gleichfalls, offenbar in wohlberechneter Absicht, zu wiederholten Malen den verschiedenen in London beglaubigten Botschaftern gegenüber unterstrichen, daß Großbritannien angesichts der Algecirkonferenz in seiner Unterstützung Frankreichs »bis zum Äußersten« gehen werde, »selbst im Fall eines deutsch-französischen Krieges und auf alle Gefahr hin.«²⁴⁾ Und bei den Verhandlungen erwies sich darauf Herr Nicolson als der selbe Friedensstörer wie 5 Jahre später nochmals Lloyd George. Immer konnte, da entsprechend starke unmittelbare Interessen Englands an den strittigen Einzelfragen nicht vorlagen, dieses geflissentliche Rückensteifen der einen Streitpartei nur dem Zweck dienen: entweder den offenen Zusammenstoß mit Deutschland sofort zu schaffen oder Frankreich innerlich mit Deutschland derart zu verfeinden und mit England derart zu verbinden, daß für die Zukunft keine freie Wahl des Anschlusses mehr blieb.

Ein knappes Jahr nach dem dennoch erzielten Abschluß der Algecirkonferenz überraschte der englische König abermals die Pariser Kreise mit seiner Anwesenheit; »diese unerwartete Reise hat sogar bei der Regierung der Republik eine gewisse Überraschung hervorgerufen«. Leghait vermutet als Ursache die damals wahrzunehmende Abschwächung der Englandbegeisterung; die öffentliche Meinung in Frankreich beginne den Wunsch zu hegen Frankreich von der britischen Einmischung zu befreien:

»Seit kurzem besteht eine zwar noch stumme und schüchterne, aber sehr bezeichnende Opposition gegen die Verblendung, mit der man sich in das Fahrwasser Englands hineinziehen läßt. Die Ratschläge und Absichten dieser Macht erscheinen nicht mehr so uneigennützig wie im Anfang. Infolgedessen bildet sich eine Partei, die das Joch dieses fremden Einflusses abschütteln will, um Frankreich eine grö-

²²⁾ Siehe Bericht 16 vom 6. März 1906, loc. cit., pag. 19.

²³⁾ Siehe Bericht 17 vom 5. April 1906, loc. cit., pag. 20 f.

²⁴⁾ Siehe Bericht 15 vom 14. Januar 1906, loc. cit., pag. 18.

Bere, ehrenvollere Handlungsfreiheit zu geben. . . Es ist also nicht erstaunlich, daß angesichts dieser Lage der Dinge der König Eduard den Wunsch gehabt hat herzukommen, um mit den Mitgliedern der Regierung der Republik zu sprechen und den Einfluß zu befestigen, den er zu verlieren fürchtet. Man fragt sich, welches Ergebnis diese neuen Bemühungen haben, und ob sie nicht als eine allzu starke Pression werden empfunden werden, mit der Wirkung der Reaktion gegen diese fremde und verdächtige Einmischung neue Nahrung zuzuführen. . . In seiner Unterredung mit Herrn Clemenceau und mit dem Kriegsminister hat der König nachträglich auf die Notwendigkeit hingewiesen die Land- und Seestreitkräfte Frankreichs stark zu erhalten. . . Ich glaube, daß die Regierung der Republik diesen letzten englischen Besuch ebenso gern vermieden gesehen hätte, und daß sie das Bewußtsein hat damit etwas zu viel von der Verantwortung für die englisch-deutsche Antipathie auf sich genommen zu haben. . . Man ist sich dieser heiklen Lage und der Gefährlichkeit des Spiels hier so sehr bewußt, daß alle offiziellen und ernsthaften Preßorgane sich über diese Lage der Dinge ausschweigen und keins von ihnen dieser neuen Kundgebung der englischen Freundschaft sich zu freuen wagt.«²⁵⁾

Wie überlegt England schließlich bei der zweiten Marokkoauseinandersetzung vom Jahr 1911 den agent provocateur spielte, wird den Lesern noch fest im Gedächtnis wurzeln. Dem Londoner Vertreter Belgiens wurde in jenen kritischen Tagen erster Ordnung »aus durchaus zuverlässigen Quellen mitgeteilt, daß die Offiziere des aktiven Heeres damals plötzlich von ihrem Urlaub zurückberufen wurden, daß Ankäufe von Pferden für die Kavallerie stattfanden, und daß das Nordseegeschwader zeitweise in Kriegsbereitschaft gesetzt wurde.«²⁶⁾ Baron Greindl wiederum behandelt die Versuche Greys hinterher die Alarmnachrichten auf »politischen Alkoholismus« zurückzuführen sehr von oben herab. Vielmehr stehe fest, »daß man sich in London mit dem Plan befaßt hat Frankreich in einem Krieg mit Deutschland durch die Landung eines Korps von 150 000 Engländern zu Hilfe zu kommen«:

»Sir Edward Grey ist es ebensowenig gelungen nachzuweisen, daß die Rede Herrn Lloyd Georges im Mansion House keine Herausforderung und keine Drohung gewesen ist. Wenn er beabsichtigt hätte das Gegenteil zu beweisen, so hätte er sich nicht anders haben äußern können, als er es getan hat. Herr von Bethmann Hollweg hatte ihm in seiner Rede vom 9. November die Aufgabe erleichtert, als er von dieser Rede als von einer Tischrede sprach, die Bedeutung erst durch die Kommentare der englischen und französischen Presse erhalten habe. Sir Edward Grey hat es für richtig gefunden wissen zu lassen, daß der Toast weder eine impulsive Improvisation gewesen sei noch die persönliche Ansicht des Schatzkanzlers zum Ausdruck gebracht habe, vielmehr sei der Text zwischen dem Ministerpräsidenten Herrn Lloyd George und ihm besprochen und vereinbart worden. Sollte die Verständigung wirklich dadurch erleichtert werden, daß England in eine Verhandlung über Marokko eingreifen wollte, wo es auf politische Ansprüche verzichtet hatte, oder war es ein Versuch zugunsten Frankreichs zu intervenieren? Hieß es nicht etwa sich ein Vetorecht gegen Deutschlands Unternehmungen anmaßen, als man Zeter und Mordio schrie, weil ein deutscher Kreuzer auf der Reede von Agadir Anker warf, während England, ohne mit der Wimper zu zucken, die fortschreitende Eroberung marokkanischen Gebiets durch Frankreich und Spanien unter Vernichtung der Unabhängigkeit des Sultans mit angesehen hatte?«²⁷⁾

Aus Paris meldet gleichzeitig Baron Guillaume nach Brüssel, daß England nach dem Eintreffen des deutschen Panthers in Agadir sofort Frankreich vorgeschlagen habe: je 2 Kriegsschiffe Frankreichs wie Englands nach dem gleichen Hafen zu entsenden; gerade das Pariser Kabinett habe dieser brandstifterischen Zündstoffanhäufung »den lebhaftesten Widerstand« entgegen-

²⁵⁾ Siehe Bericht 21 und 24 vom 4. und 10. Februar 1907, loc. cit., pag. 24 und 27 f.

²⁶⁾ Siehe Bericht 82 vom 18. November 1911, loc. cit., pag. 96.

²⁷⁾ Siehe Bericht 85 vom 6. Dezember 1911, loc. cit., pag. 100 ff.

gesetzt.²⁸⁾ Überhaupt habe es sehr bald bedauert, daß es, auf Drängen Delcassés, sofort mit London in Verbindung trat:

»Man wird viel geringere Aussicht haben sich mit Deutschland zu verständigen, wenn England an der Konversation teilnimmt. . . Frankreich will nicht und kann nicht wollen, daß die Verhandlungen vollständig scheitern. . . Deutschland kann für Marokko ebensowenig Krieg führen. . . Im allgemeinen habe ich ein geringeres Zutrauen zu den friedlichen Absichten Großbritanniens, das nicht ungern sieht, wenn die anderen sich gegenseitig verschlingen. . . Wie ich es vom ersten Tag an annahm, liegt der Schwerpunkt der Situation in London. Nur dort kann sie Ernst werden. Die Franzosen werden in allen Punkten nachgeben, um den Frieden zu erhalten. Nicht so die Engländer.«²⁹⁾



ENN sich das unmittelbare Kriegsgewitter noch jedesmal glücklich wieder verzog, so war die bleibende Nachwirkung nicht minder gefährlich. Das Gefühl bei allen antideutschen Schritten jederzeit in England einen noch ungeduldigen Teilnehmer und Treiber sich zur Seite zu wissen, die Anstachelung des nationalen Selbstgefühls und der nationalen Vorurteile von außen erzeugte allmählich jenes jüngste Frankreich, nationalistischer und chauvinistischer denn je, das die älteren besonneneren Politiker mit zunehmender Raschheit aus allen maßgebenden Stellungen im Parlament und in der Regierung ausmärzte. Die erhitzte allgemeine Stimmung vollbrachte zuletzt aus eigenem Antrieb, wozu es vorher fremder Anreizung bedurft hatte. Schon der große Beifall, der Delcassé 1908 bei seinem ersten Wiederauftreten in der Deputiertenkammer gespendet wurde, machte den Baron Greindl stutzig:

»Die Politik, die König Eduard VII. unter dem Vorwand führt Europa vor einer eingebildeten deutschen Gefahr zu retten, hat eine nur allzu wirkliche französische Gefahr heraufbeschworen, die uns in erster Linie bedrohlich ist. . . Am Quai d'Orsay ist man zu der Politik Herrn Delcassés zurückgekehrt, hat ihr aber noch dazu den Mantel der Heuchelei umgehängt. Doch selbst den beginnt man abzulegen. . . Deutschland läßt es geschehen. Es kann nicht anders. Die Zeit der diplomatischen Verhandlungen ist vorüber. Es kann nur noch zwischen absichtlichem Ignorieren und dem Krieg wählen, den der Kaiser nicht will und den die deutsche öffentliche Meinung verurteilen würde. . . Die Untätigkeit Deutschlands bewirkt, daß man am Quai d'Orsay immer mehr wagt.«³⁰⁾

Bei anderen Anlässen schreibt der gleiche Berliner Beobachter:

»Herr Delcassé wurde verabschiedet; aber er hinterließ seinen Nachfolgern die Tradition seiner Politik. . . Die Art, wie die in Algieras übernommenen Verpflichtungen erfüllt werden, zeigt zur Genüge, was die französischen Versprechungen wert sind. Die französische Anmaßung wird wieder ebenso groß wie in den schlimmsten Tagen des zweiten Kaiserreichs, und die Entente cordiale ist hieran schuld. Sie ist sogar noch um einen Grad gestiegen, seitdem die Verhandlungen zwischen London und Sankt Petersburg, denen Frankreich zweifellos nicht ferngestanden hat, zu einer Entente zu führen scheinen. . . Die Entente cordiale hat in Frankreich den Gedanken an die Revanche, der geschlummert, zu neuem Leben erweckt. Ihr entstammt auch der Zustand der Unruhe und des Unbehagens, in dem Europa sich seit Jahren befindet.«³¹⁾

Von der Seine aus hebt Baron Guillaume nicht minder besorgt das Anschwellen dieser unverkennbaren chauvinistischen Strömung hervor, »jenes alten französischen Chauvinismus, der lange Jahre hindurch ganz zurückgetreten war, aber wieder an Kraft gewonnen hat«. Unstreitig sei die

²⁸⁾ Siehe Bericht 80 vom 10. August 1911, loc. cit., pag. 94.

²⁹⁾ Siehe Bericht 75 vom 8. Juli 1911, loc. cit., pag. 90.

³⁰⁾ Siehe Bericht 39 und 44 vom 27. Januar und 6. Mai 1908, loc. cit., pag. 47 f. und 52.

³¹⁾ Siehe Bericht 26 und 85 von 28. März 1907 und 6. Dezember 1911, loc. cit., pag. 31, 29 und 101.

französische Nation »chauvinistischer und selbstbewußter« geworden. Die selben berufenen und sachverständigen Persönlichkeiten, die vor ein paar Jahren sehr lebhaft Befürchtungen bei der bloßen Erwähnung von möglichen Schwierigkeiten zwischen Frankreich und Deutschland äußerten, stimmten jetzt einen andern Ton an.³²⁾

Die Saat Englands war aufgegangen und üppig in die Halme geschossen.

<XX>

WILHELM HAUSENSTEIN · DIE FRONT DES FESTLANDS



AS Weltideal des Sozialismus und der politischen Kreise, deren Wille die wechselseitige Verständigung der Völker ist, kann durch den Weltkrieg nicht zerstört werden. Man darf sogar glauben, daß unter den Millionen, die auf allen Seiten im Kampf der Waffen und Leiber stehen, unter Offizieren wie Soldaten, Tausende und Aber-tausende sind, denen das zutiefst gefühlte Ideal einer Weltgemeinschaft, national relativiert wie es immer sein wird und soll, aber mächtig und innig, in einer so männlichen wie leidenden Seele glüht. Allein in jeder Verkündung eines Weltideals war bisher, auch bei den Sozialisten, ein Stück von utopischer Empfindsamkeit und Abgezogenheit. War es mit aller Sentimentalität und aller primitiven Hartnäckigkeit und aller rationalistischen Ver-allgemeinerung auch berechtigt, ja begeisternd, erschütternd, so war es doch nicht ein unmittelbar politisches Wollen.

1789 verkündete die große Revolution die Grundsätze der Gleichheit, der Freiheit und der Brüderlichkeit: nicht weniger für Bleichgesichter als für Rothäute. Diese Prinzipien hießen ewig, und wahrlich: sie sind es. Dies aber hinderte nicht, daß die französische Revolution tatsächlich ihre historisch genau bedingten klassengeschichtlichen Ergebnisse hatte, die von der Freiheit aller so entfernt waren wie von der Gleichheit und der Brüderlichkeit. Dies sei kein Vorbild. Wohl aber ist es eine Lehre, eine Moral. Wir werden gewarnt das Ideal, auf das wir die Augen ausrichten, mit einer mehr anschauenden als wollenden Begeisterung zu sehen und die Berechnung des eigentlich politischen Wegs zu vernachlässigen. Lafayettes Manifest schien politisch; allein das Politische darin war schließlich doch ästhetisch wie jede andere Angelegenheit im Leben eines Kavaliers aus dem 18. Jahrhundert; die Mängel in der Organisation des Staats erschienen dem Geist des von demokratischen Sensationen ehrlich hingerissenen Aristokraten im Grunde als Schönheitsfehler oder Brüche in der Fassade der Gesellschaft. Muß man es eigens aussprechen, daß es auch Sozialisten gibt, die (das Gleichnis mit mehr als einem Körnchen Salz genommen) dem Marquis von Lafayette ähneln? Deren Internationalismus, so einseitig politisch, so professionell politisch sie sich darstellen und so karg sie in ihren Begriffen von Kultur tatsächlich sind, weniger politisch als sozusagen ästhetisch gerichtet ist? Sie wollen die internationale Front ohne Lücke und unter allen Umständen.

Keinem nun soll es erlaubt sein einen durch Philosophien und Religionen der Jahrtausende geheiligten Gedanken zu höhnen. Aber die Frage bleibt

³²⁾ Siehe Bericht 97 und 115 vom 14. Februar 1913 und 8. Mai 1914, loc. cit., pag. 115 und 135.

bestehen, wie der Gedanke für das Dasein der Lebenden verwirklicht wird. Denkt man der Frage nach, so gelangt man zu bestimmten politischen Voraussetzungen, ohne die nicht einmal der Zugang zu den ersten Metern des Wegs hin zur Internationale gefunden werden kann. Wir bedürfen, auch innerhalb der Parteien, einer wirklich politischen, einer ins einzelne der Möglichkeiten und Notwendigkeiten schürfenden Politik des Auswärtigen. Vorab mag nun hier gesagt sein, wie das Ziel jeder, auch einer sozialistischen Politik der europäischen und internationalen Verständigung beschaffen sein soll. Das Ziel wird bis auf weiteres (denn nur von einer absehbaren, nicht von einer unbedingten Ordnung soll die Rede sein) die Gestaltung eines europäischen Kontinentalblocks gegen England werden und bleiben müssen.

Der Begriff der Internationale erscheint damit eingeschränkt. Er ist es. Er ist es vorläufig, denn selbstverständlich wird die Organisation Europas und der Welt England nicht auf unbegrenzte Zeit entbehren können. Wird aber die Idee der Internationale vorläufig nach der Seite der geographischen Gültigkeit begrenzt, so bleibt doch die Tendenz der Idee sachlich unbeschränkt. Die geopolitische Beschränkung wird nur der wahre Anfang der Verwirklichung werden. Im übrigen soll es fern von uns allen sein etwa den langen und wiederholten Krieg gegen England zu predigen. Vielmehr geht es gerade darum den Krieg gegen England künftig politisch auszuschalten, und dies dadurch, daß endlich das Selbstbewußtsein des europäischen Festlands als eine in sich zusammengezogene Kraft schachbietend der englischen Vorherrschaft entgegengesetzt wird. Auch kann es sich weder um Haß noch Verachtung noch um irgendeinen Ausbruch von Empfindung handeln: Das an England Schätzenswerte und an England universal Unentbehrliche wird man trotz allem suchen, im ganzen aber die Frage des Verhältnisses zwischen den Staaten des europäischen Festlands und der britischen Insel rein politisch als eine höchst sachliche Frage, als eine Frage mechanischer Ponderierung betrachten und behandeln müssen. Dabei wird sich der Kontinent darauf besinnen, daß trotz aller Blüte, ja der Notwendigkeit nach allen Seiten greifender überseeischer Wirtschaft irgendwo und irgendwann die Stelle gefunden werden wird, wo sich Europa (mutmaßlich im Bund mit Asien) an die uralte Tatsache seiner Kontinentalität zurücklehnt. Es wäre auf die Dauer wohl ein Unding, wenn das zentralste Land in Europa eine am englischen Beispiel orientierte, also gleichsam insulare Politik betreiben wollte. Die Relativierung dieser Tendenz wird eines Tages eintreten: Unsere levantinische Politik (zweifelloos das beste Kapitel unserer auswärtigen Politik überhaupt und vermutlich deshalb, weil es das objektiv natürlichste ist, zugleich das am meisten methodische) wird der Dialektik der Entwicklung vorarbeiten. Dies Kapitel unserer auswärtigen Politik (das anatolische) muß für England unberührbar sein, denn es ist die einzige absolute Möglichkeit uns zu projizieren. Wenn England so bereit sein wird unsere Notwendigkeiten anzuerkennen, wie wir bereit sein müssen englische Überseepolitik aus den besonderen Bedingungen insularer Geographie zu begreifen, kann zuletzt vielleicht eine allgemeine Kontingentierung der weltwirtschaftlichen Einflüsse ermöglicht werden. Davon wird späterhin mancherlei zu sagen sein. Einstweilen bleibt die geschlossene Front des Festlands gegen England die einzige Orientierung, die vom Standpunkt Europas (und wahrscheinlich auch

Asiens) möglich ist. Einstweilen bleibt auch noch mancherlei gegen die sentimentalische Überlieferung im Internationalismus zu sagen. Man wird dabei an dem erhabenen Namen Jaurès nicht vorbeigehen können.

ES gibt keinen Menschen von Empfindung, dem das Andenken an Jaurès nicht ans Herz griffe. Wer ihn auch nur einmal sah und hörte, war in seiner Menschlichkeit beispiellos aufgewühlt und schließlich von ihm neu erbaut. Wer aber an diesem granitnen Mann etwas von der wundervollen Weichheit und Frische des Kindes wahrnahm, mit der er immer Neues staunend erkannte und trotz seinem reifen Kritizismus Neues gläubig in sich einzog, der wird sich um dieses Toten willen verpflichtet fühlen von ihm abzuweichen, wo es nötig sein mag. Der von Jaurès geprägte Internationalismus, der gleichsam nur sich selbst, nur seine eigene menschliche Schöne trug, so wie die universale Schönheit der südfranzösischen Provinz, in der Jaurès geboren war, sich unbeirrbar selber trägt, entriet wohl der eigentlich politischen Wege; so wie er von Jaurès dargeboten, wie er von dem naiven Genie eines trotz allen düsteren Erkenntnissen ewig vertrauensvollen Mannes geoffenbart wurde, war er das Glaubensbekenntnis ungezählter Bewunderer.

Sein Internationalismus war mehr humanitär, gewissermaßen mehr lateinische Philosophie, als gegenwärtig und politisch. Er war, ähnlich übrigens wie der Internationalismus des Anatole France, mehr vom überlieferten enzyklopädischen Rationalismus und der sentimentalischen Menschlichkeit des 18. Jahrhunderts geführt als von der politischen Wirklichkeit der Zeit; so sehr immer gerade Jaurès, der Verfasser eines Buches über die Wirklichkeit der sinnlichen Welt, von der Wirklichkeit und Wesentlichkeit gegenwärtiger Erfahrungen erfüllt war. Der realistische Instinkt für die Möglichkeiten der Zeit, für diese Möglichkeiten in ihren spitzesten, gefährlichsten, aber dennoch vielleicht wirklichsten Formen, schloß bei Bismarck Phantasie und Reichtum an Ideen aus, führte ihn aber unmittelbar in die Voraussetzungen der Epoche und der nächsten Zukunft. Die ungeheure politische Phantasie, von der Jaurès, manchmal wie einer der großen Utopisten oder eben wie ein rechter Franzose (denn jeder Franzose hat in sich einen utopischen Genius) emporgeworfen wurde, verminderte ihm zuweilen, aber gerade in wesentlichen Momenten, das Bedürfnis nach den engeren, doch wirksamen politischen Abschätzungen besonderer politischer Verhältnisse, zwang ihn sich, wie Victor Hugo und die französische Romantik, vor Entzauberungen zu hüten und trieb ihn oft an in der Art der großen Conventions im Allgemeinen gesellschaftlicher Ideale zu verweilen. Darum stellte er monumentaler als jeder andere die apostolische Forderung des Friedens auf. Seiner alles (trotz der Antipathie gegen das russische Bündnis auch das dunkle Rußland) umfassenden Menschlichkeit war es nun unerträglich bestimmte staatliche Organisationen aus seiner Internationale auch nur vorläufig auszuschließen. Ihm freilich mußte solches erlaubt sein; denn sein Begriff von der Menschheit entsprang einer seltenen Genialität des Herzens, des Fleisches und des Verstandes, und schließlich (man soll sich nicht scheuen sich selbst Lügen zu strafen) wußte er seinen menschlichen Überschwang in heiklen Situationen wohl auch mit feinem Geist zu bändigen. Den anderen aber obliegt es die Aufgabe, die der naturhaft aufs Ganze gerichtete Held trotz seiner ungeheuren Sinnlich-

keit mit einem fast metaphysischen Enthusiasmus zu verwirklichen trachtete, politisch zu ernüchtern und alles davon abzutrennen, was im Augenblick für die Erreichung des Ziels unmittelbare politische Hemmung ist. Wir müssen uns darüber klar werden, daß die Organisation von Macht, die man mit Recht das britische Weltreich nennt, endlich isoliert werden muß, damit sie das Festland nicht weiter hindere sich zum eigenen Vorteil (anstatt wie bisher zum Vorteil Englands) mit sich selber zu beschäftigen.

Dies ist ja die Tatsache, von der alle europäische Politik auszugehen hat: daß nämlich, als ob es sich um ein Gesetz gehandelt hätte, das Festland, durch England in Kriege wider sich selbst hineingezwungen, seit 300 Jahren zugunsten Englands sich selbst verzehrte. Wir können dies britische Reich nicht umspannen. Es liegt nicht im Umfang unseres Lebens. Man weiß wohl, daß zwischen England und uns der Gegensatz des Wettbewerbs besteht: die Feindseligkeit naher Parallelen. Aber dieser Gegensatz ist noch um ein anderes vermehrt: Zwischen England und uns besteht der Gegensatz der wechselseitigen Unberührbarkeit. Darum muß das neue Weltideal die unserm Festland fremde Insel vorläufig ausschließen: nicht aus dilettantischem Abscheu gegen diesen Staat, vollends nicht aus Mangel an Teilnahme für die Angelegenheiten seiner Arbeiter, die (wenn auch in höchst bestimmter Begrenzung) eine der größten Achtung würdige Unbefangtheit in der Abschätzung des Kriegs gezeigt haben, wohl aber deshalb, weil die Tradition der britischen Weltpolitik mit einer sich selbst das Gesetz gebenden Entwicklung des europäischen Festlands einfach nicht verträglich ist, wie mehr als 3 Jahrhunderte britischer Weltgeschichte dem Wissenden mit einer bis zum Affront gehenden Deutlichkeit beweisen.

Die britische Weltpolitik ist im übrigen, vom Standpunkt Europas gesehen, der eigentliche Ausdruck englischer Politik überhaupt. Sie bestimmte bisher das Gesicht Europas; viel mehr als etwa die innere Politik Englands war sie es, die äußere, die Europa die Regel gab, so hoch immer die innere Politik Englands in der Bewunderung ihrer Verehrer auch stehen mochte. Daher war fehlerhaft, was größtenteils auch in sozialistischen Reihen geschah: unser weltpolitisches Verhältnis zu England nämlich nach den Zuneigungen auszurichten, die man zur staatsbürgerlichen Freiheit der Engländer (der Briten ohne die Iren und ohne etliche Kolonien) mit Recht hegen und pflegen konnte. Es ist zwar an sich die Frage, ob die Begeisterung für die Institutionen Englands, die mit Montesquieu begann und bis zu den Anglophilen im deutschen Liberalismus und in der deutschen Sozialdemokratie führte, ein Bedürfnis unserer eigenen Entwicklung ist; vermutlich ist sie nicht mehr als ein Gleichnis mit sehr beschränkter Gültigkeit, und die bis zur Manie getriebene Anglophilie, die auf dem Festland bisher fast überall eine Selbstverständlichkeit war, wird bald wohl einer gründlichen Nachprüfung bedürfen. Es ist wahrscheinlich, daß uns eines Tages die innere Emanzipation Rußlands und des Ostens mehr angehen wird als die Entwicklung der Magna Charta bis zum Sozialliberalismus des phrasierenden Herrn Lloyd George. Dies aber ist ganz sicher, daß England, wo immer seine weltpolitischen Interessen im Spiel waren, niemals auch nur die geringste Neigung zeigte Europa mit dem Liberalismus seiner Institutionen zu segnen oder zu strafen. Vielmehr hat England zwischen dem Inwendigen seines Hauses und der europäischen Öffentlichkeit, die das

Gebiet der auswärtigen Politik ist, immer eine starke Scheidemauer aufgerichtet. Es ist eine platte Gedankenlosigkeit sich unter solchen Verhältnissen manisch immer wie zu einem Idol nach England zu kehren.

Es empfiehlt sich an einem typischen und naheliegenden Beispiel darzustellen, wie wenig England jederzeit einen Frieden unter dem Gesichtspunkt der Liberalisierung des Festlands schloß.¹⁾



M Dreißigjährigen Krieg war die große europäisch-kontinentale Stellung des alten Deutschen Reichs endgültig vernichtet worden. Auf Geschlechter hinaus sollten wir keine politische Einheit und keine politische Macht sein. Andere Staaten stiegen empor. Den unmittelbaren Vorteil hatte Frankreich, das mit Ludwig XIV. in seine klassische Epoche eintrat. Den größern, wiewohl mehr mittelbaren Vorteil sollte England haben. Vorübergehend gewann Schweden: das Schweden Karls X. und Karls XII. Dauernder gewann Rußland. Das historisch folgenreichste Ereignis jenes 17. Jahrhunderts war auf außerdeutschem und außerkontinentalem Boden die große bürgerlich-kapitalistische Revolution, die England von den feudalen und feudal-absolutistischen Überlieferungen freimachte. Die befreite englische Bourgeoisie bereitete sich alsbald auf die Beherrschung der Welt vor. Sie bekriegte mit bedingungslosem Instinkt das rein wirtschaftlich schon stark bürgerliche Frankreich Ludwigs XIV.: wie 100 Jahre zuvor das bürgerlich innervierte elisabethanische England das merkantile Spanien bekämpft hatte. Hartnäckiger, heftiger und folgenreicher bekämpfte die englische Bourgeoisie das radikal bürgerlich-kapitalistische, durch die große Revolution emanzipierte Frankreich Napoléons. Sie besiegte mit deutschen und russischen Waffen den französischen Cromwell und sein Frankreich. Der Mann, der Napoléon den letzten Stoß versetzte, war ein Engländer, der einen preußischen Heerführer zum Helfer nahm: der Herzog von Wellington. Das Schiff, das den abdankenden Kaiser empfing, war die Fregatte des englischen Admirals Hotham. Was aber tat das freie England, als die preußischen und österreichischen Heere wider Wissen und Willen im Kampf gegen Frankreich das englische Weltmonopol gerettet hatten? Wellingtons Korps drang von Portugal und Spanien nach Frankreich vor, um Bordeaux zu besetzen und über der dem Atlantischen Ozean zugekehrten Stadt, über der Stadt, in der sich die großen überseeischen, die amerikanischen, die westafrikanischen Überlieferungen des bürgerlichen Frankreichs wie in einem Symbol versammelten, das weiße Banner der erzreaktionären, weltpolitisch degenerierten, nur von enggefesselten klerikalischen und feudalen Instinkten geleiteten Bourbonen zu hissen, nachdem eine englische Hand das den weltpolitischen Fortschritt Frankreichs bezeichnende Banner des bonapartistischen Bürgerkaisertums herabgeholt hatte. Wahrlich, es ist nicht ohne Reiz an diesem Beispiel zu sehen, wie wenig es dem liberalen England jederzeit um die Liberalisierung der Völker zu tun war. Unter der eng-

¹⁾ Über das Verhältnis der britischen Politik zum europäischen Festland habe ich im Lauf dieses Krieges und vorher auch an anderen Orten geschrieben. Ich verweise, um den Raum hier nicht zu sehr in Anspruch zu nehmen, in Kürze auf diese Artikel. Sie finden sich im Neuen Merkur, 1914-1915, 2. Band, pag. 50 ff. (dort ein im Frühjahr 1914 geschriebener Aufsatz Das System Napoléon), in der Fränkischen Tagespost vom 22., 24., 25. und 26. August 1914 (Die Politik der kleinsten Risikoprämie), im Zeitgeist, dem leider durch den Krieg zerstörten Lehrorgan des Deutschen Metallarbeiterverbandes, 1914, pag. 492 ff. (Die auswärtige Politik Englands im Lauf der Geschichte) und in den Weißen Blättern, 1915, 1. Band, pag. 566 ff. (Das Bild der englischen Weltpolitik).

lischen Forderung einer gewaltsamen Befreiung Frankreichs und Europas vom Joch des illegitimen Bonaparte verbarg sich nichts als der brennende Wunsch des britischen Kapitals sich des gefährlichsten Organisators französischer und überhaupt festländischer (zum Beispiel rheinbündischer, sächsischer, belgischer) Konkurrenz, eben Napoléons, zu entledigen. Darum waren die großen Kriege gewesen. Darum hatte das Kabinett Pitt sie organisiert, und darum hatte es Napoléon des Cäsarismus und des dauernden Friedensbruchs bezichtigt. Den faulen, talentlosen, weltpolitisch lahmen Bourbon aber setzte England wieder auf den französischen Thron, weil er als König kapitalistischer französischer Absichten nicht denkbar sein konnte sondern als Exekutor absolutistischer, feudaler, klerikaler Ansprüche von neugotischer Prägung die aus der Revolution geborene kapitalistische Bourgeoisie Frankreichs notwendig im Innern wie weltpolitisch im Zaum halten mußte. In der Tat haben Ludwig XVIII. und Karl X. eine streng reaktionäre (nach außen hin: weltpolitisch horizontlose) Politik getrieben. Für diese Qualität quittierte zwar die Julirevolution. Aber einstweilen war der weltpolitisch vordringende Liberalismus der Engländer in dem Maß gediehen, als die unter den englischen Auspizien eingeleitete kontinentale Restauration die Kräfte des festländischen bürgerlichen Liberalismus verhindert hatte sich sozial, politisch, wirtschaftlich und vollends weltwirtschaftlich zu regen: eine Kunst, die der kontinentale Kapitalismus unter dem Regime Napoléons allerdings verstanden hatte.

Die englische Begünstigung der festländischen Reaktion war auf dem Wiener Kongreß nicht allzu offen, aber um so wirksamer. Dieser Kongreß war im Grunde nichts als eine kleinlich systematische Begünstigung der kontinentalen Restauration. Die britische Diplomatie dachte nicht von fern daran für das Festland auch nur die bescheidensten Reste der liberalen Errungenschaften aus der revolutionären und der napoléonischen Ära zu retten. Im Gegenteil: sie trieb planvoll, wenn auch im Augenblick unmerklich, das leider nur allzu willige offizielle Europa in die Einöde einer allgemeinen Restauration zurück. Die Regeneration des Jesuitenordens, die von den Engländern nicht befehdet wurde, die Restauration in Neapel und Spanien: alles das war vielmehr nichts als die Komplementärfarbe des phänomenalen englischen Gewinns. In der Tat war für England nur ein im Stil des Patrimonialstaats (den England selber 1649 überwunden hatte) möglichst allgemein restauriertes Europa bequem und wünschenswert. So ist auch heute die englische Freundschaft mit Rußland nicht, wie naive Leute meinen, eine Schmach für die liberale Tradition Englands sondern vielmehr eine Lebensversicherung für England, die um so gewisser gewonnen ist, je weniger die russischen Kriegsmotive (vielleicht größtenteils doch noch Motive eines russischen ancien régime, trotz der Entwicklung des russischen Nationalliberalismus in diesem Krieg) auf dem kapitalistisch-weltwirtschaftlichen Niveau des extrem kapitalistisch und weltwirtschaftlich entwickelten Englands stehen. Je weiter die Spannung, desto möglicher war das Bündnis. Englands System konnte mit dem russischen zusammengehen, weil dort die innere Politik beinahe nur ein Exponent der kapitalistisch fortschreitenden äußern ist, während hier die äußere als Zuflucht einer innern Reaktion erscheint: um diese sonderbare Kreuzung der Diagonalen formten sich nach der Ausscheidung gewisser weltpolitischer Gegensätze die Linien des englisch-russischen Bündnisses. In der Gegenwart wie in

der Geschichte konnte England nur von einer kontinentalen Reaktion leben. Wenn ein liberaler französischer Politiker, der für die Republik mit Feuer die Trennung von Staat und Kirche forderte, aus wirtschaftlichen Beweggründen für den Orient gar die Schaffung von Kongregationsschulen empfahl, so entschuldigte er den Widerspruch mit den Worten: »Was wollen Sie, meine Herren? Die Freiheit ist kein Exportartikel.« Die Formulierung mag man dem geistvollen Zynismus des Franzosen zugute halten; in der Sache ist das Motto ziemlich englisch: wenn nicht im Verhältnis zu den Dominions, so doppelt im Verhältnis zum europäischen Festland.

Die Geschichte des Wiener Kongresses ist unter dem Gesichtspunkt des Einflusses der englischen Delegierten, des Herzogs von Wellington und des Viscount Castlereagh, noch nicht geschrieben, wie ja überhaupt den Historikern zumeist das Bewußtsein des Napoléonisch-englischen Gegensatzes (dieses Gegensatzes in seiner vollen Bedeutung, der den ganzen Umfang und das Innerste der Zeitereignisse beherrschte) noch fehlt. Man spricht viel von den Erfolgen des Fürsten Talleyrand, der in der Tat durch Lebendigkeit, Geschicklichkeit, Geschmack und Geschäftigkeit das eigentliche Profil der Kongreßdiplomatie zu sein schien. Gleichwohl haben Wellington und Castlereagh die Situation tatsächlich viel mehr beherrscht. Ihre Zurückhaltung in manchen Fragen, so in der polnischen und in der sächsischen, war beileibe nicht Ohnmacht sondern äußerste Klugheit. Wirklich ist auf dem Wiener Kongreß auch nichts geschehen, was den englischen Interessen im mindesten widersprochen hätte. Frankreich wurde weit hinter den Rhein zurückgeworfen; lediglich im Gebiet des Elsaß, weit von der Niederrheinebene und ihrer Industrie, berührte es noch den Strom. Vom Standpunkt der englischen Interessen durfte Frankreich nicht nach der Art des Rheinbunds im Besitz der bürgerlich vorgeschrittenen Rheinprovinzen bleiben. Wenn nun das damals noch stark agrarische Preußen am Rhein auch wuchs, so half England andererseits verhindern, daß das industrielle Sachsen des nach der Meinung des Kongresses strafwürdigen wettinischen Napoléoniden in preußischen Besitz kam. Dabei geriet das liberale England in einen merkwürdigen Gegensatz zu den liberalen Politikern Preußens, die nun für Preußen vergeblich Sachsen forderten: zu Hardenberg, dem Anglohannoveraner, zu Stein und zu Humboldt. Zwar schob man Metternich und Talleyrand gegen die preußischen Ansprüche vor; aber das Manöver war darum nicht weniger englisch. In der polnischen Frage war England jeder radikalen Lösung, die zwischen den angrenzenden Staaten Ruhe schaffen konnte, abgeneigt: Die englischen Herren widersprachen zwar einer glatten Annexion des ganzen Polens durch den Zaren, da der russische Einfluß durch die Entwicklung der Dinge seit 1812 immerhin bedenklich gewachsen war; aber gegen eine Aneignung Kongreßpolens als des größten Teils durch Rußland wandte Castlereagh trotz seinen Sympathieen für Humboldt und Hardenberg und (o Wunder!) zugleich für Metternich schließlich nichts ein. Endlich fand die englische Diplomatie ihre Formel für die niederländische Frage. Zwar stand der Kongreß im Zeichen der Restauration. Aber die britischen Diplomaten dachten nicht eine Minute daran Belgien zu restituieren, das heißt Belgien dem legitimen Herrn, dem österreichischen Erzhaus, zurückzugeben, das Belgien doch bis zu den Revolutionskriegen, bis zur Invasion des Dumouriez und Jourdans,

besessen hatte. Ebensovienig dachte England daran Belgien dem revolutionären Besitzer, Frankreich, zurückzugeben. Vielmehr unternahm man unter dem Segen der britischen Auguren eine unmögliche Kuppelung: Man verband Belgien mit Holland. Die Sache ist durchsichtig. Belgien hatte sich unter Napoléon industrialisiert; damit war es ein Konkurrent des englischen Fabrikmonopols. Denn mit diesem Wort bezeichnete man damals ein Verhältnis Englands zu den kontinentalen Ländern, in dem tatsächlich die Engländer als die Fabrikanten und die Kontinentalen als die Abnehmer der Fabrikate erschienen. Gelang es nun das immerhin noch junge und zarte Industrieland Belgien dem alten und mächtigern Handelsland Holland unterzuordnen, so war die Fesselung des belgischen Aufschwungs um so gewisser, als Holland des Freihandels, Belgien aber des Schutzzolls bedurfte, und als die innere Politik des Königreichs der Niederlande nach aller Voraussicht durch das Recht des Stärkern, also Hollands, bestimmt sein mußte. In jedem Konflikt war England, zu dem sich Holland nahezu wie eine Filiale verhielt, obendrein der natürliche Richter. Man sieht: Die Organisation Europas entsprach musterhaft dem englischen Ideal des balance of power. Selbstverständlich, daß England sich vom Kongreß alle in den napoléonischen und vornapoléonischen Zeiten erworbenen Kolonien bestätigen ließ, ganz besonders auch den Besitz des sehr umstrittenen Malta, die Schutzherrschaft über die Ionischen Inseln und den Besitz Helgolands, das als Sperre vor der Weser- und der Elbemündung lag.

Schließlich, wenn England auch nicht geradezu die Schuld an der Reaktion trug, so hat es seinen freien Überlieferungen zum Trotz doch nicht das mindeste getan die inneren Zustände des Festlands vorwärtszutreiben. Indem England die Eifersucht Frankreichs und insbesondere Rußlands auf ein einheitliches und kräftiges Deutschland mobil machte, ja Rußland sich geradezu als den Garanten oder Kurator des unseligen Deutschen Bundes gebärden ließ und die verhängnisvolle Eifersucht zwischen Berlin und Wien in Bewegung erhielt, tat es das seine den Aufstieg Deutschlands zu hintertreiben. Die Freundschaft des englischen Kabinetts mit dem Zaren Alexander, dessen kernreaktionäre Eitelkeit sich ihrerseits liberalisierende englische Allüren geben konnte, unterstützte den seit der Heiligen Allianz täglich zunehmenden reaktionären Kurs in Deutschland; auch in dem Berlin, das nach russischen Begriffen und nach der Sage Metternichs bis hinauf zu den Stufen des preußischen Thrones einige Zeit jakobinisch infiziert gewesen sein sollte. Rußlands Freundschaft war für England eine Bürgschaft dafür, daß der seit 1807 und 1813 keimende preußische Liberalismus keine Dauer haben konnte, die in Zentraleuropa etwa einen für das englische Monopol gefährlichen bürgerlichen Staat entstehen ließe; Rußland würde ja jeden Aufschwung des Liberalismus in Preußen durch das physische Gewicht der russischen Reaktion magnetisieren.



MAN sieht: Die Ordnung der Gestirne, die 1815 auftrat, entbehrt nicht des Interesses für den kommenden Frieden unserer Tage. Bedient die britische Bourgeoisie sich heute des Zaren von Rußland und der französischen Republik, so sind es in beiden Staaten, in Frankreich wie in Rußland, gerade die reaktionären Instinkte, die dem englischen Interesse nützlich werden, nicht aber die revolutionären, deren vornehmste in der Person des lautersten Politikers der

das Mittel zu verhindern, daß der Schauplatz des Krieges England werden könnte. England braucht den Krieg, um vom Krieg verschont zu bleiben. Die *pax Britannica* gedieh am besten, wenn die Völker des Kontinents sich in blutigem Hader zerfleischten. Was war für die britische Demokratie der Krieg? Ein Ereignis, bei dem die Dörfer und Städte des Kontinents in Flammen aufgingen und die männliche Jugend der kontinentalen Völker auf dem Schlachtfeld verblutete. England lieferte für die europäischen Völkerkämpfe im wesentlichen nur die *silbernen Kugeln*. Den größten Menschenverlust brachte ihr der 23 Jahre anhaltende *Great War* gegen die französische Revolution und Napoléon. Im ganzen verlor England in diesen 23 Jahren 19 800 Mann, noch nicht 1000 Mann in jedem Kriegsjahr. Und es war kein blind waltendes Schicksal, das diese kleine Schar von Männern hinwegraffte. Es waren ja Freiwillige, die die Lebensgefahr suchten. Bei dieser Sachlage war es für die britische Demokratie schlechterdings unmöglich den Krieg viel anders denn als britische Kapitalanlage zu werten.

Wie groß waren nun die Kapitalanlagen, die die Kriege Großbritanniens erforderten? Nehmen wir die Periode von 1702 bis 1815, die als historische Einheit betrachtet werden kann, so hat England in diesen 114 Jahren 62 Kriegsjahre. Über ihre Menschenopfer zu reden wäre für einen Briten wirklich wehleidige Sentimentalität. Vielleicht hat der Sport England mehr Menschenleben gekostet als diese 62 Jahre Krieg. Sicher ist, daß sie die allgemeine Sterblichkeitsziffer des englischen Volkes nur ganz geringfügig erhöhten. Was dagegen die Kapitalanlagen betrifft, die diese 62 Kriegsjahre erforderten, so erreichen sie die ansehnliche Höhe von 21 Milliarden Mark: eine für damalige Verhältnisse ganz gewaltige Summe. Der spanische Erbfolgekrieg /1702 bis 1713/ hat England in runden Ziffern 1000 Millionen Mark, der Handelskrieg mit Spanien und der Krieg mit Frankreich wegen der österreichischen Erbfolge /1739 bis 1748/ 860 Millionen Mark, der Siebenjährige Krieg /1756 bis 1763/ 1640 Millionen Mark und der amerikanische Unabhängigkeitskrieg /1776 bis 1785/ 1940 Millionen Mark gekostet. Bei der Finanzierung des Großen Krieges /1793 bis 1815/ lernte die britische Demokratie erstmals mit Milliarden rechnen. Nicht weniger als 16,6 Milliarden Mark hat England in dieser 23jährigen Kriegsperiode verausgabt. Von dieser für jene Epoche geradezu erschreckend großen Summe wurden durch Kriegssteuern 7,8 Milliarden, durch Anleihen 8,8 Milliarden Mark aufgebracht.¹⁾

Man kann ohne jede Übertreibung sagen, daß keine britische Kapitalanlage jemals für England so reichliche Früchte gezeitigt hat wie jene 16,6 Milliarden Mark, die England im Großen Krieg investierte. Unmittelbar nach dem Krieg setzte jene für England so glückliche Periode ein, wo es, zum erstenmal in seiner Geschichte, Weltpolitik ohne Krieg treiben konnte. Unter geschickter Ausnutzung des europäischen Friedensbedürfnisses und ihrer eigenen Seeherrschaft organisiert die britische Demokratie in diesem Zeitraum den australischen Kontinent, den Norden Amerikas (Canada) und Neuseeland als englische Kolonien und befestigt und erweitert ihre politische Herrschaft in Südafrika. Erst in dieser Periode offenbart sich der unermeßliche Gewinn, den der Krieg gegen die französische Revolution und Napoléon England verschafft hatte. Denn trotz den 640 Millionen Mark,

¹⁾ Siehe J è z e *Les finances de guerre de l'Angleterre* /Paris 1915/, pag. 20

die das englische Volk zur Verzinsung der Kosten der zahlreichen Kriege von 1702 bis 1815 aufzubringen hatte, entwickelte sich der britische Nationalreichtum zu fabelhafter Höhe. Englische Historiker haben diese Periode, in der England mit seinem Überschuß an Reichtum und an Bevölkerung über dem Meer ein Größeres Britannien gründete, als die glücklichste Zeit der britischen Demokratie gepriesen. Und in der Tat, sieht man von dem furchtbaren Elend der Industrieproletarier jener Periode ab, die damals ohne politische Rechte noch außerhalb der britischen Demokratie standen, so muß man zugeben, daß alle übrigen Klassen eine erhebliche Steigerung ihres Wohlstands zu verzeichnen hatten. Während der Kontinent sich von den furchtbaren Schlägen der 23 Kriegsjahre nur ganz langsam erholen konnte, entfalteten sich die Blüten, die schon in den letzten Jahren des Great War an dem mächtigen Baum der englischen Volkswirtschaft üppig hervorsprossen, zu überwältigender Pracht. Daß die große Kapitalanlage von 16,6 Milliarden Mark, der England die politische Vorherrschaft auf allen Märkten der Welt verdankte, den Reichtum der bürgerlichen Klassen gewaltig gehoben hatte, dafür hatte jeder britische Kaufmann oder Fabrikant einen persönlichen und konkreten Beweis. Die Fabrikanten gedachten der kleinen Läden, in denen vor dem Großen Krieg die hausindustriellen Meister ihnen ihre zumeist für den heimischen Markt bestimmten Erzeugnisse abgeliefert hatten, und blickten dann mit Stolz auf die große Zahl neuerrichteter Fabriken, in denen Millionen von Proletariern, Männer, Weiber und Kinder, Tag und Nacht für den Weltmarkt arbeiteten. Die Kaufleute ließen mit Befriedigung ihre Blicke auf ihren mit Proben und Vorräten angefüllten Speichern ruhen, deren Inhalt nach allen Teilen der Welt verfrachtet wurde. Die Fabrikanten und Kaufherren lebten in glänzenden Landhäusern, umgeben von eigenen landwirtschaftlichen Betrieben und neuangelegten Parks: ein sichtbares Zeichen für die Vortrefflichkeit jener Kapitalanlage. Noch mehr als sie mußten aber die Politiker und Historiker jene Kapitalanlage preisen, da durch die 23 Kriegsjahre die wirtschaftlichen Kräfte der Kontinentalstaaten so furchtbar geschwächt und erschöpft worden waren, daß für England die Möglichkeit entstand die *Werkstatt der Welt* zu werden und sich über alle Weltteile auszubreiten.



OHL in Erinnerung an jene so überaus glückliche Zeit der britischen Demokratie verkündete das englische Kabinett beim Kriegsbeginn 1914, es werde diesen Krieg bis zur völligen Vernichtung der Zentralmächte führen, auch wenn er 20 Jahre lang dauere. Deutsche Schriftsteller haben diese Ankündigung schlechtweg als eine »Ungereimtheit« bezeichnet, mit der man sich ernstlich nicht zu befassen brauche.²⁾ Und in der Tat erscheint uns heute, wo wir über die volle Erfahrung eines Kriegsjahrs verfügen, der Gedanke einer 20jährigen Kriegsperiode, von allem andern abgesehen, als eine naive Überschätzung der britischen Finanzkraft. Man darf jedoch nicht übersehen, daß, als der Krieg ausbrach, die britische Regierung nur mit einer Jahresausgabe von 5 Milliarden rechnete. Bei einer Dauer des gegenwärtigen Krieges, die der der großen Koalitionskriege gegen Frankreich vor 100 Jahren nahe kommen würde, wären nach dieser Kalkulation 100 Milliarden Mark erforderlich gewesen.

²⁾ Siehe Rie b e r England und wir, Leipzig 1914/, pag. 34.

Zunächst wollen wir einmal davon absehen, daß die ursprüngliche Kalkulation der englischen Kriegskosten bei einer 20jährigen Kriegsdauer auf etwas mehr als das Sechsfache des Großen Krieges sich als absolut falsch erwiesen hat, und sie so betrachten, als ob sie heute noch gelten könnte. Dann erhebt sich die Frage, ob England finanziell stark genug ist 20 Jahre hindurch jährlich 5 Milliarden Mark zur Finanzierung des Krieges aufzubringen. Unsere Anglophilen werden an dieser Stelle allerdings sogleich den Einwand erheben, daß man jene Ankündigung des englischen Kabinetts nicht ernstnehmen dürfe, da kein Engländer den teuflischen Plan überhaupt fassen könne Europa, und zwar Freunde und Feinde, durch einen Krieg von solcher Dauer zu ruinieren. Gleichwohl wage ich zu behaupten, daß die wirtschaftliche Erschöpfung Europas das zwar nicht ausgesprochene, aber oberste Kriegsziel Englands ist (womit jedoch kein moralisches Urteil über die englische Politik gefällt werden soll, weil es sich hier um einen Kampf handelt, bei dem hüben wie drüben die Notwendigkeit der Selbstbehauptung die Wünsche bestimmt, und der zu groß ist als daß bei seiner Beurteilung moralisierende Selbstbespiegelung und Selbsttäuschung mitsprechen dürften). Nun weiß ich wohl, daß das englische Kabinett in seinen letzten Ankündigungen die äußerste Dauer des Krieges von 20 auf 3 Jahre reduziert hat, das Ziel bleibt dabei aber das selbe, denn die Erfahrungen des ersten Kriegsjahrs haben die englische Regierung eben davon überzeugt, daß 3 Kriegsjahre schon vollauf genügen die Erschöpfung Europas für ein halbes Jahrhundert herbeizuführen.

Kehren wir nun aber zu der Frage zurück, ob das englische Kabinett auf Grund der ursprünglichen Kalkulation der Kriegskosten und der äußersten Kriegsdauer die Hoffnung hegen konnte den Krieg bis ans Ende erfolgreich zu finanzieren. Ich glaube, daß die Frage im britischen Ministerrat bejaht worden ist. Man kann sich auch ungefähr vorstellen, welche Erwägungen hierbei zugrunde lagen. Nach der festen Überzeugung der englischen Nationalökonomien, deren Richtigkeit von deutschen Volkswirten allerdings energisch bestritten wird, beträgt das britische Nationalvermögen ungefähr das Doppelte des deutschen, wobei noch zugunsten Englands der Umstand zu berücksichtigen ist, daß es sich in England auf nur 45 Millionen Köpfe verteilt, gegenüber 65 Millionen in Deutschland. Der Staatssekretär Dr. Helfferich schätzt nun das deutsche Volksvermögen auf 300 Milliarden Mark. Das englische Volksvermögen müßte, wenn jene britischen Nationalökonomien recht hätten, dann nahezu 600 Milliarden Mark betragen. Wichtig für den Wohlstand eines Volkes ist aber nicht nur die Größe seines Volksvermögens, sondern auch dessen Rentabilität. In dieser Hinsicht ist zu sagen, daß nach englischen Berechnungen um die Jahrhundertwende Englands Reingewinn an Seefrachten zirka 1800 Millionen Mark, an Zinsen und Dividenden für ausländische Kapitalsanlagen gleichfalls 1800 Millionen Mark, im Börsen- und Bankwesen 1700 Millionen Mark betrug, wozu dann noch die großen Pensionen kommen, die Indien nach England zu zahlen hat. Auf Grund dieser Ziffern ist es begreiflich, wenn man im englischen Ministerrat beim Ausbruch des Krieges der Meinung war, England könne diesen Krieg, wenn seine Kosten etwa das Sechsfache der Ausgaben des Großen Krieges ausmachten, aus öffentlichen und privaten Mitteln, ähnlich wie vor 100 Jahren, zur Not auch 20 Jahre hindurch finanzieren.

Das englische Finanzgebaren in der ersten Periode des Krieges ist überhaupt nur zu verstehen, wenn man von der ursprünglichen Kalkulation der englischen Kriegskosten ausgeht. Was zunächst die Finanzierung des Krieges aus öffentlichen Mitteln (Steuern und Abgaben) betrifft, so war es Lloyd Georges Sorge etwa 25 % der voraussichtlichen Kriegsausgaben auf diesem Weg zu decken. Dazu ist zu bemerken, daß bei der Finanzierung der Kriege in der britischen Demokratie zwei Tendenzen sich bemerkbar machen: die liberale und die unionistische. Nach der unionistischen These sollen, soweit die Finanzierung der Kriege aus öffentlichen Mitteln erfolgt, als Kriegssteuern hauptsächlich Konsumsteuern in Frage kommen. Dieser Grundsatz wurde im Südafrikanischen Krieg /1899 bis 1902/ angewandt, bei dem die indirekten Steuern wesentlich erhöht wurden. Dagegen sollen nach der liberalen These die Kriegskosten, soweit nur irgend möglich, durch direkte Kriegssteuern gedeckt werden. Darin, daß ein möglichst großer Teil der Kriegsausgaben durch Kriegssteuern und aus anderen öffentlichen Quellen zu finanzieren ist, herrscht übrigens zwischen Liberalen und Unionisten vollkommene Übereinstimmung. Es ist nun festzustellen, daß das Finanzprogramm Lloyd Georges nach der von Gladstone im Krimkrieg proklamierten liberalen Auffassung aufgestellt ist. Hohe direkte Kriegssteuern sind darin enthalten, denen gegenüber die indirekten Kriegssteuern an Bedeutung zurücktreten: Verdoppelung der Einkommensteuer 895 Millionen Mark, Erhöhung der Biersteuer 352 Millionen Mark, Extrasteuer auf Tee 64 Millionen, Aufschiebung der Schuldentilgung 55 Millionen, insgesamt also 1366 Millionen Mark. Von dem im äußersten Fall auf 20 Jahre vorgesehenen Kriegsfinanzbedarf von jährlich 5 Milliarden Mark sollten also aus öffentlichen Mitteln über 1,3 Milliarden Mark aufgebracht werden, während der Rest im Betrag von 3,7 Milliarden Mark aus privaten Mitteln (Kriegsanleihe) beschafft werden sollte. Wie mir nun scheint, liegt in der ursprünglichen Annahme des britischen Kabinetts, daß England imstande sei 20 Jahre hindurch aus öffentlichen Mitteln jährlich 1,3 Milliarden und aus privaten 3,7 Milliarden Mark aufzubringen, durchaus nichts »Ungereimtes«. Es liegt auch kein Grund vor dieser Auffassung den Ernst abzustreiten. Denn man darf nicht übersehen, daß das britische Kabinett mit einem Aufschwung der englischen Volkswirtschaft während des Krieges, oder wenigstens in dessen ersten Jahren, rechnete. Noch am 17. November 1914 erklärte Lloyd George im Unterhaus, daß »während des Krieges in Wirklichkeit [practically] kein Wettbewerb auf den neutralen Märkten der Welt, abgesehen von Amerika, vorhanden sein« werde. England werde daher »diese Märkte beherrschen, weil Amerika gewiß nicht ihre Nachfrage befriedigen könnte. . . Deshalb denke ich, wir können für 4 oder 5 Jahre einem Zustand entgegensehen, bei dem die englische Industrie einen künstlichen Stimulus haben wird, der aus jenen abnormen Bedingungen [Blockade der Zentralmächte] resultiert.« Alle Reden und Erklärungen der britischen Staatsmänner während der ersten Kriegsmonate lassen erkennen, daß das Kabinett von der Anschauung beherrscht war, das englische Kriegsziel einer möglichst gründlichen Herabdrückung der deutschen Industrie sei am besten durch einen langen Krieg zu erreichen. Daher das ganz offensichtliche Bestreben Englands seine militärischen Kräfte nicht auf einmal sondern nach und nach einzusetzen. So hätte es der britischen Politik wenig entsprochen, wenn die englische Armee Joffre dazu gedient hätte den Erfolg an der Marne auszunutzen. Vielleicht

ist das späte Eingreifen Italiens in den Krieg auch auf britische Berechnung zurückzuführen. Wahrscheinlich hätte England die Hilfe der Italiener auch schon früher haben können. Aber England wollte im Grunde gar keine schnelle Entscheidung, am wenigsten zugunsten Rußlands. Auch den russischen und französischen Annexionsplänen trat England nur äußerlich bei. Nur den deutschen Industriestaat wollte man in London durch einen möglichst langen Krieg ins Herz treffen. Deutschland als Agrikulturstaat sollte möglichst erhalten bleiben, um zum Schutz britischer Suprematie über Europa als Bollwerk gegen Rußland zu dienen.

Wenn man jetzt in London glaubt sich auch mit einem 3jährigen Krieg begnügen zu können, so rührt dies zu einem wesentlichen Teil daher, daß, wie schon gesagt, die ursprüngliche Kalkulation des Kriegsfinanzbedarfs infolge der erstaunlichen Entfaltung der militärischen Kräfte der Zentralmächte sich als absolut falsch erwiesen hat. Am besten wird das aus der Steigerung der täglichen englischen Kriegsausgaben ersichtlich. Diese betragen 1914 im August zirka 15 Millionen Mark, im September zirka 20, im November zirka 25 Millionen Mark, 1915 im Januar zirka 30, im Juni zirka 50, im September zirka 95 Millionen Mark. Man darf annehmen, daß die täglichen Kriegsausgaben Englands jetzt schon 100 Millionen Mark übersteigen werden. Somit sind aus der ursprünglich kalkulierten Jahresausgabe von 5 Milliarden zirka 40 Milliarden geworden. Die Summe von 100 Milliarden Mark, die das britische Kabinett ursprünglich im Verlauf von 20 Jahren in Jahresraten von 5 Milliarden im Weltkrieg investieren wollte, muß sie jetzt im Verlauf von nur 2½ Jahren in Jahresraten von nahezu 40 Milliarden Mark anlegen. Gegenüber diesem ungeheuren jährlichen Finanzbedarf von 40 Milliarden Mark sinken die 1,3 Milliarden, die England jährlich aus öffentlichen Mitteln zur Finanzierung des Krieges aufbringt, fast zur Bedeutungslosigkeit herab. Von dem ursprünglich kalkulierten Jahresbedarf betragen sie 26 %, von dem wirklichen Jahresbedarf des Kriegsjahrs 1915 etwa 3 %. Der Anteil des jährlichen Kriegsbedarfs, der im Weg der Anleihe privaten Mitteln entnommen werden soll, beträgt aber nicht, wie fälschlich kalkuliert, 3,7 Milliarden jährlich sondern zirka 38 bis 39 Milliarden. So sicher es mir nun scheint, daß England im Verlauf von 20 Jahren 100 Milliarden Mark, das Sechsfache des Großen Krieges gegen Frankreich hätte investieren können, so zweifelhaft scheint es mir, daß es diese Kapitalanlage in 2½ Jahren zur Ausführung bringen kann. Dabei bleibt es noch fraglich, ob der Jahresbedarf 40 Milliarden Mark nicht überschreiten wird. Bisher hatte England nur für die eigenen Kriegsausgaben und für die seiner Tochter- und einiger Vasallenstaaten (Serbien und Montenegro) das Kapital zu beschaffen. In den letzten Monaten hat sich aber der Kreis der Alliierten, die bei der Kapitalbeschaffung zur Kriegführung auf England angewiesen sind, wesentlich erweitert.³⁾ Das gilt für Italien und zum Teil auch für Rußland und selbst für Frankreich. Selbst wenn es England gelingen sollte das amerikanische Kapital zur Finanzierung des Krieges heranzuziehen, werden die Kapitalien, die die amerikanische Demokratie für den Weltkrieg zurzeit hergeben kann, wahrscheinlich nur den Kapitalbedarf für 1 oder 2 Monate decken können.

Je länger dieser furchtbare Krieg also dauert, um so mehr gewinnt auch und

³⁾ Siehe von Gwinner *Kriegsanleihen*, im Bankarchiv, 1914-1915, pag. 357 ff.

gerade für England die Frage seiner Finanzierung ausschlaggebende Bedeutung. In dieser Beziehung ist es gewiß interessant, daß Harold Cox, der als Autorität in finanziellen Fragen bekannt ist, am 16. Juli 1915 in einer Rede vor einem Auditorium von Bankiers und Cityleuten ausführte, daß, als der Krieg anfang, England sich »in einer stärkern finanziellen Lage als Deutschland« zu befinden vermeinte. Er glaube aber nicht, daß die britische Finanzwelt »auch jetzt noch davon so überzeugt sei wie früher«. Auch der Glaube, daß die in diesem Krieg gemachten Kapitalanlagen sich für den Reichtum und die Macht der britischen Demokratie als ebenso heilsam erweisen werden wie die vor 100 Jahren im Großen Krieg ausgeführten, beginnt zu wanken. Damals wurde England in wenigen Jahrzehnten ein reiches Land, jetzt wird im Haus der Lords schon kleinlaut verkündet, England werde nach dem Krieg aller Voraussicht nach ein »armes Land« sein.⁴⁾ Trotz alledem würde ich es aber für gefährlich halten an dem ernststen Willen der britischen Demokratie den Krieg bis zur Erschöpfung Europas zu finanzieren irgendwie zu zweifeln. Fraglich ist nur, ob England die von seiner Regierung für diesen Krieg vorgesehene Kapitalanlage von 100 Milliarden in der kurzen Zeit von 2½ Jahren wird aufbringen können, und ob Frankreich und Rußland wirklich verblendet genug sein werden sich zum Zweck britischer Welt-eroberung gänzlich ruinieren zu lassen.

XX

HUGO HEINEMANN · DIE ENTLASTUNG DER GERICHTE, EINE KRIEGSERRUNGENSCHAFT DER DEUTSCHEN RECHTSPFLEGE



HN einer Studie über den Kampf gegen den Wucher, die die größte Beachtung verdient, bespricht der Oberverwaltungsgerichtsrat Schiffer das, was die Gesetzgebung und die höchsten Militärbehörden getan haben, um wenigstens im Augenblick den größten Mißständen und Mißbräuchen auf dem genannten Gebiet kraftvoll entgegenzutreten. Er fügt hinzu, daß damit aber auf die Dauer nicht genug getan sei:

»Das Wucherproblem wird auch für die Zukunft in der Gestalt, die ihm durch den Krieg und seine Erfahrungen gegeben worden ist, weiterleben und die Kräfte der Gesetzgebung, Wissenschaft und Rechtsprechung in weitem Umfang in Anspruch nehmen. Mit dem, was jetzt geschehen, ist es nicht abgetan und darf es nicht abgetan sein. Finanzpolitische und rechtspolitische Maßnahmen müssen folgen, um dem beleidigten Rechtsbewußtsein Genüge zu tun. . . Wie dies einzurichten ist, wird Gegenstand eingehender Prüfung sein müssen. Nur darf diese Prüfung nicht so eingehend sein, daß schließlich die Frische der Entschließung durch des Gedankens Blässe angekränkelt und hintangehalten würde.«¹⁾

Diese klugen Worte gelten für fast alle jetzt vom Bundesrat getroffenen Anordnungen auf rechtspolischem Gebiet. Diese helfen geschickt über die Zeit der Kriegsnot hinweg und enthalten Gedanken und Gesichtspunkte, die in die Friedensgesetzgebung übernommen zu werden verdienen. Dabei berührt der frische, flotte Wagemut besonders sympathisch, mit dem der Bundesrat die in Frage stehenden Probleme anpackt, und der sich von jenem öden Schneckentempo freimacht, in dem bei uns die Bureaukratie in Frie-

⁴⁾ Siehe den Artikel War die zweite englische Kriegaanleihe ein Erfolg? in den Grenzboten, 1915, 3. Band, pag. 172.

¹⁾ Siehe Schiffer Der Kampf gegen den Wucher, in der Deutschen Strafrechtszeitung, 1915, pag. 328.

denzeiten zu arbeiten pflegte. Die Gesetzgebung muß versuchen das lebendig pulsierende Leben lebendig zu erfassen und Überlebtes mit einem kräftigen Schnitt zu amputieren. Sie darf nicht davor zurückschrecken ein Problem in Angriff zu nehmen, auch wenn es nicht lückenlos gelöst werden kann, sie muß unter Umständen den Mut des Wagens haben. Gerade dieser Mut hat der Gesetzgebung oft befruchtende Anregungen gegeben. Daß die Kriegsgesetzgebung im August 1914 mit Energie und Selbstsicherheit auf diesem Weg vorgegangen ist, hat zu einem erheblichen Teil dazu beigetragen die deutsche Volkswirtschaft über die Schwierigkeiten des Krieges hinwegzuführen. Die dem einzelnen zugemuteten Opfer sind bereitwillig getragen worden. Die gesetzgebenden Organe sollten in dieser Beziehung vor keiner Konsequenz zurückschrecken. Daß die Rücksichtnahme auf die Befriedigung von Sonderinteressen durch das Recht unerwünschte Ergebnisse zeitigt und unerfreuliche Stimmungen auslöst, hat eine spätere Verordnung des Bundesrats vom 14. Januar 1915 bewiesen, die die zugunsten eines Kriegsteilnehmers vorgesehene Unterbrechung eines gerichtlichen Verfahrens einschränkt, wenn dies »zur Verhütung offener Unbilligkeiten erforderlich erscheint«. Die Gerichte haben mehrfach bei Anwendung dieser Vorschrift übersehen, daß das Ruhen der gegen den Kriegsteilnehmer geführten Prozesse nicht bloß seiner individuellen Interessensphäre dienen soll sondern in Rücksicht auf das Staatswohl eingeführt ist, um den für die Unversehrtheit des Vaterlands Kämpfenden nicht durch kleine und kleinliche persönliche Sorgen an der Erreichung höchster Ziele zu hindern. Gewiß liegt der Bekanntmachung des Bundesrats der gesunde Gedanke zugrunde, daß der Dienst für die Nation nicht den Deckmantel hergeben soll, um böswillig und trotz vorhandenen Mitteln den Gläubiger um seine wohlbe gründete Forderung zu betrügen. Aber in diesem sozialpolitisch bedenkfreien Sinn ist die Verordnung nicht durchweg ausgelegt worden. Mag es tatsächlich auch nicht sonderlich häufig vorgekommen sein, daß der Richter sich in engherzig bürokratischer Auffassung kein höheres Interesse und kein heiligeres Gut vorstellen konnte als die unbedingte Herrschaft der dem Privatrecht zugrunde liegenden Begriffe, so haben diese wenigen Fälle einen so unschönen Eindruck hinterlassen, daß man nicht leicht darüber hinweggehen darf. Daß dieser Eindruck trotz der geringen Zahl der in Frage kommenden Fälle so nachhaltig und bitter gewesen ist, ist eine durchaus erfreuliche Erscheinung. Es zeigt sich darin der immer mehr in der Bevölkerung erstarkende, ausschließlich auf dem Gedanken der sozialen Pflicht aufgebaute Staatsgedanke. Deshalb sind wir gegen jedes Sichhervordrängen persönlicher materieller Interessen so empfindlich. Je länger der Krieg dauert, um so stärker zeigt sich, daß das gesamte Volk heute die Staatsidee erlebt, daß wir in den Lebensfragen der Nation alle auf dem selben Boden stehen, und daß das National- und Gemeinsamkeitsgefühl stärkste Realität auch da besitzt, wo es in ruhigen Zeiten kaum beachtet wurde. Mit dieser Tatsache kann die Gesetzgebung rechnen. Sie wird ebenso in energischster Repression jeder die Sicherheit der nationalen Selbstbehauptung gefährdenden Handlung wie in der Forderung jeden Opfers zugunsten des Staatswohls auf die Zustimmung und tatkräftige Unterstützung des ganzen Volkes rechnen können.

Am 9. September dieses Jahres hat der Bundesrat eine neue, stark in die bürgerliche Rechtspflege eingreifende Bekanntmachung erlassen. Sie soll

der Entlastung der Gerichte dienen. Wie die Motive hervorheben, bringen es die zunehmenden Einberufungen zum Heeresdienst mit sich, daß Justizbeamte sowie Rechtsanwälte in wachsender Zahl ihrer Tätigkeit im Bereich der Rechtspflege entzogen werden. Zahlreiche Angehörige dieser Berufsstände befinden sich bereits bei den Fahnen. Bei längerer Dauer des Krieges muß mit weiteren Einberufungen und infolgedessen mit einer fortschreitenden Verringerung der für die Erledigung der gerichtlichen Geschäfte verfügbaren Kräfte gerechnet werden. Es erscheint deshalb geboten geeignete Anordnungen zu treffen, um möglichste Entlastung der Gerichte herbeizuführen. Denn jede auch nur geringfügige Störung oder Verzögerung der Rechtspflege muß notwendig nachteilige Rückwirkungen auf das Wirtschaftsleben ausüben. Gerade in einer Zeit, da die heimische Volkswirtschaft fortdauernd vor neue Aufgaben gestellt wird, besteht ein dringendes Interesse daran, daß die Rechtspflege pünktlich und sicher arbeitet, damit die unausbleiblichen Verwickelungen möglichst schnell durch richterliche Entscheidung gelöst werden. Anordnungen, die die Gefahr einer Störung oder Verzögerung der Rechtspflege beseitigen sollen, stellen sich schonach als Maßnahmen dar, die mittelbar zur Verhütung wirtschaftlicher Schädigung notwendig sind. Die einzelnen Bestimmungen der Bekanntmachung sind außerordentlich geschickt und zweckentsprechend gestaltet. Sie bewegen sich, wie die Motive zutreffend hervorheben, im wesentlichen in der gleichen Richtung wie die Wünsche, die seit langem für eine Neugestaltung des bürgerlichen Verfahrens erhoben worden sind. Bewährt sich die Neuregelung, wie dies wahrscheinlich der Fall sein wird, so wird sie, wenigstens zum Teil, zum dauernden Besitzstand unseres Zivilprozeßrechts erhoben werden.

Die ganz neue Rechtseinrichtung eines landgerichtlichen Mahnverfahrens und die unter bestimmten, sorgfältig erwogenen Kautelen vorgesehene Zulassung von Entscheidungen ohne mündliche Verhandlung werden zu einer Vereinfachung und Beschleunigung des Verfahrens führen und den Parteien erhebliche Kosten ersparen. In den vor den Landgerichten erhobenen, auf Zahlung einer Geldschuld gerichteten Klagen soll der Vorsitzende des Gerichts an Stelle der bisherigen Terminsanberaumung einen Zahlungsbefehl verfügen. Erhebt der Beklagte Widerspruch, so tritt das ordentliche Gerichtsverfahren ein. Wird kein Widerspruch eingelegt, so wird der Zahlungsbefehl vollstreckbar. Auf diesem einfachen, allen Formalismus entbehrenden Weg werden künftighin die Prozesse, die früher nach mündlicher Verhandlung durch die Landgerichte im Weg des Versäumnisurteils entschieden wurden, ohne Inanspruchnahme des ganzen umständlichen Gerichtsapparats und ohne Vergeudung richterlicher Kraft auf schriftlichem Weg ihre Erledigung finden.

Noch viel einfacher wird sich in Zukunft das Verfahren vor den Amtsgerichten durch die Einführung eines rechtsnotwendigen Mahnverfahrens und eines besondern Urkunden- und Wechselmahnverfahrens gestalten. Die Begründung erhofft, und wohl mit Recht, daß auf dem Weg des Urkunden- und Wechselmahnverfahrens künftighin ein großer Teil der unstreitig bleibenden Sachen dieser Verfahrensart ohne mündliche Verhandlung erledigt werden, was eine beträchtliche Verminderung der Geschäftslast bedeuten würde. Das praktisch Wichtigste aber ist die Vorschrift, daß

der Kläger von jetzt ab *gezwungen* ist in Fällen, in denen das Mahnverfahren überhaupt zulässig ist, die Geltendmachung seines Anspruchs zunächst auf diesem Weg zu versuchen.

Neben dem rechtsnotwendigen Mahnverfahren führt die Bekanntmachung des Bundesrats ein Zwangssühneverfahren bei den Amtsgerichten ein. Gerade in neuerer Zeit hat, wie die Begründung zur Verordnung des nähern ausführt, eine kräftige und beachtenswerte Bewegung eingesetzt, die vornehmlich das Ziel einer Neubelebung des Sühneverfahrens verfolgt. Wie sehr allerdings auch die Notwendigkeit alle Kräfte für die Durchführung des gegenwärtigen Krieges zusammenzuhalten bei auftretenden Rechtsstreitigkeiten auf den Weg gütlicher Einigung hinweist, so wenig sei der jetzige Zeitpunkt dazu angetan zu diesem Zweck tiefgreifende Änderungen vorzunehmen und durch eine Umgestaltung der bestehenden Organisation oder die Einführung neuer Organe in die allgemeine Ordnung der Rechtspflege einzugreifen, zumal auf einem der wichtigsten Gebiete, dem der Miets- und Hypothekenstreitigkeiten, bereits besondere Einigungsämter zugelassen sind. Die Verordnung beschränkt sich deshalb darauf dem Gericht im Verfahren vor den Amtsgerichten die Anstellung eines Sühneversuchs zur Pflicht zu machen und bei geringfügigen Streitigkeiten die zu erstattenden Kosten zu vermindern. Der Gedanke in geringfügigeren Sachen möglichst eine gütliche Einigung der Parteien zu erzielen ist zu begrüßen und erfolgversprechend, nachdem sich die Organisation der Gewerbegerichte, die die doppelte Verpflichtung haben sowohl der Rechtsprechung im eigentlichen Sinn als auch der gütlichen Erledigung der Rechtsstreitigkeiten zu dienen, durchaus bewährt hat.

Die einschneidendste Neuerung liegt in der durch die Bundesratsverordnung eingeführten Beschränkung der Berufung. Die Verordnung bestimmt:

»In Rechtsstreitigkeiten über vermögensrechtliche Ansprüche ist die Zulässigkeit der Berufung durch einen den Betrag von 50 Mark übersteigenden Wert des Beschwerdegegenstands bedingt.«

Diesen praktisch überaus wichtigen Punkt begründen die Motive wie folgt:

»Die Zulässigkeit der Berufung ist im Verfahren vor den Gewerbegerichten und vor den Kaufmannsgerichten davon abhängig, daß der Wert des Streitgegenstands eine bestimmte Summe übersteigt. Damit die Berufung zulässig ist, muß der Wert des Streitgegenstands im Verfahren vor den Gewerbegerichten 100 Mark, im Verfahren vor den Kaufmannsgerichten 300 Mark übersteigen. Gegen eine entsprechende Beschränkung der Berufung in dem Verfahren vor den ordentlichen Gerichten sind vielfach Bedenken erhoben worden. Man hat sie namentlich daraus hergeleitet, daß bei den Amtsgerichten nicht, wie bei jenen Sondergerichten, eine Mehrheit von Richtern entscheidet. Diese Bedenken müssen indessen jetzt, wo eine Einschränkung der Rechtsmittel zwecks Entlastung der Gerichte des zweiten Rechtszugs dringend geboten ist, zurücktreten, und es darf erwartet werden, daß sie auch von denen zurückgestellt werden, die aus grundsätzlichen Erwägungen einer solchen Maßregel ablehnend gegenüberstehen. Die von dem Entwurfe vorgeschlagene Einschränkung der Berufung erscheint um so unbedenklicher, als sie nur solche Rechtsstreitigkeiten treffen soll, in denen der Wert des Beschwerdegegenstands zu dem mit der Berufung verbundenen Aufwand an Arbeitskraft, Zeit und Geld erfahrungsgemäß im umgekehrten Verhältnis steht. Der § 20 des Entwurfs macht daher die Zulässigkeit der Berufung nicht von dem Wert des Streitgegenstands, sondern von einer den Betrag von 50 Mark übersteigenden Berufssumme abhängig.«

Die Begründung, die sich auch auf die österreichische Zivilprozeßordnung hätte berufen können, nach der bei Bagatellsachen bis zu 100 Kronen die

Berufung nur wegen gewisser grober Rechtsverletzungen zulässig ist, hat darin durchaus recht, daß die Zahl der Richter im Zivilprozeß nicht das entscheidende Moment für eine gute Rechtspflege darstellt. Mit treffenden Gründen hat der verstorbene Frankfurter Oberbürgermeister Adickes stets den alten Aberglauben des Beamtenstaats bekämpft, daß ein Kollegium an sich und allgemein größere Garantien für gute und gerechte Entscheidungen bietet. Vielmehr liegt auch für die Frage, ob Einzelrichter oder Kollegialgericht, die Entscheidung in den Persönlichkeiten. Ungleich zusammengesetzte Kollegien, in denen neben Hochbegabten zugleich Anfänger, Unselbständige und Minderbegabte sitzen, die für höhere Stellen nicht geeignet sind, gewähren keine ausreichende Bürgschaft. Ganz anders liegt die Sache im Strafprozeß, auf den sich ja auch die Bundesratsverordnung nicht erstreckt, mit Rücksicht auf die vom geltenden Recht für die Bejahung der Schuldfrage geforderte Zweidrittelmehrheit der richterlichen Stimmen. Dennoch aber ist die in Aussicht genommene Ausschließung der Berufung für Sachen mit einem Beschwerdegegenstand von weniger als 50 Mark nicht frei von Bedenken. Dies fühlt auch die Bundesratsverordnung. Deshalb bezeichnet sie die Bestimmung als eine aus der Not der Zeit geborene provisorische Maßnahme. Mit dieser Einschränkung wird sich kein verständiger Mensch gegen die beschlossene Neuregelung und gegen den damit der Bevölkerung zugemuteten Verzicht wehren. Es läßt sich ja eben gar kein Opfer denken, das nicht in vollster Bereitwilligkeit gebracht werden muß, wenn dies der nationale Existenzkampf erfordert. Dauernden Charakter aber darf die Vorschrift nur dann annehmen, wenn der strikte Beweis erbracht wird, daß damit keine Gefahr einer Verschlechterung zum Schaden der Unbemittelten und damit einer Verschärfung der plutokratischen Tendenz der Gesetzgebung verbunden ist. Unseren Einzelrichtern winkt jetzt die lockende Aufgabe zu zeigen, daß diese Gefahr nicht vorhanden ist und sie auf der Höhe ihrer Aufgabe stehen. Jetzt haben es die deutschen Richter in der Hand zu zeigen, daß sie das leisten können, was man vor dem Krieg bei uns so oft als Vorzug des englischen Einzelrichtertums gerühmt hat. Aus den Reihen der beamteten Juristen ist bei uns oft die Klage erhoben worden, sie seien vom Gesetz nicht selbständig genug gestellt, die ihnen zugewiesene Aufgabe sei unter zu viele Instanzen geteilt, es fände eine endlos scheinende Jagd nach dem unfindbaren Recht statt. Man stelle uns, so erklärten sie, auf eigene Füße, überlasse jedem die volle, alleinige Verantwortung für das, was er zu tun habe, und man werde sehen, daß dann Initiative und Erfassung der Größe der richterlichen Tätigkeit einen gewaltigen Aufschwung nehmen würden. Beispielsweise hat man einen der wesentlichsten Mängel des Vorverfahrens im Strafprozeß darin gesehen, daß niemand die volle Verantwortung dafür trägt, daß jemand auf die Anklagebank gebracht wird. Die Aufgabe, die das Ergebnis einer großartigen Einheitlichkeit sein sollte, sei zwischen Staatsanwalt, Untersuchungsrichter und Eröffnungskammer geteilt, einer berufe sich immer auf den andern. Die Bundesratsverordnung überträgt jetzt auf einem beschränkten Gebiet des Zivilprozesses dem Einzelrichter die alleinige volle Verantwortung, die um so riesenhafter ist, als es sich zumeist um Prozesse der unbemittelten Klassen handeln wird, für die 50 Mark eine erhebliche Summe darstellen.

Unsere unteren Gerichte, über deren sozialpolitische Verständnislosigkeit bisweilen mit vollem Recht bittere Klage geführt worden ist, haben jetzt ein

gutes Vorbild. Der zweite Vorsitzende der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Genosse Bauer, hat kürzlich in einem Vortrag von dem Verständnis gesprochen, das das Kriegsministerium für die Gewerkschaften bewiesen habe:

»Wenn Beschwerden kamen, ist man stets bemüht gewesen Abhilfe zu schaffen. Die Tariflöhne mußten beachtet werden. Für die Heimindustrie sind besondere Vorschriften erlassen. Die Heimarbeiter müssen 75 % des Preises erhalten.«²⁾

Diese Beispiele lassen sich noch vermehren. Wen sein Beruf täglich in die Säle unserer Gerichte führt, und wer die ihm dort, wenigstens in den unteren Instanzen, manchmal entgegretende Kühle und Einsichtslosigkeit in sozialpolitischen Fragen mit dem vergleicht, was unsere militärischen Behörden auf diesem Gebiet während des Krieges geleistet haben (man denke nur an die Erlasse des Generals von Bissing), der kann sich einen größern Gegensatz kaum konstruieren. Unsere unteren Gerichte können viel aus den Erlassen und Entscheidungen der militärischen Behörden lernen. Tun sie es, dann wird die ihnen jetzt vom Bundesrat übertragene Last der Verantwortung zu einem dauernden Segen für die deutsche Rechtspflege werden.

XX
**WALT WHITMAN · EIN GESANG VON DER ROL-
 LENDEN ERDE · ÜBERTRAGEN VON MAX HAYEK**



IN Gesang von der rollenden Erde und in Worten, die ihr angemessen sind,

Wähntest du, das wären die Worte, jene aufrechten Linien, Kurven, Winkel und Pünktchen?

Nein, nicht das sind die Worte: Die echten Worte sind in der Erde und im Meer,

Sie sind in der Luft, sie sind in dir.

Wähntest du, das wären die Worte, jene holden Laute aus deiner Freunde Mund?

Nein, die wahrhaften Worte sind weit holder noch als diese.

Menschliche Körper sind Worte, Myriaden von Worten.

〈In den besten Gedichten erscheint des Mannes oder des Weibes Körper wieder,

Jeder Teil an ihnen tüchtig, tätig, empfänglich, ohne Scham oder den Anlaß zur Scham.〉

Luft, Erde, Wasser, Feuer: das sind Worte,

Ich selbst bin ein Wort mit ihnen (meine Eigenschaften durchdringen die ihrigen), mein Name gilt ihnen nichts,

Und wenn er in den 3000 Sprachen genannt würde, was würden Luft, Erde, Wasser und Feuer von meinem Namen wissen?

Eine gesunde Gestalt, eine freundliche oder gebieterische Gebärde sind Worte, Aussprüche, Bedeutungen,

²⁾ Siehe Bauers Vortrag Die deutschen Gewerkschaften nach dem Krieg, wiedergegeben in der Gewerkschaft, dem Organ der Gemeindefürsorge, vom 17. September 1915,

Die Reize, die die einfachen Blicke von Frauen und Männern geleiten, sind ebenso Aussprüche und Bedeutungen.

Das Werk der Seelen vollzieht sich durch diese unhörbaren Worte der Erde. Und die Meister kennen die Worte der Erde und gebrauchen sie öfter als die hörbaren Worte.

Veredelung ist eines von den Worten der Erde.
Die Erde zaudert nie noch eilt sie,
Sie trägt alles, was ihr angehört, Wachstümer und Kräfte, gebunden in sich von Anfang an,
Sie ist nicht von halber Schönheit nur, Mängel und Auswüchse zeigen genau so viel Schönheit wie die Vollkommenheiten.

Die Erde behält nichts für sich zurück, sie ist edelmütig genug,
Ihre Wahrheiten harren stetig des Finders, auch sind sie nicht so sehr verborgen,

Sie sind ruhig, fein, durch Letterndruck unübertragbar,
Durch alle Dinge ergossen, sich selbst freiwillig vermittelnd,
Und so, Gefühl und Aufforderung in mir, zeuge ich, offenbare ich,
Ich spreche nicht, doch wenn du mich nicht hörst, von welchem Nutzen bin ich dir?

Wenn ich nicht gebäre, bessere, von welchem Nutzen bin ich?

<Accouche! Accouchez!
Willst du deine eigene Frucht in dir verfaulen lassen?
Willst du hocken bleiben und ersticken?>

Die Erde zankt nicht,
Ist nicht großsprecherisch, hat keine besonderen Übereinkommen,
Kreischt nicht, eilt nicht, überredet nicht, droht nicht, verspricht nicht,
Macht keine Unterschiede, hat keine begreifbaren Fehler,
Verschließt nichts, verweigert nichts, schließt niemand aus,
Schließt von allen Kräften, Dingen und Zuständen, die sie kundtut, niemand aus.

Die Erde stellt sich nicht zur Schau noch verschmäht sie sich zur Schau zu stellen:

Untergründig besitzt sie noch,
Untergründig die lauten Klänge, den erhabenen Vielgesang der Helden, die Wehklage der Sklaven,

Überredungen Liebender, Verwünschungen, Todesröcheln Sterbender, junger Leute Gelächter, der Händler scharfes Feilschen,

Untergründig diese gehaltvollen Worte, die niemals fehlen.

Ihren Kindern strömen die Worte der stumm-beredten großen Mutter unaufhörlich zu,

Die wahrhaften Worte fehlen nie, denn nie fehlen Bewegung und Betrachtung,

Noch auch fehlen der Tag und die Nacht und der Weg, den wir zurücklegen.

Der unermeßlichen Schwestern,
 Der endlosen Reigen von Schwestern,
 Der zentripetalen und zentrifugalen Schwestern, der älteren und jüngeren
 Schwestern
 Schöne Schwester, die wir kennen, tanzt mit den übrigen dahin.

Den geräumigen Rücken jedem Beschauer zugekehrt,
 Mit den Bezauberungen der Jugend und den gleichen Bezauberungen des
 Alters,
 Sitzt sie, die ich überschwenglich liebe gleich den übrigen, sitzt gelassen,
 Emporhaltend in ihrer Hand etwas wie einen Spiegel, während ihrer Augen
 Glanz von ihm zurückstrahlt,
 Rückstrahlt, wie sie sitzt, niemand anlockend, niemand verleugnend,
 Unermülich Tag und Nacht den Spiegel haltend vor ihrem eigenen Antlitz.

Nah oder ferne gesehen,
 Pflichtgemäß erscheinen die Vierundzwanzig vor aller Welt an jedem Tag,
 Pflichtgemäß nähern sie sich und vergehen mit ihren Gefährten oder einem
 Gefährten,
 Nicht aus ihren eigenen Gesichtern sondern aus den Gesichtern derer
 schauend, die mit ihnen sind,
 Aus den Gesichtern von Kindern oder Frauen oder aus männlichem Gesicht,
 Aus den offenen Gesichtern der Tiere oder der unbeseelten Dinge,
 Aus der Landschaft oder aus Wassern oder aus der köstlichen Erscheinung
 des Himmels,
 Aus unsern Gesichtern, den meinen und den deinen, treulich sie wieder-
 gebend,
 Unfehlbar erscheinen sie an jedem Tag vor aller Welt, aber niemals zwei-
 mal mit den selben Gefährten.

Den Menschen umarmend, alles umarmend, schreiten die Dreihundertfünf-
 undsechzig unwiderstehlich um die Sonne;
 Alles umarmend, beruhigend, ertragend, folgen dicht 365 Sprößlinge dem
 ersten, sicher und notwendig wie sie.

Stetig dahintamelnd, furchtlos,
 Sonne, Sturm, Kälte, Hitze ewig widerstehend, vorbeistreichend, tragsam,
 Der Seele Wirksamkeit und Bestimmung ohn' Unterlaß ererbend,
 Das flüssige Vakuum um und über sich einschneidend und teilend,
 Vor keinem Querstock zaudernd, keinen Anker werfend, an keinem Fels
 zerschellend,
 Flink, fröhlich, zufrieden, unberaubt, ohne jeglichen Verlust,
 Aller Dinge fähig und jederzeit bereit strenge Rechenschaft abzulegen,
 Durchsegelt das göttliche Schiff die göttliche See.



ER immer du bist: Bewegung und Betrachtung sind besonders
 für dich,

Das göttliche Schiff durchsegelt die göttliche See für dich,
 Wer immer du bist: du bist er oder sie, für den die Erde fest
 und flüssig ist,

Du bist er oder sie, für den die Sonne und der Mond am Himmel hängen,

Für keinen geringern als dich sind Vergangenheit und Gegenwart,
 Für keinen geringern als dich Unsterblichkeit.
 Keiner kann für einen andern erwerben — nicht einer,
 Keiner kann für einen andern wachsen — nicht einer.
 Der Sang ist des Sängers, und zu ihm kehrt er zum meisten zurück,
 Die Lehre ist des Lehrers, und zu ihm kehrt sie zum meisten zurück,
 Der Mord ist des Mörders, und auf ihn fällt er zum meisten zurück,
 Der Diebstahl ist des Diebes, und auf ihn fällt er zum meisten zurück,
 Die Liebe ist des Liebenden, und zu ihm kehrt sie zum meisten zurück.
 Die Gabe ist des Gebers, und zu ihm kehrt sie zum meisten zurück,
 Die Rede ist des Redners, das Schauspiel des Schauspielers und der Schau-
 spielerin, nicht der Hörerschaft,
 Und kein Mensch versteht eine Größe oder Güte außer seiner eigenen oder
 der Andeutung seiner eigenen.



ICH schwöre, die Erde wird demjenigen oder derjenigen gewiß
 vollendet sein, die vollendet sind,
 Die Erde bleibt nur für jene Stückwerk und unvollendet, die selbst
 Stückwerk und unvollendet bleiben.

Ich schwöre, es gibt keine Größe oder Kraft, die nicht jener der Erde gleich-
 zukommen sucht,
 Es kann keine Theorie von einiger Bedeutung geben, ehe denn sie die
 Theorie der Erde bekräftigt,
 Keine Politik, kein Lied, keine Religion, kein Betragen oder was immer sind
 von Belang, es sei denn, sie messen sich mit der Größe der Erde.
 Es sei denn, sie sehen der Genauigkeit, Lebenskraft, Unparteilichkeit und
 Geradheit der Erde ins Antlitz.

Ich schwöre, daß ich der Liebe mit süßerm Erzittern gewahr zu werden be-
 ginne als mit jenem, das der Liebe angemessen ist,
 Es ist die Liebe,, die in sich beruht und die niemals auffordert und niemals
 verweigert.

Ich schwöre, daß ich wenig oder nichts in hörbaren Worten gewahr zu
 werden beginne,
 Alles verschmilzt zur Vorstellung der ungesprochenen Bedeutungen der
 Erde,
 Zur Vorstellung dessen, der die Gesänge des Leibes und der Wahrheiten der
 Erde singt,
 Dessen, der die Wörterbücher fertigt, an die kein Letterndruck heranreicht.

Ich schwöre, ich erblicke, was besser ist als das Beste auszusagen,
 Es ist immer das Beste unausgesagt zu lassen.
 Wenn ich unternehme das Beste auszusagen, finde ich, daß ich es nicht
 vermag,
 Meine Zunge ruht unwirksam in ihren Angeln,
 Mein Atem gehorcht seinen Organen nicht,
 Ich werde ein stummer Mann.

Das Beste der Erde kann in keiner Weise ausgesagt werden, alles oder nichts ist das Beste,

Es ist nicht, was du voraussetzt, es ist wohlfeiler, leichterreichlich, näher,

Die Dinge werden nicht von den Plätzen geschafft, die sie innehatten,

Die Erde ist genau so vorhanden und geordnet wie sie es zuvor war, Tatsachen, Religionen, Verbesserungen, Politik, Handel sind so wirklich wie zuvor.

Aber auch die Seele ist wirklich, auch sie vorhanden und geordnet,

Kein Vernünfteln, kein Beweis haben sie geschaffen,

Unleugbares Wachstum hat sie geschaffen.



IESE Worte als Echo der Töne und Reden der Seele aussprechend

〈Wenn sie der Seele Reden nicht widertönt, was wären sie dann?

Wenn sie nicht dich im besondern beträfen, was wären sie dann?〉

Schwöre ich, daß ich hinfort nimmermehr mit dem Glauben zu tun haben will, der das Beste aussagt,

Ich will einzig mit dem Glauben zu tun haben, der das Beste unausgesagt läßt.

Sprecht fort, Sprecher! Singt fort, Sänger!

Forscht! Formt! Schichtet die Worte der Erde auf!

Schafft fort, Zeitalter auf Zeitalter, nichts ist verloren!

Lange Zeit mag es zu harren haben, aber gewißlich wird es seinen Tag erleben,

Wenn alle Materiale bereitet und bereit sind, werden die Architekten erscheinen.

Ich schwöre euch, die Architekten werden unfehlbar erscheinen,

Ich schwöre euch, sie werden euch verstehen und euch rechtfertigen,

Der größte unter ihnen wird derjenige sein, der euch am besten erkennt und alle umfaßt und allen treu ist,

Er und die übrigen werden euch nicht vergessen, sie werden begreifen, daß ihr nicht um ein Iota weniger seid als sie,

Und erst in ihnen wird sich eure ganze Herrlichkeit erfüllen.

XX

EMIL KLOTH · DIE GEWERKSCHAFTEN ALS VERTRETER DER ARBEITERKLASSE IM HEUTIGEN STAAT



HNE Überhebung können die Gewerkschaften von sich behaupten,

daß sie im weitesten Sinn des Wortes die berufenen Vertreter der

Arbeiter in unserm Staatswesen sind. Es hieße diese ihre Rolle

weit unterschätzen, wollte man 〈wie dies neuerdings gerade die-

jenigen tun, die bisher an der Neutralität der Gewerkschaften An-

stoß nahmen〉 ihren Aufgaben- und Einflußkreis allein darauf beschränken,

daß sie sich für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ein-

setzen. Wie die wirtschaftliche Lage der Arbeiterklasse nicht ausschließ-

lich von der Macht der Gewerkschaften, sondern zugleich von einer Reihe

anderer Faktoren abhängt, so ist diese Macht wiederum nicht nur der Einsicht der Arbeiter von der Notwendigkeit der Organisation zu danken, sie wird vielmehr daneben noch durch einen Komplex wechselseitiger Ursachen und Wirkungen bestimmt, die mit der Natur des staatlichen Organismus zusammenhängen. An der Gestaltung des Staatsganzen, nach innen und nach außen, haben daher die Arbeiter in ihrer Gesamtheit ein lebendiges Interesse. Im Rahmen des Staates werden sich auf absehbare Zeit ihre Kräfte betätigen müssen, wenn sie nicht unfruchtbarer Enthaltung von praktischem Wirken verfallen sollen.

Andrerseits bedingt es das eigene Interesse des Staates die zahlreichste Bevölkerungsklasse zur Mitarbeit heranzuziehen. Gerade der Krieg hat dargetan, daß die Garantien des Sieges in einem Kampf auf Leben und Tod nicht nur in der Feuerkraft der Maschinengewehre zu suchen sind sondern namentlich auch in dem Bewußtsein der kämpfenden Massen, daß diese Kämpfe auch ihre Kämpfe sind, daß mit der Vernichtung oder Erschütterung des Staates auch ihre eigene Existenz aufs schwerste bedroht sein würde. Dies Bewußtsein durch ihre aufklärende Arbeit und ihr gesamtes Wirken schon lange vor dem Krieg geweckt zu haben ist zweifellos ein Verdienst der Gewerkschaften. Dem ist es auch zuzuschreiben, daß die deutschen Gewerkschaften fast ausnahmslos die Politik des 4. August 1914 unterstützt haben; als echte Vertreter der deutschen Arbeiter mußten sie sie unterstützen. Die Regierung erfaßte diese Sachlage ganz richtig, wenn sie die Gewerkschaften zur Mitarbeit beim *Durchhalten* heranzog. Die Gewerkschaften wiederum erkannten, ein wie starkes Interesse sie selbst an dem großen Kampfobjekt des Krieges hatten: an der Erringung der Freiheit der Meere, der Offenhaltung der Weltverkehrsstraßen, die eine Lebensnotwendigkeit für die deutsche Industrie und damit für die deutsche Arbeiterklasse ist.

Das Zusammenwirken staatlicher und gewerkschaftlicher Organe darf aber mit dem Ende des Krieges nicht seinen Abschluß finden. Auch nachher noch müssen sich die Gewerkschaften unbedingt bei der Beratung auch auf solchen Gebieten beteiligen, die nicht unmittelbar mit dem gewerkschaftlichen Aufgabenkreis verknüpft sind. So wäre bei der Vorbereitung neuer Handelsverträge die Mitwirkung von Arbeiterdelegierten äußerst zweckmäßig. Das würde sich bei einem Zusammenarbeiten mit den übrigen Vertretern der verschiedenen Industrien, besonders natürlich der Exportindustrien, bald zeigen. Freilich werden die Arbeitervertreter die traditionelle Intransigenz abstreifen müssen, die die Sozialdemokratie bis jetzt bei ihrer Stellung zur Handelspolitik (die sie vom Liberalismus alten Stils übernommen hat) in den Fragen des Produzentenschutzes zumeist bewiesen hat. Dann wird auch auf der andern Seite das alte Vorurteil gebrochen werden, als ob in derartigen Fragen Arbeiter nicht sachverständig sein könnten. Daß sie an sich sehr wohl dazu fähig sind, zeigt ein Blick auf die zahlreichen Gebiete, auf denen die Tätigkeit der Gewerkschaften sich schon bisher als segensreich für die gesamte Volkswirtschaft erwiesen hat. Nie hätte sich die deutsche Industrie auf dem Weltmarkt den ehrenvollen Platz erobern können, den sie heute einnimmt, wäre nicht durch die Gewerkschaften die Lage der Industriearbeiterschaft verbessert und dadurch die starke Auswanderung der siebziger und achtziger Jahre eingedämmt worden. Sind es

doch erfahrungsgemäß gerade die kräftigsten und intelligentesten Arbeiter, die sich zur Auswanderung zu entschließen pflegen, wenn die Verhältnisse in der alten Heimat gar zu unerträglich werden. Das Aufblühen der deutschen Industrie ruht vorwiegend auf ihren Qualitätsleistungen, deren Möglichkeit von dem Vorhandensein einer Arbeiterelite abhing. Diese Leistungen haben die frühere, berühmte Devise »Billig und schlecht« (die übrigens, wenn auch in negativer Weise, sehr drastisch den Zusammenhang zwischen den Anforderungen des Produzenten und dem wohlverstandenen Interesse des Konsumenten demonstriert) längst aus der Welt geschafft.

Über die Bedeutung der Arbeiterschutzgesetzgebung für die deutsche Arbeiterklasse und damit für die deutsche Industrie ist kein Wort zu verlieren. Aber ohne die Gewerkschaften wäre diese ganze Gesetzgebung ein fleischloses Gerippe geblieben. Woher soll der einfache Arbeiter die Zeit und die nötigen Vorkenntnisse nehmen, um sich in den Tausenden ihrer Paragraphen zurechtzufinden? Auch die geringe Zahl der staatlichen Überwachungsbeamten wäre nicht imstande gewesen das, was der Gesetzgeber wollte, auch nur einigermaßen in Wirklichkeit umzusetzen. Die relativ geringe Zahl der Betriebsrevisionen und die noch immer ansteigende Zahl der Unfälle im Bereich sämtlicher Berufsgenossenschaften führen uns vor Augen, wie es um die ganze Schutzgesetzgebung bestellt wäre, wenn die (allerdings auch unzulängliche) kontrollierende und belehrende Tätigkeit der Gewerkschaften nicht gewesen wäre. Erfreulicherweise bestimmt die neue Reichsversicherungsordnung die Zuziehung von Arbeitervertretern zu denjenigen Sitzungen der Berufsgenossenschaften, in denen über den Erlaß von Unfallverhütungsvorschriften Beschluß gefaßt werden soll. In einer solchen Sitzung sprach sich vor kurzem der anwesende Regierungsvertreter sehr anerkennend über die sachverständigen Vorschläge der Arbeitervertreter aus und empfahl sie zur weitgehenden Berücksichtigung.

Auf dem Gebiet der Rechtsbelehrung haben die Gewerkschaften durch ihre Presse, insbesondere aber durch die von ihnen subventionierten oder meist sogar allein unterhaltenen Arbeitersekretariate Hervorragendes geleistet. Im Grunde genommen erfüllen sie damit eine Aufgabe, die Sache des Staates wäre. (In einigen wenigen Fällen wird dies ja auch anerkannt, indem staatliche oder gemeindliche Zuschüsse zur Erhaltung der Sekretariate gegeben werden.) Besonders wichtig sind die Gewerkschaften bei der Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenunterstützung. Beides ist ja im heutigen Staat noch recht primitiv. Wo jedoch derartige Einrichtungen bestehen, geht es ohne die Mitwirkung der Gewerkschaften überhaupt nicht ab. Zur Vermittlung von Arbeitskräften gehören eben unbedingt berufliche Kenntnisse, und eine Arbeitslosenunterstützung kann ohne den weitverzweigten kontrollierenden Apparat der Berufsverbände überhaupt nicht auskommen. Die Arbeitsvermittlung erhält gerade jetzt durch die zahlreichen Kriegsinvaliden eine ganz ungeheure Bedeutung. Alle Kreise unseres Volks sind in dem Gedanken einig, daß unsere tapferen Krieger niemals das Schicksal ihrer Kameraden von 1870-1871 teilen und mit dem Leierkasten durch das Land ziehen sollen. In dieser wichtigen Frage sind aber mancherlei Punkte zu berücksichtigen. Es soll jeder Invalide möglichst wieder in seinem frühern Beruf untergebracht werden, die berufliche Tätigkeit muß jedoch seinem körperlichen Zustand angemessen und zuträglich sein; es muß

ferner Vorsorge getroffen werden, daß nicht einzelne Berufe mit Invaliden überfüllt werden; und nicht zuletzt ist darauf acht zu geben, daß nicht gewissenlose Unternehmer die Invalidenrente benutzen, um Lohndrückerei zu treiben. Um all dies zu bewirken, ist die Zuziehung Sachverständiger möglichst aus allen Berufskreisen bei der Berufsberatung, Unterbringung und Entlohnung der Invaliden unbedingt notwendig. Nach einer imposanten Kundgebung, die unter Beteiligung einer großen Zahl von Vereinigungen aus den verschiedensten Klassen und Parteien im April dieses Jahres jene Forderung aufstellte, hat man auch begonnen die Gewerkschaften heranzuziehen.

Jedenfalls haben die Erfahrungen der Kriegszeit die Erkenntnis der Notwendigkeit und der Allgemeinbedeutung der gewerkschaftlichen Organisationen auch in jenen Kreisen gefördert, die ihnen bisher ablehnend oder gar feindlich gegenüberstanden. Freilich gibt es auch jetzt noch gewisse Richtungen, die von der Erweiterung des gewerkschaftlichen Tätigkeitsgebiets ganz und gar nicht erbaut sind. So vor allem die Gruppe, die sich um die Deutsche Arbeitgeberzeitung schart; sie schlägt bereits allgemach wieder den gleichen Ton gegen die Gewerkschaften an, wie er in ihren Reihen vor dem Krieg üblich war. Ebenso sehen die *Unentwegten* von links, deren Stolz es ist niemals *umgelernt* zu haben, mit sauren Mienen zu, wie die Gewerkschaften überall mit Hand anlegen, anstatt auf Grund unwandelbarer *Prinzipien* jedes Zusammenarbeiten mit dem Staat abzulehnen. Bei diesen Prinzipienfesten zeigt sich übrigens jetzt ein recht sonderbarer innerer Widerspruch. Auf der einen Seite treten sie am lautesten für das Selbstbestimmungsrecht jedes Volkes ein; auf der andern leugnen sie jede Interessengemeinsamkeit zwischen der Arbeiterschaft und den übrigen Volksklassen und stellen den Begriff der Nation in Gegensatz zu dem der Internationalität. Warum sich da für das Selbstbestimmungsrecht eines Volkes einsetzen, wenn der Begriff Volk für die Proletarier nur imaginär ist?

Glücklicherweise denkt jedoch die Masse der Arbeiterschaft und ihre parlamentarische Vertretung, die sozialdemokratische Partei, in ihrer überwiegenden Mehrheit anders. Und da wir annehmen können, daß nach dem Krieg nicht noch einmal der Versuch gemacht werden wird die Gewerkschaften in ihrem gemeinnützigen Wirken dadurch zu behindern, daß man sie für politische Vereine erklärt, darf man getrost hoffen, daß ihnen in Zukunft in noch weit höherem Maß als bisher die Aufgabe zufallen wird bei allen wichtigen Fragen unserer nationalen Wirtschaft als Vertreter der Arbeiterklasse im heutigen Staat zu fungieren.

XX

HERBERT KÜHNERT · PROBLEME DES HÖHERN SCHULWESENS · EIN SOZIOLOGISCHER ÜBER- BLICK

WOLLEN wir die Hauptprobleme im höhern Schulwesen, die sich seit dem Anfang des 20. Jahrhunderts der Lösung darbieten, soziologisch ins Auge fassen, wird es zunächst zweckmäßig sein im großen die Umwandlungen zu überfliegen, die unsere höheren Lehranstalten im Lauf des 19. Jahrhunderts durchgemacht haben. Und zwar genügt es für den hier verfolgten Zweck,

wenn vorwiegend der Gang der Dinge in Preußen berücksichtigt wird, da ja Preußen bekanntlich, was die höheren Lehranstalten anlangt, den anderen Bundesstaaten mehr oder weniger beispielgebend vorangegangen ist.¹⁾

Ein bewußtes Einwirken der Pädagogik auf das deutsche Schulwesen hat während des 19. Jahrhunderts mehr gegenüber der Volksschule stattgefunden als gegenüber den höheren Lehranstalten. Und zwar geschah diese Einwirkung mehr von der psychologischen Seite der Pädagogik her als von ihrer soziologischen, das heißt sie richtete sich mehr auf Fragen der Erziehungs- und Unterrichtsmethode als auf Ziele. Die Errungenschaft, die die Gegenwart dieser Einwirkung verdankt, ist das Prinzip der Arbeitsschule, das heißt derjenigen Schule, die die selbsttätige, schöpferische, aktive Erziehung der mechanischen Nachahmung, dem bloß rezeptiven, passiven Verhalten entgegen- respektive an die Seite setzt. Für unsere Zwecke genügt es also, wenn wir die Wandlungen, die sich in den höheren Lehranstalten während des 19. Jahrhunderts vollzogen haben, aus den Wandlungen heraus zu begreifen suchen, die sich während dieser Zeit in unseren Kulturverhältnissen überhaupt vollzogen haben.

Neben die Typen des geistlichen und weltlichen Herrn, deren Vorbereitung das alte, aus dem Geist der Renaissance, des Humanismus und der Reformation geborene humanistische Gymnasium gedient hatte, war unter dem Einfluß der Aufklärung und des Klassizismus ein neuer Typ getreten, der des bürgerlichen Gelehrten. Den Bildungsansprüchen dieses Typs gerecht zu werden war das mehr oder weniger ausgesprochene Ziel der von Herder eingeleiteten und etwa durch W. von Humboldt und von Suevern beendeten Bewegung, die wir heute als die neuhumanistische bezeichnen, und deren Niederschlag das neuhumanistische Gymnasium ist. Die Reform, die dabei am alten Gymnasium vorgenommen wurde, bestand darin, daß neben dem Unterricht in Religion, Mathematik und den alten Sprachen nunmehr auch dem Unterricht in Französisch und Deutsch, Geschichte und Naturwissenschaften Einlaß respektive größerer Spielraum gewährt wurde. Die Wirkung dieser Konzession an die Neuzeit war, daß sich der Unterricht in den alten Sprachen mehr auf die rein formale Seite zurückzog, und daß man die alte, bisher fast ausschließlich an der Antike genährte Idee allgemeinemenschlicher Bildung nunmehr auch mit deutschem Klassizismus, deutscher Geschichte, französischer Sprache und Literatur kultivierte.

Die neuen Kräfte, die auf das neuhumanistische Gymnasium einwirkten, sind zu suchen 1. auf dem Gebiet der wissenschaftlichen Forschung, 2. auf dem Gebiet des Wirtschaftslebens, 3. auf dem Gebiet der Politik. Der Fortschritt des wissenschaftlichen Denkens und Forschens vollzog sich während der 1. Hälfte des 19. Jahrhunderts hauptsächlich nach der Seite der Naturwissenschaften hin. Man gewann neue Einblicke in die Gesetzmäßigkeiten und Kausalzusammenhänge der organischen und anorganischen Welt. Dadurch wurden tiefeingewurzelte Anschauungen über den Ursprung der Welt und des Lebens untergraben. Ungeahnte Möglichkeiten ergaben sich für die Meisterung der Naturkräfte durch den Einblick in die Gesetze der Natur. Die Triumphe der Physik und Chemie ließen zu

¹⁾ An Literatur über diese Materie ist vor allem zu nennen Lexis Das Unterrichtswesen im Deutschen Reich (namentlich der 2. Band mit den Abschnitten von Lehmann und Rethwisch), Berlin 1904, ferner Paulsens klassisches Werk Geschichte des gelehrten Unterrichts auf den deutschen Schulen und Universitäten, 2. Band, 2. Auflage /Leipzig 1897.

mechanistischer und materialistischer Welterklärung neigen. Die Ergebnisse der Biologie legten eine Anwendung der im Tierreich als wirksam beobachteten Prinzipien vom Kampf ums Dasein und vom Überleben des Stärkern auch auf das gesellschaftliche, soziale, wirtschaftliche und politische Leben nahe. Hand in Hand mit der durch die Naturwissenschaften gesteigerten Herrschaft der Menschen über die Natur ging eine mächtige Entwicklung des Verkehrs und des Wirtschaftslebens. Die Eisenbahn, die Post, das Dampfschiff und der Telegraph brachten das deutsche Wirtschaftsleben in Verbindung mit der weiten Welt. Der Kleinbetrieb der Werkstatt ging in den maschinellen Großbetrieb der Fabrik über. Deutschland begann für den Weltmarkt zu produzieren. Sein Handel wurde ein Konkurrent des schon etwas früher entwickelten englischen Welthandels. Ein individualistisches Aufstreben aller wirtschaftlichen Kräfte durch freie Unternehmung und Konkurrenz griff Platz. Der wirtschaftliche Individualismus begegnete sich mit dem philosophischen Individualismus jener Zeit. Hauptträger dieser wirtschaftlichen Entwicklung war der bürgerliche Mittelstand. Er wurde auch Träger einer entsprechenden Bewegung im politischen Leben, nämlich des politischen Liberalismus. Er verlangte, seiner wachsenden volkswirtschaftlichen, weltwirtschaftlichen und kulturellen Bedeutung entsprechend, Anteilnahme am politischen Leben der Nation. Die wachsende Selbständigkeit der Kommunen, das Vordringen des Verfassungsgedankens und des Gedankens der deutschen Reichseinheit sowie die Anfänge imperialistischer Außenpolitik, die auf den Erwerb von Kolonien, auf überseeische Rohstoff- und Absatzgebiete ausging, sind größtenteils das Werk dieses liberalen Bürgertums, dessen typische Führer der Ingenieur, der Kaufmann, der Finanzmann waren.

Die Wirkung dieser neuen Kräfte auf das höhere Schulwesen zeigte sich 1. an den Wandlungen des neuhumanistischen Gymnasiums, 2. an dem Entstehen der neuen Typen der Oberrealschule und des Realgymnasiums. Die Wirkung der neuen Kräfte auf das neuhumanistische Gymnasium lag einmal in einem weitem Nachgeben dieses Typs gegenüber den Anforderungen der neusprachlichen und naturwissenschaftlichen Berufsbildung, ferner in einer stärkern Betonung nationaler Ziele durch Verstärkung des Unterrichts in Deutsch und Geschichte. Beide Arten der Einwirkung gingen vor sich auf Kosten der altsprachlichen Grundbestandteile des Lehrplans. Sie führten zu einer Verblässung der ursprünglich zu Grund liegenden Idee reiner Menschenbildung. An die Stelle trat die engere, aber konkretere Idee der vaterländischen und staatsbürgerlichen Erziehung. Indem so das Gymnasium nach einander die mannigfaltigsten Konzessionen an neue Formen der Berufsbildung machte, litt es schwer unter der Mehrstrebigkeit seiner Ziele und der Masse seines Unterrichtsstoffs. Eine andere Wirkung der neuen Kräfte war das allmähliche Emporsteigen der 6klassigen Realschule, das etwa um die Mitte des 19. Jahrhunderts einsetzte, zur 9klassigen, dem Gymnasium gleichberechtigten Anstalt. Hier, in der Oberrealschule, entfaltete sich der neue Zeitgeist, da er auf nur unbedeutende Hindernisse geschichtlicher Art stieß, in einer Art von Reinkultur. Den wirtschaftlichen und technischen Bedürfnissen der Zeit trug er durch weitgehende Pflege der neuen Sprachen (Französisch und Englisch) sowie der Naturwissenschaften Rechnung; dem neuen nationalpolitischen Empfinden kam er, ganz wie das Gymnasium, durch stärkere Betonung des deutschen und des geschichtlichen

Unterrichts entgegen. Um das Jahr 1880 entstand dann das Realgymnasium. Dies ist bekanntlich ein Typus, der sich für die auf Berufsbildung gerichteten Zwecke der höheren Lehranstalten als so praktisch erwiesen hat, daß sich an ihn Typen wie die bekannten Altonaer und Frankfurter Reformschulen (9klassige Lehranstalten mit lateinlosem Unterbau und Gabelung in den Oberklassen nach der realistischen und gymnasialen Seite hin) angeschlossen haben. Man kann diesen Typ am einfachsten als einen Kompromiß zwischen der Idee des neuhumanistischen Gymnasiums und der Realschule rein naturalistisch-kommerzieller Ausprägung charakterisieren.

Als einen gewissen Abschluß in diesem Entwicklungsprozeß kann man den Erlaß des Kaisers vom Jahr 1900 ansehen, in dem verfügt wurde, daß die 3 Typen: Gymnasium, Realgymnasium, Oberrealschule, »in der Erziehung zur allgemeinen Geistesbildung als gleichwertig anzusehen« seien.



EREITS in diesem Erlaß war angedeutet worden, daß man sich mit der Gleichstellung der 3 höheren Lehranstalten nicht begnügen dürfe sondern erstlich bemüht sein müsse von der neugeschaffenen Grundlage aus mit einer Reihe von neuen Problemen fertig zu werden, vor deren Lösung neue soziale Kräfte das höhere Bildungswesen inzwischen gestellt hatten.

Die fortschreitende Arbeitsteilung des wirtschaftlichen Lebens machte es in immer höherm Grad erforderlich, daß sich das Schulwesen, auch das höhere, der Vorbereitung zu immer neuen Berufskategorien anpaßte. Indem nun die höheren Schulen diesem volkswirtschaftlichen Gesichtspunkt Rechnung zu tragen suchten, gerieten sie in Gefahr hinter der Rücksicht auf die Berufsbildung die Rücksicht auf jene allgemeine Geistesbildung zurücktreten zu lassen, die allen Staatsbürgern, insbesondere den zukünftigen Funktionären einer Berufstätigkeit höherer, geistigerer Art im Interesse der Gesamtheit gemeinsam sein muß. Das Problem, das sich hier ergab, bestand also darin, daß man Berufsbildung und Allgemeinbildung wieder besser in Einklang zu bringen suchte, daß man wieder mehr danach fragte, was neben der Berufsbildung allen zukünftigen Staatsbürgern zugleich nottue, und welche Wege von den differenziertesten Berufstätigkeiten zur allgemeinmenschlichen und staatsbürgerlichen Tätigkeit führten. Zugleich war durch diese Besinnung ein Fingerzeig gegeben, wie bestimmte Schultypen vor dem falschen Ziel bewahrt bleiben könnten auf zu viele Berufsarten zugleich vorbereiten zu wollen, statt nur auf zusammengehörige Berufsarten oder gar nur auf eine bestimmte, frühzeitiges Spezialisieren erfordernde Berufsart.

Ein wichtiges Merkmal der beruflichen Differenzierung war zu Anfang des 20. Jahrhunderts ihr immer stärkeres Übergreifen auf das weibliche Geschlecht. Dieser Vorgang ergriff nicht nur die untersten sondern auch die mittleren Vermögensklassen, aus denen bis dahin herkömmlicherweise das höhere Schulwesen sein Schülermaterial bezogen hatte. Somit fand sich das höhere Schulwesen vor die Aufgabe gesetzt sich der Tatsache anzupassen, daß auch weibliche Jugend nach einem Grad von Geistes- und Berufsbildung drängte, wie er vorher im wesentlichen nur männlicher Jugend vorbehalten gewesen war. Es ergab sich dabei die Frage, ob es zweck-

dienlich sei die betreffende weibliche Jugend mit der männlichen gemeinsam zu unterrichten und zu erziehen, oder ob ein neuer Typ höherer Schulen, die höhere Mädchenschule, in der Weise auszubauen sei, daß er die weibliche Jugend nicht nur auf den künftigen Mutterberuf und auf die Tätigkeit als Haushaltungsvorstand, sondern daneben auch auf speziellere weibliche Berufstätigkeit und nach einem höhern Grad geistiger Allgemeinbildung hinführte.

Der ökonomische Prozeß, der die Weiblichkeit der unteren und mittleren Vermögensklassen mehr und mehr in das Berufsleben und damit in die Konkurrenz mit männlicher Berufstätigkeit hineingedrängt hatte, brachte es mit sich, daß die Familie manche pädagogischen Funktionen und Werte verlor, die sie unter den früheren wirtschaftlichen Verhältnissen innegehabt hatte. Das Haus und der Garten, in dem sich die Kinder früher frei hatten bewegen können, wichen, besonders in den Städten, dem Mietshaus mit mehreren Parteien, wenn nicht der Mietskaserne. Die Mutter, die früher den größten Teil ihrer Zeit hatte dem Haushalt und den Kindern widmen können, war nun für einen großen Teil des Tages durch berufliche Tätigkeit außerhalb des Hauses in Anspruch genommen. Die große Kinderzahl, die früher jegliches Haus bevölkert hatte, schwand unter dem Druck des ökonomischen Prozesses hinweg, die Regel wurden 2 Kinder. So wurde die Jugend auch in den mittleren Vermögensklassen vielfach hauslos, gartenlos, heimlos, mutterlos, einsam. Diesem Zustand hatte die Schule, auch die höhere, Rechnung zu tragen. Sie hatte den Versuch zu machen der Jugend wiederzugeben und zu ersetzen (so gut es eben ging), was ihr der ökonomische Prozeß genommen hatte. Sie hatte der Jugend in ihren Räumen eine heimliche, luftige, sonnige, von elterlicher Liebe und kameradschaftlichem Geist erfüllte Atmosphäre zu schaffen, kurz, sie hatte neben ihren unterrichtlichen auch ihre erzieherischen Funktionen mehr zu betonen. Der Ausgangspunkt für diese Wandlung war auf ganz natürliche Weise durch denjenigen Teil des Unterrichts gegeben, der sich hauptsächlich mit der Willens- und Gemütsbildung befaßt. Dahin gehören bekanntlich alle Unterrichtsstoffe, in deren Mittelpunkt der Mensch als gemeinschaftsbildendes, kulturschaffendes, denkendes, fühlendes und wollendes Lebewesen steht, wo von Staat und Organisation, Arbeit und Recht, von Weltanschauung und Christentum, Philosophie und Kunst die Rede ist. Ein weiterer Schritt war der, daß man neben der Geistesbildung auch die Körperbildung wieder mehr zu ihrem Recht kommen ließ. Man öffnete die höheren Schulen wieder mehr dem freien Gelände, dem Sport, der körperlichen Betätigung in Werkstatt und Garten, ermunterte die Jugend wieder mehr zum Wandern und zum Aufenthalt im Freien, wobei natürlich manche Unterrichtszweige gegen früher an Stoff und Unterrichtszeit beschnitten werden mußten. Die Forderung die höhere Schule nach der erzieherischen Seite besser auszugestalten schloß aber nicht nur ein stärkeres Betonen bestimmter Unterrichtszweige in sich, sie stellte auch neue Ansprüche an die Schulorganisation und an die pädagogischen Qualitäten der Lehrer. Die Schule sollte ja nicht nur mehr ein Komplex von Unterrichtszimmern sein, sie sollte ein Heim werden. Zu diesem Zweck galt es ihr Bibliotheken, Lese-, Musik-, Arbeits- und Spielzimmer, Bäder und Spielplätze, Gärten und Werkstätten anzugliedern. Zu diesem Zweck war es nötig, daß sich der Lehrer seinen Schülern nicht nur während der Unter-

richtsstunden widmete, sondern daß er ihnen auch außerhalb der eigentlichen Schule ein älterer Freund und Kamerad, ein beständiges Beispiel von Manneszucht, Menschenfreundlichkeit und geistiger Regsamkeit wurde, daß er mit ihnen als seinen *Kindern* lebte und sich mit ihnen zum Dienst an allem Wahren, Guten und Schönen verbunden fühlte. Dabei galt es jedoch den legitimen, der Jugend auch durch frühere Erziehungsformen stets gewährleisteten Ansprüchen auf persönliche Freiheit nicht zu nahe zu treten, in ihr nicht das Gefühl aufkommen zu lassen, sie solle in Angelegenheiten bevormundet werden, die ihre eigene Sache sind, zum Beispiel in der Regelung ihrer kameradschaftlichen Verhältnisse, in der Verfügung über ihre freie Zeit, in der Gestaltung ihres Spiels, in der Betätigung aller jener sozialen, körperlichen und geistigen Kräfte, für die sie Spielraum haben muß, wenn persönliches und soziales Leben spontan aus ihrer Mitte erblühen soll. Es galt im Gegenteil alle jene Kräfte eifrig zu fördern und ohne Aufdringlichkeit letzten erzieherischen Zwecken, wie der Erziehung zum Staatsbürger, zum Kulturmenschen, zur Persönlichkeit, zum Charakter, dienstbar zu machen. In Schulinstitutionen umgesetzt bedeutete dieses Eingehen auf den Willen der Jugend die Einrichtung von Schulgemeinden und die Förderung der Jugendbewegung, mochte sie nun ihr Ziel mehr in einem neuen Lebensstil der Jugend oder in der Hingabe an den Zweck der Vaterlandsverteidigung oder im Wandern durch die Natur erblicken (Freideutsche Jugend, Jungdeutschlandbund, Wandervogel).

Die politische Entwicklung der letzten Jahrzehnte läßt sich, wenn man an die Entwicklung im Innern denkt, als Entwicklung zur Demokratie, wenn man die Entwicklung nach außen im Auge hat, als Entwicklung zum Kulturbewußtsein charakterisieren. Für die höhere Schule bedeutete dies mancherlei. Einmal galt es mit dem Vorurteil zu brechen, als sei die höhere Schule nur für die Angehörigen einer bestimmten Vermögensklasse und nicht vielmehr für alle nach Führertum drängenden und zum Führertum berufenen geistigen Kräfte des gesamten Volkes da. Das heißt mit anderen Worten, es galt zu dem Gedanken der *Einhheitschule* in irgendeiner Form behahend Stellung zu nehmen. Ferner galt es ins Auge zu fassen, daß einer Jugend, die später führen sollte, durch die Schule Gelegenheit zur Übung im Führertum geboten werden mußte. Unter diesem Gesichtspunkt der sozialen und der staatsbürgerlichen Erziehung ließ sich dem Gedanken des Schülerparlaments und der Jugendbewegung abermals ein pädagogisches Moment abgewinnen. Endlich mußte der Unterricht durch entsprechende Anpassung dem Gedanken Rechnung tragen, daß, wer dazu erzogen werden soll das staatliche und kulturelle Leben der Gegenwart mitzugestalten, zunächst doch befähigt werden muß es in seinen Problemen, Zukunftsmöglichkeiten und Begrenztheiten entwicklungsgeschichtlich zu verstehen. Diesem Gedanken suchte man durch Staatsbürger-, Gegenwarts- und Kulturkunde Rechnung zu tragen, durch Einführung in Verfassungs-, Wirtschafts- und Rechtsleben, in die religiösen, philosophischen und wissenschaftlichen Kämpfe der Gegenwart sowie durch ernsthafteres Aufblicken zur Kunst als einer höchsten geistigen Tätigkeit. Der Staat war eben mehr und mehr aus einem bloßen πολιτικόν zu einem Inbegriff kulturellen Strebens geworden. Von dieser Basis aus galt es das Gefühl von einer kulturellen Mission in der Welt zu erzeugen, ein Gefühl der Sympathie mit allen Manifestationen des aufstrebenden Geistes,


ein Gefühl der Feindschaft gegen alle dunklen, tierischen, herabziehenden Mächte. Aufgabe der Schule war es sich in den Dienst einer solchen Kulturgesinnung zu stellen. Wie es nicht ihre Sache sein konnte das innenstaatliche Leben unter dem Gesichtspunkt einer bestimmten politischen Partei zu betrachten, so durfte es auch nicht ihre Sache sein nach außen hin nationalen Ansprüchen Vorschub zu leisten, die sich nicht mit dem Ziel einer so verstandenen Civitas Dei vertrugen. Trotz dem wirtschaftlichen Aufschwung, den Deutschland in den letzten Jahrzehnten genommen hat, sollte die deutsche Schule nie dem Geist der großen Philosophen und Dichter, dem Geist der Menschenliebe und der Wahrheit, dem, was allen Menschen an letzten sittlichen Zielen gemeinsam ist, untreu werden. Eine schwierige Aufgabe. Wie weit ihr in Wahrheit genügt wurde, kann hier nicht untersucht werden.

Der theologische Geist, der dem Mittelalter sein Gepräge gegeben hatte, machte in dem Maß wie die Wissenschaften immer neue Gebiete von Erscheinungen, Tatsachen und Problemen in ihren Bereich zogen, immer mehr dem wissenschaftlichen Geist Platz. Dieser wissenschaftliche Geist trug, wie wir sehen, um die Mitte des 19. Jahrhunderts ein vorwiegend naturalistisches Gepräge. Aus dieser Einseitigkeit begann er sich am Anfang des 20. Jahrhunderts mit Macht zu befreien. Die Naturwissenschaften hatten dem modernen Denken auf die Frage nach dem Sinn des menschlichen Lebens keine Antwort geben können. Sie hatten somit keinen Ersatz schaffen können für die großen Religionssysteme der Vergangenheit, die die Natur mit dem Teufel, den Menschen aber mit dem Geist Gottes gepaart hatten. Aus dieser Krisis arbeitete sich der Menscheng Geist in unseren Tagen empor. Der theologische Geist wurde zu Grab getragen, der Naturalismus überwunden, der soziologische Geist feierte seinen Aufstieg. Wieder leuchtete das alte religiöse Ideal von der vollkommenen Persönlichkeit im vollkommenen Staat empor, aber diesmal war es an die Erde gebunden. Wieder tauchte der Erlösungsgedanke auf, aber diesmal handelte es sich um eine Erlösung aus geistiger Dunkelheit durch die Leuchte der Wissenschaft, wieder winkte Unsterblichkeit, aber diesmal war es die Unsterblichkeit des Geistes der Wahrheit, der Güte, der Schönheit. Es waren also alte Antworten, nur in neuer Form. Das höhere Bildungswesen spiegelte diese Entwicklung des Zeitgeistes in allen ihren Phasen deutlich wider. Mehr und mehr verschwand der theologische Geist aus den höheren Schulen. Unter den Fittichen des Staates entwandten sie sich der Kirche und stellten sich in den Dienst der Wissenschaft. Daß sie sich um die Mitte des 19. Jahrhunderts, der allgemeinen Zeitströmung entsprechend, mehr den Naturwissenschaften und ihrer Gefolgschaft, dem Kommerzialisismus, dem Individualismus, dem Materialismus zuneigten, haben wir bereits oben gesehen. Daß sie sich erst in unseren Tagen wieder mehr den Geisteswissenschaften und ihrer Gefolgschaft, dem Idealismus, dem Humanismus, dem Sozialindividualismus zuwandten, hatte seinen Grund darin, daß die Grundlagen der Soziologie, nämlich die vielen Einzelwissenschaften, die den Menschen und seine Kultur von einer besondern Seite her ins Auge fassen, erst im Lauf des 19. Jahrhunderts denjenigen Grad von Exaktheit und Vollständigkeit erreichten, der für ein wissenschaftliches Gesamtbild vom Entwicklungsgang menschlicher Kultur und Gemeinschaftsbildung die logische Voraussetzung bildet.

Daß sich aber die hier behauptete Wendung des höhern Schulwesens vom Naturalismus zum kulturellen Idealismus tatsächlich in der Gegenwart vollzieht, dafür ließen sich im einzelnen viele Belege anführen. Es ist zum Beispiel unbestreitbar, daß das alte humanistische Gymnasium noch immer zäh an seinem alten Ziel der Humanität festhält, wie es bereits der antiken Kultur vorschwebte und dann wieder von unseren großen Dichtern und Denkern aufgenommen wurde. Es ist ferner unbestreitbar, daß die Oberrealschule danach strebt der einseitigen Betonung des Gedankens der Naturbeherrschung, dem sie zeitweise ganz zu verfallen drohte, wieder zu entsagen und das moderne Kulturleben zur Grundlage ihrer letzten Erziehungsziele zu machen. In beiden Fällen sind dabei die einzelnen Reformbestrebungen von Bedeutung, die sich auf dem Gebiet des Gesinnungsunterrichts, also in Fächern wie Geschichte, Geographie, Deutsch, Literatur-, Religions- und Kunstgeschichte, Philosophie, Moral, Staatsbürgerkunde und Wirtschaftskunde, in der letzten Zeit geltend gemacht haben. Im Geschichtsunterricht ist man zum Beispiel längst davon abgekommen Stammbäume und Schlachtendaten auswendig lernen zu lassen sondern hat sich das Ziel gesteckt vor dem geistigen Auge der Jugend die Entstehung des modernen Staates nebst allen seinen Einwirkungen auf das vergangene und gegenwärtige Kulturleben erstehen zu lassen. Im Geographieunterricht lernt man nicht mehr nur Städtenamen und Einwohnerzahlen, sondern man betrachtet vergleichend unter politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Gesichtspunkten fremde Länder und das eigene Land, studiert die Abhängigkeit der Staategebilde und der wirtschaftlichen Verhältnisse von ihrer besondern räumlichen Lage, schlägt Beziehungen zu Geschichte, Kulturgeschichte, Gesellschaftswissenschaft und schärft den Blick für politische und wirtschaftliche Probleme der Gegenwart. Im sprachlichen Unterricht behandelt man nicht nur mehr Grammatik und einzelne, von ihrer Zeit losgelöste Denkmäler der Literaturgeschichte, sondern man sucht mit dem Studium der Sprache und Literatur zugleich in den Entwicklungsgang des Denkens und Dichtens einzudringen, in kulturelle Zusammenhänge, in besondere Zeitepochen, studiert Einflüsse und Wechselwirkungen, Höhen und Niederungen der Kultur, um wiederum bei der Einführung in das Verständnis der Gegenwart zu endigen. Im Religionsunterricht sucht man sich der einseitig konfessionellen Betrachtungsweise zu entwinden, ohne darum doch im bloßen Historizismus steckenzubleiben. Man studiert das Christentum im Hinblick auf seinen Wert für die Entwicklung des modernen religiösen und ethischen Denkens, seinen Zusammenhang mit der Philosophie des Altertums und der Neuzeit, vergleicht seine ethischen und metaphysischen Bestandteile mit denjenigen anderer Religionssysteme und den religiösen Vorstellungen der Naturvölker. Umgekehrt ist man bemüht im Moral- und Philosophieunterricht die geschichtliche Bedeutung des Christentums und der anderen Religionssysteme darzustellen, man sucht hier den Naturalismus durch eine Paarung des naturwissenschaftlichen mit dem soziologischen Geist zu überwinden. Dem staatsbürgerlichen Unterricht weist man, ähnlich wie dem Geschichtsunterricht, nur mit stärkerer Berücksichtigung der Gegenwart, die Aufgabe zu die Idee des Staates nach allen ihren Seiten hin vergleichend zu beleuchten, über nationale Rechte und Pflichten aufzuklären, zu zeigen, wie der Staat organisiert ist, wie er regiert wird, wie er sich schützt und wie er sich wandelt, wie er namentlich auf das Gebiet der

Wirtschaft übergreift. So taucht in allen Zweigen des Gesinnungsunterrichts der Gedanke der Erziehung zum Staatsbürger und Kulturmenschen als gemeinsames Erziehungsziel auf, und es scheint fast, als vollzöge sich gegenwärtig langsam, aber sicher, im Hinblick auf jenes Ziel eine neue Sichtung und Anordnung des Stoffs unter Anlehnung an die Systematik, die Methoden und die gesicherten Ergebnisse der modernen Soziologie.

Wenn von dem Zusammenhang die Rede ist, der zu Anfang des 20. Jahrhunderts zwischen höheren Schulen einerseits und Wissenschaft und Philosophie andererseits bestanden hat, so darf selbstverständlich nicht vergessen werden jener philosophischen Disziplin Erwähnung zu tun, die gleich der Soziologie erst den letzten Jahrzehnten ihre Entfaltung verdankt, nämlich der Psychologie. Wie es die Soziologie, auf Erziehung angewendet, hauptsächlich mit dem Erziehungsziel zu tun hat, so führt die Psychologie vorwiegend auf die Beschäftigung mit den Fragen der Erziehungsmethode. Es wurde schon oben bemerkt, daß von einer Einwirkung der Psychologie auf unser Erziehungssystem bis jetzt mehr auf dem Gebiet der Volksschule zu verspüren gewesen ist als auf dem der höheren Schulen. Damit soll aber nicht gesagt sein, daß hier bis jetzt eine solche Berührung überhaupt noch nicht stattgefunden hätte. Die Aufgaben, um die es sich hier für die höheren Schulen handelt, sind einmal ein systematischeres, vollständigeres und genaueres Eindringen in das Trieb-, Vorstellungs- und Willensleben der heranreifenden Jugend, eine neue Durcharbeitung der Didaktik der einzelnen Unterrichtsfächer und eine ebensowohl psychologisch wie soziologisch orientierte Bearbeitung von Problemen wie Berufserziehung, Sexualerziehung, Sozialerziehung, Einordnung und Freiheit, Verantwortlichkeit, Nachahmung, Produktivität. In dem Maß wie in unseren Tagen die Pädagogik unter Verarbeitung psychologischer, naturwissenschaftlicher und soziologischer Ergebnisse und unter systematischer Bearbeitung aller übrigen Tatsachen und Probleme, die für die Erziehung in Frage kommen, beginnt, sich zu einer selbständigen Disziplin auszugestalten, in dem Maß wie sie durch eigene Professuren, Institute, Versuchsschulen, Kongresse und Zeitschriften mehr und mehr die Möglichkeit gewinnt das gesamte Erziehungswesen zu beeinflussen, wird auch die Möglichkeit einer sachgemäßen Lösung aller großen Probleme in den Zielen und Methoden des gegenwärtigen höhern Bildungswesens in größere Nähe gerückt. Besonders wird es dabei für die Pädagogik darauf ankommen dahin zu wirken, daß sich das Erziehungswesen durch wirtschaftliche Vorgänge nicht in eine Form von öffentlicher Organisation hineindrängen läßt, die an so wertvollen Erziehungsfaktoren wie Elternliebe und Elternsorge vorbeisieht, sondern daß eine Form gefunden werde, die diese Faktoren organisch in ein System eingliedert, in dem sie sich auch weiterhin zum Segen der Jugend betätigen können, ohne mit der Tätigkeit des qualifizierten Erziehertums in Widerspruch zu geraten.

 O sehen wir, wie auf dem Gebiet des höhern Unterrichts- und Erziehungswesens gleichsam alles im Fluß ist. Die alten Typen stehen vor uns mit einer schier unerträglichen Last von Problemen beladen. Man arbeitet eifrig an ihrer Lösung. Neue Schultypen tauchen auf, bemüht irgendeinen besondern Mangel der alten Typen abzustellen oder gar den neuen Typ, den man aus der gesamten

auf allen Repertoiren Europas sein. . . Diese Musik scheint mir vollkommen. Sie kommt leicht, biegsam, mit Höflichkeit daher. Sie ist liebenswürdig, sie schwitzt nicht. Das Gute ist leicht, alles Göttliche läuft auf zarten Füßen: erster Satz meiner Ästhetik. Diese Musik ist böse, raffiniert, fatalistisch: sie bleibt dabei populär, das Raffinement einer Rasse, nicht eines einzelnen. Sie ist reich. Sie ist präzise.«

Mit diesen Worten proklamierte Nietzsche Bizet zum Antipoden Wagners. Man kann diesen Standpunkt vollkommen verstehen und sogar billigen, ohne Wagners Größe zu nahe zu treten. Nicht Bizet kontra Wagner aber kann die musikalische Parole heute mehr lauten, sondern Bizet neben Wagner: der frühverstorbene französische Meister als vollkommenster Ausdruck romanischen Stilgefühls neben dem Schöpfer und Vollender des germanischen Stilideals, wie es die Zeit der Nachromantik sich ersehnte. Daß Wagner, der Meister des *Kunstwerks der Zukunft*, bald schon ein Meister der Vergangenheit werden kann, weil er ein Vollender war, das unvollendete Lebenswerk des Franzosen aber in die Zukunft weist, wo es von künftigen Meistern fortgesetzt werden wird: diese Erkenntnis zu verbreiten ist wohl noch nicht an der Zeit. Gelänge es indes das deutsche Stilideal, das ein wenig der Schwerfälligkeit zuneigt, mit dem leichtfüßigen romanischen zu amalgamieren, so würde sich eine Zukunftskunst entwickeln können, deren Art heute noch nicht abzusehen ist. Daß der große Krieg einstweilen allen Möglichkeiten kultureller Einwirkung zwischen Deutschland und Frankreich ein Ziel gesetzt hat, ist eine seiner beklagenswerten Folgen auf künstlerischem Gebiet. Andererseits ist nunmehr jede der beiden Nationen gezwungen sich unabhängig von einander weiterzuentwickeln, und in ferner Zukunft mag dann wieder eine Vereinigung beider Ströme möglich sein; wenn nicht bis dahin Frankreich als Kulturmacht völlig zusammengebrochen und aus dem Wettbewerb der Völker ausgeschaltet ist: ein kultureller Verlust, der unerschätzbar wäre.

Bizets Carmen ist auf einem der besten Opernbücher der Neuzeit aufgebaut. Dieses Buch liegt in doppelter Gestalt vor. Im Théâtre de Meilhac et Halévy, wo das Libretto vollständig publiziert ist, stimmen nur die Gesangsnummern mit der Partitur überein, während statt der später von Bizets Freund Guiraud für Wien nachkomponierten Rezitative ein ausführlicher gesprochener Dialog vorhanden ist, der der Mériméeschen Novelle, der Quelle der Handlung, viel näher steht als der stark gekürzte Rezitativtext. Tatsächlich wurde das Werk bei seiner Pariser Uraufführung in dieser Gestalt (mit gesprochenem Text) gegeben und traditionell in der Pariser Opéra comique auch noch bis zur Gegenwart weiter so gespielt; auf deutschen Bühnen entsinne ich mich nur einmal den gesprochenen Text (statt der Rezitative) gehört zu haben, und zwar gerade an der Wiener Hofoper, für die die Rezitative nachkomponiert wurden. Die gestochene Partitur enthält jedenfalls lediglich die gesungenen Texte, doch als letzter Rest des gesprochenen Dialogs hat sich ein kurzes (aber in der Partitur nur als Pantomime angegebenes) Melodram erhalten: an jener Stelle des ersten Aktes, wo Carmen dem José die Blüte ins Gesicht wirft; es ist die kleine Unterhaltung über die Kette. Der gesprochene Dialog hängt eng mit der Bezeichnung des Werkes als opéra comique zusammen, ein Begriff, der für eine Dialogoper traditionell geworden war, obwohl er hier bei dem tragischen Stoff zum Unsinn wurde. Bekanntlich hatte die Pariser Große Oper lange Zeit das Privileg ausschließlich durchkompo-

nierte Opern aufzuführen, so daß alle Werke, die dort nicht zur Aufführung kamen, in die Kategorie der Opéra comique herabdrücken mußten, einer Art von zweiter Klasse, in der Bizets wundervolles Werk auch lange verblieb. Konnte doch Hanslick, der bei romanischen Werken sonst mehr Feingefühl als gegen Wagner bewies, die Partitur Bizets »weder als die Tat eines schöpferischen Genies noch die Arbeit eines fertigen Meisters, wohl aber als eine interessante Produktion voll Geist und Talent« bezeichnen. Die französischen Kritiken, denen Bizets Gesundheit und Leben zum Opfer fielen, hatten noch viel schlimmer gelautet. Aber noch heute kann man in der allerneuesten Auflage des Riemannschen Musiklexikons /1914/ lesen, daß Carmen »fast operettenhaft leichte« Elemente enthält; das Werk wird dort also immer noch nicht für *ebenbürtig* erklärt. Angesichts der hohen Meisterschaft, die die Verfasser der Carmen gezeigt haben, angesichts des sich noch immer weiter steigernden Welterfolgs dieses in jeder Szene, in jedem Takt größtes Genie bekundenden Werkes dürfen wir uns über derlei kritische Beckmessereien hinwegsetzen. Schon das Textbuch ist ein Meisterstück technischer Vollendung. Aus der Schule Scribes hervorgegangen, aber mit viel tieferer und feinerer Charakteristik, ist es speziell in der Art die novellenhaften Vorgänge ins Dramatische zu übersetzen vorbildlich zu nennen. Goethe meint einmal in Wilhelm Meisters Lehrjahren:

»Im Roman sollen vorzüglich Gesinnungen und Begebenheiten vorgestellt werden; im Drama Charaktere und Taten. Der Roman muß langsam gehen, und die Gesinnungen der Hauptfigur müssen, es sei auf welche Weise es wolle, das Vordringen des Ganzen zur Entwicklung aufhalten. Das Drama soll eilen, und der Charakter der Hauptfigur muß sich nach dem Ende drängen und nur aufgehalten werden. Der Romanheld muß leidend, wenigstens nicht in hohem Grade wirkend sein; von dem dramatischen verlangt man Wirkung und Tat. . . So vereinigte man sich auch darüber, daß man dem Zufall im Roman gar wohl sein Spiel erlauben könne; daß er aber immer durch die Gesinnungen der Personen gelenkt und geleitet werden müsse; daß hingegen das Schicksal, das die Menschen, ohne ihr Zutun, durch unzusammenhängende äußere Umstände zu einer unvorhergesehenen Katastrophe hindrängt, nur im Drama statthabe; daß der Zufall wohl pathetische, niemals aber tragische Situationen hervorbringen dürfe; das Schicksal hingegen müsse immer fürchterlich sein und werde im höchsten Sinne tragisch, wenn es schuldige und unschuldige, von einander unabhängige Taten in eine unglückliche Verknüpfung bringt.«

Diese dramaturgische Anschauung Goethes kann man in dem Verfahren der beiden Librettisten aufs schönste bestätigt finden, wenn man einmal den französischen Urtext der Mériméeschen Novelle mit dem Libretto Meilhacs und Haléys vergleicht, während die in Reclams Universalbibliothek veröffentlichte Verdeutschung der Novelle und die leider bisher allgemein gebräuchliche, völlig unfähige Hoppesche Übersetzung der Oper nur ein ganz unzutreffendes Bild vom wahren Sachverhalt bieten. Henri Meilhac und Ludovic Halévy sind neben geistreichen Einzelarbeiten besonders durch ihre Libretti zu Offenbachs burlesken Opern bekannt geworden. Halévy war übrigens ein Neffe des berühmten Komponisten der Jüdin, der wiederum der Schwiegervater Bizets wurde. Mérimée, dessen Erzählung als Quelle diente, war in seinen literarischen Anfängen noch von Goethe hochgeschätzt worden, und so sehen wir hier eine merkwürdige Verflechtung deutschen und französischen Geisteslebens, zumal wenn wir bedenken, daß Carmen erst auf dem Umweg über Deutschland und Österreich seinen endgültigen Pariser Erfolg errang.

Als Quintessenz der Mériméeschen Novelle kann man die beiden Sätze an-

sehen, die José, der Held der einer wahren Geschichte nacherzählten Novelle, einmal zum Verfasser sagt: »Mein Herr, man wird zum Schurken, ohne zu wissen wie. Ein hübsches Mädchen verdreht einem den Kopf, man schlägt sich ihretwegen, es gibt dabei ein Unglück, man muß im Gebirge leben, und vom Schmuggler wird man zum Räuber, ohne sich's zu überlegen.« Dies der kurze rein menschliche Inhalt des Carmenstoffs, der nun von Bizets Musik umgeschmolzen und in die ewige Tragik der höchsten menschlichen Beziehungen erhoben wird. Der Schluß des Werkes enthüllt seinen eigentlichen Sinn; er gehört zu dem Tiefsten dramatischer Kunst überhaupt. »Letzte Szene ein dramatisches Meisterstück. Zu studieren! Auf Steigerungen, Kontraste, Logik usw.«, notierte Nietzsche am Rand des Klavierauszugs. Und im Fall Wagner äußert er sich so:

»Endlich die Liebe, die in die Natur zurückübersetzte Liebe! Nicht die Liebe einer *höhern Jungfrau!* Keine Sentasentimentalität! Sondern die Liebe als Fatum, als Fatalität. . . Ich weiß keinen Fall, wo der tragische Witz, der das Wesen der Liebe macht, so streng sich ausdrückte, so schrecklich zur Formel würde wie im letzten Schrei Don José's, mit dem das Werk schließt:

»Ja, ich habe sie getötet,

Ich — meine angebetete Carmen!«

Eine solche Auffassung der Liebe (die einzige, die des Philosophen würdig ist) ist selten: sie hebt ein Kunstwerk unter Tausenden heraus. Denn im Durchschnitt machen es die Künstler wie alle Welt, sogar schlimmer: sie mißverstehen die Liebe.«

In welchem Geist Bizet seine Musik konzipierte, möge ein Ausspruch von ihm beweisen:

»Es gibt zwei Arten von Genie; das Genie von Natur und das Genie des Verstandes. So sehr ich das zweite bewundere, mache ich kein Hehl daraus, daß das erste all meine Sympathien besitzt.«

Bizets Musik strahlt Lebensfülle aus. Die Kraft melodischer Erfindung, die jeden Takt durchströmt, die Prägnanz dramatischer Charakteristik, die Durchsichtigkeit und Klangschönheit des Orchesters, die Pikanterie der Rhythmen: sie können nicht übertroffen werden. Es ist vielleicht von Interesse noch einige der von Nietzsche an den Rand seines Carmenauszugs geschriebenen Glossen über die hervorragendsten Musiknummern kennen zu lernen. Ein »prachtvoller Zirkuslärm« ist ihm der Beginn der Ouvertüre, das Schicksalsmotiv (Andante moderato) »ein Epigramm auf die Leidenschaft, das Beste, was seit Stendhal sur l'amour geschrieben worden ist.« Vom Chor der Straßenjungen meint er treffend: »Glücklicher Gedanke den Soldatenmarsch (eine Wache!) zu umgehen durch eine Parodie darauf. Ohne alle Fratzen! Klingt reizend.« Das Chorlied der Zigarettenarbeiterinnen ist ihm »wie ein Hauch aus den Gärten Epikurs. Erwägen Sie, was hier idealisiert ist!« Die Habanera: »Eros, wie die Alten ihn empfanden: verführerisch, spielend, boshaft, dämonisch, unbezwinglich. . . Ich weiß diesem Lied nichts Ähnliches. . .« Dagegen kommt ihm das Duett zwischen José und Micaela »zu sentimental, zu tannhäuserhaft« vor. »Übrigens«, setzt er hinzu, »ist die Kultur der Mutter französisch. Das empfinden wir anders.« Zum Einsatz der Harfe (l'istesso tempo) meint er: »Das war es, was Wolfram von Eschenbach zum Lobe der Liebe singen wollte — aber er fand die Weise nicht und begnügte sich sein Verlangen darnach auszudrücken.« Beim Beginn des nächsten Chores notiert er: »Ohne Fratzen! Was viel sagen will! (Denken Sie, was Wagner gemacht haben würde!)« Die Seguidilla wird von ihm »sehr bewundert, auch als Text. (Gehört zu meiner Gil Blas-Seligkeit)«. Die Einleitung zum 2. Akt ist ihm »höchst südländisch«. Vom

Hoch für den Torrero meint er: »Der Nagel auf den Kopf getroffen für ein Hurra.« Auch Escamillos Lied »könnte nicht charakteristischer gegeben werden«, und das tiefe Ges darin ist ihm, »als ob der Stier brüllt«. Das Schmugglerquintett betrachtet er als »eine Art Tarantella«, und es wird von ihm »wegen der unvergleichlichen Grazie sehr bewundert«. Josés Auftrittlied findet er »prachtvoll naiv und gut«. Über den Tanz Carmens, der ihm »das Ideal aller Kastagnettenmusik« ist, meint er außerdem im Fall Wagner: »Wie uns der maurische Tanz beruhigend zuredet! Wie in seiner lasziven Schwermut selbst unsere Unersättlichkeit einmal Satttheit lernt!« Die Desdur-Melodie des José (Andantino) nennt er »zart und idealistisch und nicht sentimental«. Die Liebeserklärung ist ihm »schön und schauerlich«, das Duett »hat etwas Hinreißendes und Rührendes«. Die Anrede des Offiziers ist »südliche gentilezza«, die er so sehr liebte. Den Schluß des 2. Akts bezeichnet er als »Muster von Finale«. Im 3. Akt »bewundert« er das Kartenterzett, er findet in ihm »höchst Mozartsche Anmut« und »reizende Linie«. Carmens Todesahnung nennt er »fatalistische Musik«. Das Dur, mit dem die Unerbittlichkeit der Karten charakterisiert wird, »ist ganz schauerlich«. Der Chor der Schmuggler erzählt ihm vom »Glück der Bösen«, die »gar zu glücklich werden«. Micaelas Arie ist ihm dagegen nur »rhythmisch interessant« und im übrigen »etwas sentimental«. Das Vorspiel zum letzten Akt begleitet er mit den Worten: »Ach, wie das Herz klopft! Was gibt Ruhe vor dem einzigen Gedanken?« Dies Stück empfindet er als »das Fieber der totbereiten Leidenschaft«. Das kurze Duett zwischen Escamillo und Carmen nennt er »unbeschreiblich ergreifend, eine himmlische Simplizität der Erfindung«, den Schluß der Oper »wahrhafte Tragödienmusik«.

Was Bizet sonst noch schrieb, seine vor Carmen komponierten Opern Die Perlenfischer, Das schöne Mädchen von Perth und Djamileh, haben sich trotz wunderschönen Einzelheiten vorläufig weder in Frankreich noch in Deutschland recht einzubürgern vermocht; nur das letztgenannte ganz kleine Werk ist unter anderm im Berliner Königlichen Opernhaus in der Ära Hochberg zur Freude der Musikalischen öfter gegeben worden. Eine lange nach Bizets Tod aufgefundene komische Jugendoper Don Procopio zeigt die Genialität Bizets auch auf heiterm Gebiet. Bizet starb wenige Monate nach der Pariser Uraufführung seiner Carmen (vermutlich aus Gram über den Mißerfolg seines Meisterwerks, das die Franzosen erst auf dem Umweg über Deutschland und Österreich schätzen lernten), und mit ihm wurde die größte Opernhoffnung Frankreichs zu Grabe getragen.

Ob diese Kunstgattung es je wieder zu namhaften Vertretern bringen wird, hängt auch von dem allgemeinen Schicksal Frankreichs nach dem großen Krieg ab. Mit Stolz hatte Bruneau noch im Jahr 1897 in einer kleinen Studie über die moderne französische Oper, die sich seiner Meinung nach (worin man ihm nur beistimmen kann) möglichst von dem Einfluß Wagners freimachen sollte, den Satz ausgesprochen: »Le drame lyrique français ne peut mourir.« In der Tat, es wäre ein nicht abzusehender Verlust für die Weiterentwicklung der dramatischen Musik, wenn es wirklich mit der französischen Opernkunst ganz zu Ende sein sollte. Bedeutendes haben die Franzosen, mit Ausnahme von Bizets Carmen, auf dem Gebiet der ersten Opern nicht allzuviel geleistet. Lulli, Campra, Cherubini, Rossini, Spontini, Gluck, Meyerbeer und Offenbach: die meisten großen und epochemachenden

Namen der französischen Operngeschichte stammen aus Italien oder Deutschland, und nur die heitere Oper von der Art Aubers und Boieldieus, ist durch wahrhaft originelle Leistungen vertreten. Die Stellung der Franzosen in der Oper bedeutet bis jetzt eine Vermittlung zwischen dem germanischen und dem romanischen Kunstideal, und nur das spezifisch Keltische, der echt französische Esprit, die Grazie und das vollendete Stilgefühl auf dem Gebiet der Komik, ist als ihr Ureigenstes zu betrachten: ein Element, das uns fast völlig fehlt, und das wir gerade deshalb nicht unterschätzen sollten. Der Franzose steht als Dramatiker dem Deutschen nahe, sein dramatischer Sinn ist sogar noch viel schärfer entwickelt; er ähnelt dem Italiener in seiner Vorliebe für sinnliche Schönheit der Melodie, die zu vernachlässigen der mehr die Charakteristik liebende Deutsche leicht geneigt ist. So glänzen, um noch einmal die wesentlichsten Unterschiede hervorzuheben, die Deutschen am meisten in Harmonik, Kontrapunktik und Instrumentation, die Italiener in der melodischen Linie, während die Franzosen die Vorteile beider Nationen zu verschmelzen und durch besondere nationale Eigenschaften zu erhöhen suchen. Diese sind jedoch derart prägnant, daß die größten modernen französischen Komponisten, Berlioz, Auber, trotz starken italienischen und deutschen Einflüssen, doch niemals in einen eklektischen Kompromißstil verfielen. In Gluck gebar Deutschland auch den Vollender des französischen, in Mozart den des italienischen Ideals. Der Deutsche Wagner schuf einen persönlichen Stil sogar auf der Basis romanischer Erregenschaften, die er organisch in sich aufnahm, der Italiener Verdi wiederum einen möglicherweise universalen italienischen Stil, indem er zuletzt auf ähnliche Weise germanische Eigenheiten in sich amalgamierte. Wenn die Franzosen den gewaltigen Werken Wagners und Verdis keine ähnliche Reihe eigenartiger und doch wieder von Italien und Deutschland befruchteter Werke entgegensetzen haben, so liegt dies einzig daran, daß sie ihr größtes Operngenie, Bizet, zu früh verloren haben. Daher ist die französische Oper trotz einer Erscheinung vom Rang der Carmen vorläufig ein Torso geblieben, während Deutschland und Italien den Vorteil besitzen ihre Hauptmeister bis ins höchste Alter hinein bei frischem Schaffen sich erhalten zu haben.

XX

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Wirtschaft / Julius Kaliski

Außenhandel In einer Zuschrift an die Times, die von dem Blatt unlängst an hervorragender Stelle wiedergegeben wurde, hieß es: »Die einzige Hoffnung einen finanziellen Zusammenbruch zu verhindern liegt in drastischen Maßnahmen ökonomischen Charakters, die darauf gerichtet sein müßten den Verbrauch an Waren einzuschränken, und zwar besonders den Verbrauch von Einfuhrgütern. Hohe direkte Steuern auf Gewinne und Löhne,

möglichst in Form eines Investierungszwangs für Kriegsanleihe. Einfuhrzölle jeglicher Art, aber besonders auf Luxusgüter, Finanzzölle auf heimische Luxusgüter und möglicherweise eine festgesetzte Brot- und Fleischration wie in Deutschland und Österreich werden nötig sein, um uns zu ermöglichen durchzuhalten.«

Daß diese Befürchtungen nicht ganz unbegründet sind, läßt die Gestaltung des englischen Außenhandels erkennen. Für das 1. Halbjahr 1915 ergibt die Statistik eine Steigerung der Einfuhr um 14 % und gleichzeitig eine Abnahme der Ausfuhr um 28 %:

Jahr	Ausfuhr Millionen Pfund Sterling	Einfuhr Millionen Pfund Sterling	Durchfuhr Millionen Pfund Sterling
1913	257,1	378,8	59,1
1914	248,8	375,9	59,3
1915	192,4	429,4	51,3

Noch ungünstiger gestaltet sich der Ausfuhrhandel Frankreichs im 1. Halbjahr 1915:

Jahr	Einfuhr Millionen Francs	Ausfuhr Millionen Francs
1913	4240,8	3372,2
1914	4410,0	3376,0
1915	3550,8	1449,8

Einen völligen Zusammenbruch zeigt der Ausfuhrhandel Rußlands. In den 7 Monaten Januar bis Juli 1915 betrug die Ausfuhr 115,91 Millionen Rubel gegen 755,21 Millionen Rubel im Vorjahr; die Einfuhr 217,20 Millionen Rubel gegen 762,74 Millionen Rubel im Vorjahr.

Der Außenhandel Italiens hat im 1. Halbjahr 1915 im Vergleich zum Vorjahr nach Meldungen englischer Blätter in der Einfuhr einen Rückgang von 200 Millionen Lire erfahren, und zwar betrifft er hauptsächlich Kohle, chemische Produkte, Farben, Seidenwaren, Bauholz, Häute, Leder, Metalle und Maschinen. Der Import von Getreide, Baumwolle, Kautschuk und Kupfer stieg dagegen beträchtlich. Die Ausfuhr weist gleichfalls eine Abnahme von 200 Millionen Lire auf, und zwar in erster Linie die von Lederwaren, Reis, Früchten, Lebensmitteln und Molkereiprodukten, während der Export von Baumwoll- und Wollfabrikaten eine starke Erhöhung erkennen läßt.

Im Außenhandel Österreich-Ungarns blieben im 1. Halbjahr 1915 Ein- und Ausfuhr um den gleichen Wertbetrag hinter den im 1. Halbjahr 1914 erzielten Umsatziffern zurück. Die Einfuhr erreichte in dieser Zeit einen Wert von 1050 (1914 1853) Millionen Kronen, die Ausfuhr belief sich auf 525,5 (1914 1330) Millionen Kronen. Daher kommt es, daß die Handelsbilanz im 1. Halbjahr 1915 bei wesentlichem Gesamtumsatz mit fast dem gleichen Passivsaldo wie im 1. Halbjahr des Vorjahrs abschließt, nämlich mit 524,5 gegen 523 Kronen im Vorjahr.

×
Lebensmittel- Vom 13. September ab ist
versorgung eine Monopolisierung des
Getreideimports in Kraft
getreten. Durch eine Bundesratsverord-

nung sind Roggen, Weizen, Gerste, Hafer, Mais, Hülsenfrüchte, Roggen- und Weizenmehl, Roggen-, Weizen- und Gerstenkleie allein oder in Mischungen auch mit anderen Erzeugnissen, die nach dem angegebenen Termin aus dem Ausland eingeführt werden, an die Zentraleinkaufsgesellschaft zu liefern. Für die Lieferung gelten Bedingungen, die vom Reichskanzler festgesetzt werden. Diese Regelung des Einfuhrverkehrs wird allgemein als notwendig anerkannt. Dagegen ausgesprochen haben sich nur kleine Händlerkreise, die sich durch die Neugestaltung, auf die schon seit geraumer Zeit zu rechnen war, in ihren Interessen beeinträchtigt sehen. (Wirkliche Ungerechtigkeiten gegen den Handel aus der Behandlung noch schwebender Engagements werden sich leicht vermeiden lassen, da der Reichskanzler Ausnahmen zulassen kann.)

Durch den freien Handel sind bei den durch den Krieg hervorgerufenen Zuständen die Preise für die deutsche Einfuhr von Getreide und Mais sehr erheblich verteuert worden. So stiegen die Notierungen für rumänischen Mais und rumänische Gerste bis auf 650 und 700 Mark für die Tonne, während der reguläre Preis in Friedenszeiten etwa 140 Mark beträgt. Daß die ausländischen Verkäufer die Kriegslage ausnutzten, ist erklärlich, aber die deutschen Käufer reizten durch Überbietungen zu immer neuen Erhöhungen der ausländischen Forderungen an. Da jetzt gegen diese Praktiken ein Damm errichtet worden ist, dürfte man mit einer Ermäßigung der ausländischen Liebhaverpreise zu rechnen haben. Unsere Versorgungsmöglichkeiten setzen uns auch instand ruhig zuzusehen, bis die maßlosen Preisansprüche des Auslands den notwendigen Abbau erfahren haben.

Eine Bundesratsverordnung vom 21. August läßt den Verkauf von Hülsenfrüchten (Erbsen, Bohnen und Linsen) in Zukunft nur noch durch die Zentraleinkaufsgesellschaft in Berlin zu. Gleichzeitig sind Höchstpreise für Hülsenfrüchte festgesetzt worden. Der Übernahmepreis, den die Zentraleinkaufsgesellschaft bezahlt, darf bei Erbsen 60 Mark, bei Bohnen 70 Mark und bei Linsen 75 Mark für den Doppelzentner nicht übersteigen. Bei einer Vergleichung dieser Sätze mit den Preisen in Friedenszeiten ist zu berücksichtigen, daß inzwischen enorme Steigerungen eingetreten waren, die für neue Erbsen zum Beispiel zu Preisen bis

130 Mark für den Doppelzentner führten. Bis zum 5. Oktober muß die Anzeige erfolgen, wer Erbsen, Bohnen oder Linsen in Gewahrsam hat. Die Zentraleinkaufsgesellschaft ist alsdann berechtigt das Verlangen auf käufliches Überlassen auszusprechen. Macht sie von diesem Recht trotz Aufforderung des Warenbesitzers innerhalb einer Frist von 4 Wochen keinen Gebrauch, so erlischt die Verkaufspflicht des Besitzers. Alle Verträge, die über Erbsen, Linsen und Bohnen der inländischen Ernte abgeschlossen waren, wurden für nichtig erklärt, soweit sie nicht bereits erfüllt sind. Die Mängel früherer Höchstpreisverordnungen sind bei der Regelung des Verkehrs mit Hülsenfrüchten vermieden worden.

× **Baumarkt** ×
 Beim Ausbruch des Krieges stand der Baumarkt, mindestens soweit die Großstädte in Frage kommen, noch ganz im Zeichen der Krise, obgleich schon seit geraumer Zeit die Bautätigkeit erhebliche Einschränkungen erfahren hatte. Dieser Zustand war die Folge wüster Ausschreitungen der Terrain- und Bauspekulation seit einer Reihe von Jahren. In einem Bericht über die Bautätigkeit im Jahr 1914, der als Sonderbeilage zum Reichsarbeitsblatt erschienen ist, heißt es allerdings, zu Beginn 1914 sei die Lage des Baumarkts so gewesen, daß gewisse Hoffnungen auf eine Wiederbelebung des seit Jahren darniederliegenden Baugewerbes nicht unberechtigt zu sein schienen. Jedenfalls waren aber auch nach der Auffassung dieses Berichts die Ansätze zur Besserung nur äußerst bescheiden. Der Krieg hat die private Bautätigkeit zuerst völlig ins Stocken gebracht, auch öffentliche Bauten wurden in Überstürzung hier und da in den ersten Kriegstagen eingestellt, später sind diese Bauten jedoch wieder aufgenommen worden. Sehr zweckdienlich war hier die Tätigkeit des Kriegsausschusses im Baugewerbe, der von den Unternehmer- und Arbeiterverbänden gebildet wurde. Selbstverständlich brachte das Jahr 1914, obwohl es 7 Friedensmonate umfaßte, gegenüber 1913 eine weitere Verschlechterung der Bautätigkeit. Bereits 1913 war der Zugang an Wohngebäuden nur in 23 Städten größer gewesen als 1912 und in 1 Stadt ebenso groß wie in diesem Jahr, dagegen in 46 Städten geringer. 1914 war der Zugang an Wohngebäuden in 47 Städten geringer und nur in 23 Städten größer als 1913. Zu

einem ähnlichen Ergebnis führt die Statistik des Zugangs an Wohnungen im Verhältnis zum Bestand. 1914 war der Wohnungszugang nur in 13 Städten größer, dagegen in 37 kleiner als 1913, und 1913 war der Zugang nur in 10 Städten größer, dagegen in 30 Städten kleiner gewesen als 1912.

Entsprechend geringer war auch der Absatz von Baustoffen. Von den Berliner Mörtelwerken wird unter Zugrundelegung von Erfahrungssätzen über das Verhältnis des Mörtelverbrauchs zum Ziegelverbrauch der Absatz von Mauerziegeln in Groß Berlin für 1910 auf 1855 Millionen Ziegel, für 1911 auf 1730, für 1912 auf 1134, für 1913 auf 673 und für 1914 auf 541 Millionen berechnet. Der Absatz des Ziegeleiverbands Breslau betrug in den ersten 7 Monaten 1914 $23\frac{2}{3}\%$ der Beteiligungsziffer; in den letzten 5 Monaten ging er auf $3,162\%$ zurück. Die Münchener Ziegelverkaufsvereinigung versandte in den ersten 7 Friedensmonaten 1914 24 Millionen Handstrichziegel; von da ab bis zum Ende des Jahres konnte sie nur noch $5\frac{1}{2}$ Millionen verkaufen. Bei der Aktienziegelei in München blieb der Verkauf 1914 mit 11,5 Millionen Stück um 3,7 Millionen gegen das Vorjahr zurück. Der Dortmunder Verkaufsverein für Ziegelfabrikate setzte 1914 insgesamt nur 77 Millionen Ziegel ab, gegen 87,3 Millionen 1913. In den ersten 7 Monaten, in denen das Geschäft eine Belebung erfahren hatte, wurden 67 Millionen verkauft, in den 5 Kriegsmonaten nur 10 Millionen. Der Versand des Rheinisch-Westfälischen Zementverbands begann im Januar 1914 mit $1,19\%$ der Beteiligung, stieg im Juli auf $3,88\%$, fiel im August auf $1,01\%$ und betrug im Dezember $1,75\%$. Der gesamte Jahresabsatz stellte sich auf $27,22\%$ der Beteiligung gegen $55,36\%$ im Vorjahr, wobei zu beachten ist, daß wegen der Überproduktion immer nur ein Teil der Beteiligung abgesetzt zu werden pflegt. Für Mitteldeutschland wird der Zementabsatz in den letzten Monaten des Jahres 1914 gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahrs auf ungefähr 40% angegeben. In Süddeutschland betrug er August bis Dezember 1914 etwa 50% des Verkaufs in den gleichen Vorjahrsmonaten. In Hannover, Schlesien und Stettin war der Absatz im 1. Halbjahr gut, nach dem Kriegsausbruch ging er natürlich zurück, doch war es in Schlesien und Stettin möglich die Betriebe voll aufrechtzuerhalten.

×

×

Kohlen-syndikat Verhandlungen über Erneuerung von Syndikatsverträgen verlaufen förmlich nach einem Schema. Zunächst wird Wochen oder Monate hindurch der Öffentlichkeit über ungemein scharfe Gegensätze unter den Syndikatsmitgliedern Mitteilung gemacht, dann pflegt die Meldung von einer fast gesicherten Verständigung zu kommen, die aber einige Tage darauf wieder in bestimmtester Weise dementiert wird. Nun beginnt das unterhaltsame Stadium: Mittags und abends erscheinen in den verschiedensten Blättern Äußerungen der beteiligten Kreise über den Gang der Verhandlungen, die einander völlig widersprechen, bis etwa 8 Tage vor dem entscheidenden Termin Friedensklänge ertönen; man vernimmt, daß die Gegensätze im wesentlichen zum Ausgleich gelangt sind. Doch abermals erfolgt eine Überraschung durch die Nachricht, daß ein sehr maßgebendes Syndikatsmitglied plötzlich mit erhöhten Forderungen, die von allen anderen Verhandlungsteilnehmern als unerfüllbar bezeichnet werden, hervorgetreten sei. Schließlich kommt vor Torerschluß die Einigung zustande. Diesen Verlauf nahm auch der Streit um die Verlängerung des Kohlensyndikats, obgleich diesmal der Ausgang der Verhandlungen an Unsicherheit dadurch verlор, daß im Hintergrund die Drohung der Errichtung eines staatlichen Zwangssyndikats stand. Dabei lag durchaus keine Bluffabsicht vor, die Wandlungen der Berichterstattung erklären sich aus den Schwankungen des Kampfes um die Quote. Bis zum 15. September hatte der Handelsminister den Zechen des Ruhrgebiets Frist zur Bildung eines freiwilligen Syndikats gestellt, das 97% der Kohlenproduktion jenes Bezirks umfassen mußte, wenn ein Zwangssyndikat vermieden werden sollte. Nach den verschiedenen Differenzen, die beigelegt worden waren, schien ein freiwilliges Syndikat an Sonderforderungen des Konzerns August Thyssen scheitern zu sollen. Thyssen wollte mit dem Hauptteil seines Zechenbesitzes dem Syndikat beitreten, verlangte aber für 2 seiner Zechen Befreiung von der Anschlusspflicht und später außerordentlich hohe Beteiligungsziffern. Am 14. September wurde der neue Syndikatsvertrag abgeschlossen, Thyssen gab nach, für die Zeit vom 1. Januar 1916 bis zum 31. März 1917 ist ein Übergangssyndikat geschaffen. Ein Berliner Blatt, das lebhaft für den

Abschluß eines freiwilligen Syndikats eintrat, erhob gegen August Thyssen wegen seines Verhaltens heftige Vorwürfe: »Von einem einzigen Manne hängt nunmehr die Entscheidung über die Zukunft des deutschen Kohlenbergbaus ab, in die Hand eines 75jährigen Greises ist in einer Frage, die Tausende von Menschen und Milliardenkapitalien betrifft, die Entscheidung gelegt; in einer der größten und wichtigsten Fragen, die jemals im deutschen Wirtschaftsleben bestanden haben, hängt alles von den Entschlüssen eines zähen, verbitterten Mannes ab, der auch nicht ein einziges Mal in seinem Leben eine Konzession an die Gesamtheit gemacht hat. Über die Geschicke der größten deutschen Industrie entscheidet heute ein einzelner, und dieser einzelne ist August Thyssen.« Durch Übereifer verführt, bewies das Blatt gegen seine Absicht die Zweckmäßigkeit oder gar Notwendigkeit eines Zwangssyndikats; denn nur durch staatliches Eingreifen kann auf die Dauer wirksam verhindert werden, daß in die Hand eines einzelnen Zechenbesitzers die Entscheidung über das Geschick einer der wichtigsten Industrien gelegt wird. Als eine Folge der Verständigung zwischen dem Kohlensyndikat und dem preußischen Bergfiskus wird nun auch die Ordnung der Hiberniaaffäre erwartet. Die Hiberniagesellschaft hat ein Aktienkapital von 60 Millionen Stammaktien und 10 Millionen Mark Vorzugsaktien, außerdem sind verschiedene Obligationsanleihen vorhanden. Von den Stammaktien besitzt der preußische Fiskus knapp die Hälfte, er erwarb sie 1904 bei dem Versuch freihändig die Mehrheit der Aktien zu erhalten. Um dem preußischen Fiskus die Erlangung der Majorität unmöglich zu machen, wurde von Syndikatskreisen und der Berliner Hochfinanz damals die Hernegesellschaft gegründet, der sie ihren Besitz an Aktien und Vorzugsaktien der Hibernia übertrugen, und die daraufhin Obligationen ausgab. Trotz-trust wurde diese Gesellschaft getauft, die mit dem Übergang von Hibernia an den preußischen Fiskus natürlich auch verschwinden würde. Eine Vergleichung der Absatzziffern des Kohlensyndikats in den einzelnen Monaten des Kriegsjahrs zeigt, daß im August 1915 gegen den gleichen Monat des Vorjahrs eine Verdoppelung des Absatzes eingetreten ist. Die Förderung betrug im August 1915 6,33 Millionen, gegen 4,62 Millionen Tonnen im Vorjahr.

oder arbeitstäglich 245 503, gegen 177 816 Tonnen. Der Absatz stellte sich auf 5,03 Millionen Tonnen, gegen 2,54 im August 1914. Im Durchschnitt eines Arbeitstags ergab der rechnungsmaige Kohlenabsatz des Syndikats in den Kriegsmonaten, verglichen mit den Ergebnissen der beiden Vorjahre, die folgenden Tonnenzahlen:

Monat	1913	1914	1915
Januar	293 718	244 940	193 569
Februar	288 374	248 191	186 624
März	286 231	227 456	183 542
April	279 587	264 498	195 243
Mai	278 538	265 721	201 526
Juni	281 256	268 568	205 889
Juli	270 890	258 127	197 295
August	270 286	97 921	193 655
September	264 867	158 506	—
Oktober	246 611	172 855	—
November	261 038	191 672	—
Dezember	256 299	184 292	—

Eisen Von Monat zu Monat ist seit Kriegsbeginn die Produktion von Roheisen und

Stahl erheblich gewachsen. Die Ermittlungen des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller haben folgende Tonnenziffern für das erste Kriegsjahr ergeben: die für die ersten 8 Kriegsmonate sind in dieser Rundschau, 1915, 2. Band, pag. 555, bereits mitgeteilt, werden aber hier der Übersichtlichkeit wegen noch einmal, zum Teil genauer, wiedergegeben.

Monat	Roheisen- erzeugung	Flustahl- erzeugung
August 1914	586 661	567 610
September	580 087	660 615
Oktober	729 822	900 227
November	788 956	892 814
Dezember	854 186	928 294
Januar 1915	874 133	963 790
Februar	803 623	946 191
März	938 438	1 098 311
April	938 679	1 012 334
Mai	985 968	1 044 107
Juni	989 877	1 080 786
Juli	1 047 503	1 138 478

Während die Roheisenerzeugung im August 1914 rund 37 % der durchschnittlichen Friedenserzeugung betrug, belief sie sich im Juli 1915 auf über 66 %. Noch erheblicher nahm die Flustahlerzeugung zu, sie stieg von 36 auf 72 %. Diese rapide Steigerung ist von besonderer Bedeutung angesichts des Heeresbedarfs. Wie sehr die deutsche Stahlindustrie die englische überflügelt hat, lat sich auch daran erkennen, da die englische Stahlindustrie im Jahr

1910 als Friedensleistung ihren höchsten Stand mit 6 500 000 Tonnen erreichte, was der Kriegsleistung der deutschen Stahlindustrie in den letzten 5 Monaten des Jahres 1914-1915 entspricht.

**Elektrizitäts-
industrie** Eine Generalversammlung der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft beschlo nach dem Antrag der Verwaltung das Aktienkapital, das gegenwärtig 155 Millionen Mark beträgt, um 36 Millionen Mark zu erhöhen. Die neuen Mittel dienen zum Umtausch von Aktien der Berliner Elektrizitätswerke in Aktien der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats Dr. W. Rathenau betonte in Betrachtungen über die allgemeine Wirtschaftslage, Sorge wegen der Rohstoffe bestehe heute in Deutschland nicht mehr. Die Industrie habe in der Kriegszeit alte Vorräte aufbrauchen können, es war Gelegenheit gleichsam Ladenhüter zu beseitigen. Auch für die Gesellschaft ist eine gewisse Liquidierung der Bestände eingetreten, durch die sich ihre Gesamtlage gestärkt habe. Als Gegenmittel für die Ausfälle im Exportgeschäft sei in Deutschland die allgemeine Verstärkung der Fabrikations- und Wirtschaftsintensivitat anzustreben. Der Auftragsbestand der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft ist jetzt fast ebenso hoch wie im Vorjahr.

Kurze Chronik Auf die dritte deutsche Kriegsanleihe sind insgesamt mehr als 1,2 Milliarden Mark gezeichnet worden; die erste hatte bekanntlich 4,46, die zweite 9,103 Milliarden ergeben. Die Einnahmen der deutschen Staatsbahnen aus dem Güterverkehr während des Kriegsjahrs zeugen für die Kraft der deutschen Volkswirtschaft. Während der Verkehr im August 1914 nur 41,6 und im September 1914 erst 66,9 % der Einnahmen der entsprechenden Friedensmonate des Vorjahrs brachte, ist er im Januar 1915 schon auf 90,1, im März auf 94, im Juni auf 96,1 und im Schlumonat Juli auf 97,6 % gestiegen. Bei den preuisch-hessischen Staatseisenbahnen haben im Juli 1915 die Einnahmen die des Juli 1914 sogar um 2,8 % übertroffen. Der Wert des in Deutschland erlegten Wildes beträgt jährlich etwa 25 Millionen Mark. Der Schätzung liegen die angezeigten Jagdergebnisse zugrunde, nicht berücksichtigt sind die aus vielerlei Gründen verheimlichten Beträge, die ziemlich

hoch veranschlagt werden. Der durchschnittliche Jagdertrag eines Jahres stellt sich auf 4 000 000 Hasen, 500 000 Kaninchen, 190 000 Rehe, 23 000 Rotwild, 14 000 Damwild, 14 000 Wildschweine, 4 000 000 Rebhühner, 400 000 Wildenten, 150 000 Wachteln, 81 000 Schnepfen, 15 000 Auer-, Birk- und Haselwild. × Die Kriegslederaktiengesellschaft, durch die alles Leder bezogen werden muß, das für den Heeresbedarf verarbeitet wird, hat bisher einen Umsatz von 1 300 000 000 Mark erzielt. Die Bedeutung dieser Geschäftstätigkeit läßt sich an dem Gesamtumsatz der Lederindustrie ermessen, der, wie die Fachschrift Die Lederindustrie angibt, auf 850 Millionen Mark jährlich beziffert wird. Dabei muß in Betracht gezogen werden, daß die Schätzung des normalen Umsatzes auch Fabrikate einschließt, für die jetzt von der Kriegslederaktiengesellschaft der Lederbedarf nicht bezogen wird. × In Sachsen können jetzt die landwirtschaftlichen Kreisvereine an einzelne Personen, Gemeinden, Vereine und Genossenschaften Staatsbeihilfen zum Ankauf von Maschinen gewähren. Die Beihilfen schwanken zwischen 25 und 100 Mark. Auch in Bayern gewährt die Staatsregierung derartige Beihilfen, jedoch nur für dieses Jahr, im Interesse der Bestellung, Pflege und Ernte der Feldfrüchte und der Wiesen. × Die Kalipreise für das Inland, die bekanntlich gesetzlich festgelegt sind, erfahren durch Beschluß des Reichstags und Bundesrats für die Zeit vom 1. Oktober 1915 bis zum 31. März 1916 eine Erhöhung, ferner wird die Reichsabgabe von 60 Pfennig pro Doppelzentner reinen Kalis für das Rechnungsjahr 1915 nicht erhoben. Der Preiszuschlag für Kali dürfte für die Tonne Roggen und Weizen nach Angaben der Kaliinteressenten etwa 25 bis 30 Pfennig ausmachen. Gegenüber den Ausfällen, die die Kaliindustrie durch das Ausfuhrverbot erleidet, sind die ihr gewährten Preiskonkessionen nicht hoch. Der Absatz des Kalisyndikats im Juli dieses Jahres stellt sich auf 5 579 000 Mark, was im Vergleich zum Juli des vorigen Jahres einen Ausfall von 6 362 000 Mark bedeutet. Seit dem 1. Januar 1915 ist der Absatz mit 64 185 000 Mark um 52 030 000 Mark hinter dem der ersten 7 Monate 1914 zurückgeblieben. × Die deutsche Gasindustrie erzeugte im Betriebsjahr 1913 3169 Millionen Kubikmeter Gas, wozu bei einer durchschnittlichen Ausbeute von 300 Kubik-

meter per Tonne rund 10 563 000 Tonnen Steinkohle verbraucht wurden, ein Betrag, der 5½ % der deutschen Gesamtförderung entspricht, der indessen zu einem nicht unerheblichen Teil, wenigstens in den norddeutschen Gasanstalten, aus englischer Kohle gedeckt wurde. × Auf Anregung der gesamten an der Baumwolleneinfuhr interessierten Kreise wurde eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Baumwollimportgesellschaft 1915, ins Leben gerufen. Diese hat sich von den Händler- und Spinnerfirmen Deutschlands und Österreichs feste Kaufofferten für deren Bedarf machen lassen. Nach amerikanischen Berichten hat sie ein festes Gebot an die amerikanischen Baumwollexporteure abgegeben, sie war angeblich bereit für das amerikanische Pfund 1 Mark zu zahlen, während zurzeit der englische Preis etwa 41 Pfennig beträgt. Für die amerikanischen Baumwollleute liegt natürlich ein sehr großes Interesse vor von dem gebotenen hohen Preis zu profitieren. Bekanntlich hat England Baumwolle als Konterbande erklärt. × Nach einer in der Deutschen Färbereizeitung veröffentlichten Berechnung produzierte die deutsche Baumwollindustrie 1913 im Gesamtwert 2200 Millionen Mark (davon an Rohstoffen eingeführt 692,1 Millionen Mark), die Wollindustrie 1000 Millionen Mark (376,2 Millionen Mark), die Halbwollindustrie 400 Millionen Mark, die Seidenindustrie 420 Millionen Mark (179,6 Millionen Mark), die Kunstseidenindustrie 28 Millionen Mark, die Leinenindustrie 230 Millionen Mark (61,5 Millionen Mark), die Juteindustrie 150 Millionen Mark (90,7 Millionen Mark). Mithin betrug die Produktion der deutschen Textilindustrie 1913 4428 Millionen Mark, der reine Produktionswert, nach Abrechnung der eingeführten Rohstoffe, 3028 Millionen Mark. × Gegen die Deutsche Vereinigte Schuhmaschinen-gesellschaft in Frankfurt am Main ist von 6 Mitgliedern des Verbandes der deutschen Schuh- und Schäftefabrikanten die Klage auf Nichtigkeitserklärung der Maschinenmietsverträge mit der Behauptung erhoben worden, daß diese Verträge gegen die guten Sitten verstoßen. Die Schuhmaschinen-gesellschaft ist die deutsche Tochtergesellschaft des amerikanischen-englischen Schuhmaschinen-trusts, der die wichtigsten Schuhmaschinen nicht verkauft sondern sie unter der Bedingung des Ausschlusses aller Konkurrenzmaschinen vermietet. Der Trust

erhebt von den Schuhfabriken, die mit seinen Maschinen arbeiten, dauernd Betriebsabgaben nach dem Umfang der Produktion. × Das Kartell der deutschen Steingutfabriken schloß mit dem Zentralverband der Großhändler der Wasserleitungsbranche eine Konvention ab, wonach die Werke sich auf 5 Jahre verpflichten nur an Mitglieder des Händlervereins zu liefern, während die Händler ihren Bedarf ausschließlich bei den Betrieben des Steingutkartells zu decken haben. Gleichzeitig wurde eine wesentliche Erhöhung sämtlicher Preise beschlossen. Derartige Verträge zwischen Produzenten und Händlervereinen, die den Organisationszwang für beide Gruppen vorsehen und die freie Handelstätigkeit zu einem erheblichen Teil ausschalten, bestehen bereits in zahlreichen Gewerbezweigen.

× Literatur

Die Forderung der Vorratswirtschaft erhebt Professor Hermann Levy (Vorratswirtschaft und Volkswirtschaft /Berlin, Springer/). Als Aufgaben kriegswirtschaftlicher Vorratspolitik bezeichnet er einmal die Ermittlung derjenigen Zweige der Produktion und des Handels, in denen eine besondere Vorsorge für den Fall des Krieges notwendig erscheint, unter genauer oder schätzungsgemäßer Zugrundelegung der normalen Friedensvorräte und der im Fall eines Krieges zu ihrer Surrogierung heranziehbaren Bestände; ferner die Berechnung des Friedens- und des Kriegsverbrauchs, die hieraus sich ergebende Feststellung der notwendigen Vorräte für den Militärbedarf einerseits und den Zivilbedarf andererseits und ebenso die Feststellung gewisser Richtlinien für die Unterverteilung der für den Zivilbedarf festzulegenden Verbrauchsmengen; endlich die dauernde Fühlungnahme mit der Konservierungstechnik, deren Fortschritten und den Möglichkeiten sie für die Vorratsanhäufung und Vorratsstreckung im Krieg nutzbar zu machen. Zur Lösung, Systematisierung und Zentralisierung dieser Aufgaben soll ein Reichsvorratsamt geschaffen werden. Ob eine künftige Aufstapelung von verschiedenen wichtigen Produkten nach den wirtschaftlichen Erfahrungen des Krieges der Weisheit letzter Schluß ist, darf füglich bezweifelt werden. Offenbar glaubt Levy in der Vorratswirtschaft ein Mittel zu haben, das radikalere Eingriffe des Staates zu organisatorischer

Fortbildung des Wirtschaftslebens und stärkere Beeinträchtigung des freien Spiels der Kräfte verhindern könnte. Die kriegswirtschaftlichen Organisationen betrachtet er mit den Blicken und Gefühlen des Manchestermanns, der die kriegswirtschaftlichen Gebilde mit der Beendigung des Krieges möglichst spurlos wieder verschwinden zu sehen wünscht. × Der Unterstaatssekretär Professor Georg von Mayr plädiert in einer Studie Volkswirtschaft, Weltwirtschaft, Kriegswirtschaft /Berlin, Rothschild/ für die Ausgestaltung einer Kriegswirtschaftslehre im Rahmen der Wirtschaftswissenschaften. Der lebhafteste Wunsch nach der neuen staatswirtschaftlichen Unterdisziplin, die Kriegsmaterialökonomie und Kriegsfinanzwissenschaft mit Ausblick auf die Kriegssozialpolitik umfassen soll, wird später wohl eine Dämpfung erfahren. Kriegswirtschaft läßt sich schließlich doch nur in enger Verbindung mit der Gesamtwirtschaft behandeln.

Sozialpolitik / Johannes Heiden

Gewerbe- gerichte

Am 29. Juli waren 25 Jahre seit Erlaß des Gesetzes über die Gewerbegerichte verflossen. Dieses Gesetz war der erste, schüchterne Versuch für die Entscheidung von Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis besondere Spruchinstanzen zu schaffen, die durch ihre Organisation und das Prozeßverfahren dem Bedürfnis der Rechtsuchenden nach einer schnellen und wohlfeilen Rechtssprechung durch sachkundige Richter genügen. Die Gesetzgebung überließ die Durchführung aber ganz der Einsicht der Kommunalverwaltungen; sie gestattete diesen die Errichtung von Gewerbegerichten, ordnete sie aber nicht an. Erst nach mehr als einem Jahrzehnt wurde wenigstens den Gemeinden mit mehr als 20 000 Einwohnern die Pflicht zur Errichtung von Gewerbegerichten auferlegt.

Die Gewerbegerichte haben in dem Vierteljahrhundert ihres Bestehens nicht nur ihre Existenzberechtigung sondern ihre Notwendigkeit erwiesen. Sie sind heute aus unseren sozialpolitischen Einrichtungen gar nicht mehr wegzudenken. Ihre große Bedeutung hat natürlich nicht verhindert, daß sie bis auf die jüngste Zeit heftige und ungezielte Gegnerschaft erfahren haben. Besonders sind es großindustrielle Kreise, die sich mit der Existenz und mit dem Ver-

fahren der Gewerbeberichte nicht abfinden können. Auf dem letzten Verbandstag deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte /1913/ trat die Gegnerschaft mancher Arbeitgebervereinigungen unverhüllt zutage. Es ist jetzt nicht die Zeit auf die gegen die Gewerbeberichte erhobenen Vorwürfe einzugehen. Daß die Anzweiflung der Unparteilichkeit der Gewerbeberichte in der Rechtsprechung ganz und gar unbegründet ist, haben viele Vorsitzende großer Gewerbeberichte mit jahrelanger Praxis unzählige Male bestätigt. Das Experiment einer Körperschaft die Doppelaufgabe anzuvertrauen Recht zu sprechen und durch Gutachten und Anträge sozialpolitische Maßnahmen zu fördern, wie es bei den Gewerbeberichten gemacht ist, ist gelungen. Wenn auch die Wahl der Beisitzer der Gewerbeberichte sowohl aus Arbeiter- wie aus Arbeitgeberkreisen durchweg von Organisationen der Interessenten betrieben wird und bei der Aufstellung der Kandidaten ihre sozialpolitische Stellung bestimmend ist, so hat sich hieraus für die Rechtsprechung keinerlei Nachteile ergeben. In der Rechtsprechung macht sich nicht die sozialpolitische, geschweige denn die politische Stellung des Beisitzers geltend, während diese natürlich, wie das auch ganz in der Ordnung ist, bei der Lösung der anderen Aufgaben der Gewerbeberichte, wie Stellung von Anträgen zum Ausbau sozialpolitischer Einrichtungen, Erstattung von Gutachten über sozialpolitische Fragen, scharf in die Erscheinung tritt. Die Tätigkeit des Gewerbeberichts als Gutachterbehörde ist ebenso wie die als Einigungsamt in den letzten Jahren etwas zurückgetreten. Der Grund hierfür dürfte in dem Erstarken der Organisationen der Arbeiter und der Arbeitgeber sowie in der Ausdehnung der Tarifverträge und in der allgemeinen sozialpolitischen Müdigkeit zu suchen sein, die die letzten Jahre beherrschte. Kollektivstreitigkeiten zwischen Arbeitern und Arbeitgebern werden bei der Ausdehnung der Organisationen immer seltener örtlich, immer häufiger für große Bezirke, wenn nicht für das ganze Reich ausgetragen, und soweit hierbei die Mitwirkung Unparteiischer notwendig ist, eignen sich die Einrichtungen der Gewerbeberichte nicht dazu. Daß die Gewerbeberichte in den letzten Jahren mit Anträgen auf Förderung sozialpolitischer Einrichtungen zurückhaltend gewesen sind, ist begreiflich, weil deren Annahme wenig wahrscheinlich war.

Über die Tätigkeit der Gewerbeberichte als Rechtsprechungsinstanzen ist in dieser Rundschau alljährlich berichtet worden; es braucht deshalb über diese Seite ihrer Tätigkeit heute nichts gesagt zu werden.

Neben den Angriffen, die aus den Kreisen der Interessenten kommen, haben die Gewerbeberichte es sich auch gefallen lassen müssen von anderer Seite, insbesondere von Juristen, angefeindet zu werden. Diese Gegnerschaft hat ihren Grund zum Teil in prinzipieller Verwerfung jeder Sondergerichtsbarkeit, zum Teil wird sie durch die Behauptung gestützt, daß die Rechtsprechung der Gewerbeberichte mangelhaft und beim Fehlen einer gemeinsamen Oberinstanz nicht einheitlich sei, endlich wird die Ausschließung der Rechtsanwälte als ein Fehler und Schaden für die Rechtspflege bezeichnet. Die grundsätzliche Gegnerschaft gegen Sondergerichte hatte den Kampf schon verloren, als sie auftrat. Bereits vor den Gewerbeberichten bestanden in den Kammern für Handelsachen in gewissem Sinn Sondergerichte, und die Zulassung der Schiedsgerichte hat sich für große Industrie- und Handelskreise zur Schaffung einer besondern Gerichtsbarkeit entwickelt, die der staatlichen eigentlich nur noch die Nachprüfung der Wahrung der Formalien überläßt. Mit Mängeln ist die Rechtsprechung der Gewerbeberichte gewiß behaftet, aber nicht in reicherm Maß als die der ordentlichen Gerichte auch. Von den Urteilen der Gewerbeberichte, die mit Berufung angefochten werden, und über die dann das Landgericht zu entscheiden hat, verfällt nur ein kleiner Teil der Aufhebung. Wenn alle Instanzgerichte so gut bestehen würden, hätten die Berufungsgerichte bald weniger Arbeit. Das Fehlen einer gemeinsamen Oberinstanz teilen die Gewerbeberichte mit den Amtsgerichten, wie für diese ist für die Gewerbeberichte die Berufungskammer des Landgerichts die höchste Instanz. Dabei kommt natürlich keine Einheitlichkeit der Rechtsprechung im ganzen Reich zustande. Das gilt aber auch für die ordentlichen Gerichte, von deren Urteilen auch nur die wenigsten der Nachprüfung durch das Reichsgericht unterzogen werden können, und die in vielen Fragen weit auseinandergehen. Es sei hier nur an die Frage nach der Zulässigkeit der Ausübung des Zurückbehaltungsrechts gegenüber Lohn- oder Gehaltsforderungen erinnert, die nicht nur von den Gewerbeberichten sondern

auch von den Oberlandesgerichten verschieden beantwortet worden ist. Die Zulassung der Anwälte zu den Gewerbe-gerichten hätte gewiß den Vorteil, daß der Tatbestand dem Gericht vielleicht in zahlreicheren Fällen als jetzt vollkommener vorgetragen werden würde; auch die Erörterung mancher Rechtsfrage würde wahrscheinlich eingehender sein. Der Gewinn, der hieraus erwachsen würde, kann bei verständiger Leitung aber auch heute erzielt werden. Ein Vorsitzender, der seiner Aufgabe gewachsen ist, wird die Parteien sehr gut zum Vortrag des gesamten Streitstoffs veranlassen. Wenn ihm das nicht gelingt, wird es einem Anwalt in der Mehrzahl der Fälle auch nicht gelingen. Die Erörterung strittiger Rechtsfragen ist in der Zeitschrift der Gewerbegerichte so ausführlich und vielseitig, daß sie in einer mündlichen Verhandlung nicht ergänzt werden kann. Wenn es also zuweilen in beiden Punkten an dem einen oder dem andern Gewerbegericht nicht zum besten bestellt ist, so liegt das an dem Vorsitzenden. Die Zulassung der Rechtsanwälte würde aber zweifellos zu einer Verzögerung der Erledigung der Streitsachen führen. Wird doch von den Richtern nicht ganz mit Unrecht die langsame Erledigung der Zivilprozesse auf die häufige Vertagung zurückgeführt, die durch die Behinderung des Anwalts notwendig wird, der doch unmöglich an 3 oder 4 Gerichtsstellen zu gleicher Zeit sein kann. Die Zulassung der Anwälte würde übrigens, da die Kostenerstattungspflicht durch die Gegenpartei auf alle Fälle ausgeschlossen sein müßte, nur für einen einzigen Teil der gewerbegerichtlichen Streitigkeiten Bedeutung haben. Wie zweckmäßig die Organisation der Gewerbegerichte und das vor ihnen geübte Prozeßverfahren ist, beweist am besten die Schaffung der Kaufmannsgerichte, die den Gewerbegerichten ganz nachgebildet sind, und das Verlangen anderer Berufsgruppen (Angestellte und andere) nach Errichtung von Arbeitsgerichten zur Entscheidung von Streitigkeiten aus ihren Arbeitsverhältnissen. Der besondere Wert der Gewerbegerichte liegt in ihrer wohlfeilen und schnellen Rechtsprechung unter Mitwirkung sachkundiger Beisitzer und in ihrem ziemlich formlosen Verfahren. Dieses früher stark angefeindete Verfahren hat sich so gut bewährt, daß bei der Reform des Zivilprozesses vor dem Amtsgericht viele seiner Vorschriften angenommen worden sind.

In einigem bedarf das Gewerbegerichts-gesetz dringend der Ergänzung. Gewerbegerichte müssen für alle Gemeinden errichtet werden. Das ist so selbstverständlich, daß es keiner Begründung bedarf. Das Bedürfnis nach Gewerbegerichten ist für die Parteien in Orten mit weniger als 20 000 Einwohnern genau so groß wie für die Parteien in größeren Gemeinden. Manche kleineren Gemeinden haben von der Befugnis Gewerbegerichte zu errichten Gebrauch gemacht; so hatten von den 359 Gewerbegerichten, die im Jahr 1913 für einzelne Gemeinden bestanden, 156 ihren Sitz in Gemeinden mit weniger als 20 000 Einwohnern. Die Entscheidung über die Errichtung von Gewerbegerichten darf aber nicht den Gemeindebehörden überlassen bleiben. Weiter muß die Zwangsvollstreckung aus den Schuldtiteln der Gewerbegerichte unbedingt den Vollstreckungsbeamten der Gemeinden übertragen werden. Die Notwendigkeit die Vollstreckung durch die staatlichen Gerichtsvollzieher vornehmen zu lassen hebt die Vorteile der gewerbegerichtlichen Rechtsprechung, Wohlfeilheit und Schnelligkeit, wieder auf, weil sie teuer und sehr langsam ist. Beides paßt nicht zu den Ansprüchen, um deren Befriedigung es sich in den gewerbegerichtlichen Streitigkeiten handelt. Die Frage ist auch nicht von untergeordneter Bedeutung, denn in vielen Prozessen vor den Gewerbegerichten ist nicht eine wirkliche Streitfrage zu entscheiden sondern nur die Voraussetzung für die Schaffung der zwangsweisen Beitreibung einer unbestrittenen Forderung zu schaffen. Endlich sollte die durch Gemeindestatut zu begründende Kostenfreiheit gesetzlich für alle Gewerbegerichte festgelegt werden. Zu einer frivolen Vermehrung der Prozesse würde dies kaum führen. Die Einnahmen aus den Gerichtskosten sind so unbedeutend, daß sie für die Gemeinden so gut wie gar keine Rolle spielen. So betragen die Aufwendungen der Gemeinde Frankfurt am Main für das Gewerbe- und Kaufmannsgericht nach dem Vorschlag für das Etatsjahr 1915 27 090 Mark, wozu noch die nicht ausscheidbaren Kosten für Gehälter des Vorsitzenden und seiner Stellvertreter kommen, die auf wenigstens 12 000 Mark zu veranschlagen sind. Dem Gesamtaufwand von rund 39 000 Mark steht an Einnahme aus Gerichtskosten die geringe Summe von 1500 Mark gegenüber.

Reichsversicherungsamt

Nach dem Geschäftsbericht des Reichsversicherungsamts für das Jahr 1914 hat sich die durch die Reichsversicherungsordnung vorgeschriebene Beratung der Vorstände mit den Vertretern der Versicherten über die Berichte der technischen Aufsichtsbeamten gut bewährt und zu manchen Anregungen geführt, die bei der weitem Ausgestaltung der Unfallverhütung verwertet werden sollen. Für technische Aufsichtsbeamte haben 64 gewerbliche Berufsgenossenschaften insgesamt 403 Stellen geschaffen, die mit 393 Beamten besetzt waren. Ihre Aufgabe besteht aber nicht allein in der Überwachung der Betriebe zur Befolgung der Unfallverhütungsvorschriften und in der Abstellung von Fehlern sondern auch in der Prüfung der Lohnlisten und der Kontrolle der Renteneempfänger. Von den 68 780 Revisionstagen haben sie mehr als 18 000 gerade diesen Aufgaben gewidmet.

Von den Versicherungsträgern der Unfallversicherung wurden 462 028 Rentenbescheide erteilt. Hierunter befanden sich 74 451 Endbescheide, was besagt, daß die Versicherten gegen den ersten Bescheid Einspruch erhoben hatten. Das Einspruchsverfahren führte aber nur in 6123 Fällen zu einem dem Verletzten günstigerem Ergebnis. Über die Rechtsprechung der Oberversicherungsämter enthält der Geschäftsbericht des Reichsversicherungsamts wiederum keine Angaben, weil die in der Verordnung des Bundesrats vom 24. Dezember 1911 vorgesehene Bestimmung über die Geschäftsberichte der Oberversicherungsämter immer noch nicht erlassen ist, und weil die vom Reichsversicherungsamt für die Unfallversicherungssachen vorgeschlagenen Muster nur von einem Teil der Oberversicherungsämter ausgefüllt werden.

Beim Reichsversicherungsamt wurden im Jahr 1914 8301 Rekurse angemeldet, gegen 12913 im Vorjahr. Der Rückgang, der schon 1913 sehr stark war, ist eine Folge der Beschränkung des Rechtsmittels durch die Reichsversicherungsordnung. Mit den Rückständen aus früheren Jahren hatte das Reichsversicherungsamt 23 807 Rekurse zu bearbeiten, von denen es 13 513 erledigte. In 11 589 Fällen erfolgte die Erledigung durch Erlaß eines Urteils, 1005 Rekurse wurden durch Verfügung des Vorsitzenden, weil verspätet erhoben oder offenbar ungerechtfertigt, zurückgewiesen, und 919 wurden zurückgenommen.

Die Urteile der höchsten Instanz bestätigten in der Mehrzahl der Fälle (8312) die Entscheidung der Vorinstanz, und nur 3116 Urteile der untern Instanz erfuhren eine Abänderung; endlich wurden noch 161 Streitfälle an die Vorinstanz zurückverwiesen. Die Versicherungsträger erreichten in 47,6 % ihrer Rekurse eine ihnen günstige Entscheidung, die Versicherten nur in 21,6 % der Fälle.

Die Versicherungsanstalten der Invalidenversicherung erteilten im Jahr 1914 insgesamt 186 952 Bescheide. Hiervon bewilligten 151 222 Renten, 27 904 lehnten die Bewilligung einer Rente ab, und 6046 entzogen früher festgesetzte Renten, 661 Bescheide sprachen das Ruhen der Rente aus, und 1119 hatten einen andern Inhalt.

Beim Reichsversicherungsamt wurden 3202 Revisionen aus der Invalidenversicherung anhängig, von denen 2819 von den Versicherten und 383 von den Versicherungsträgern stammten. Erledigt wurden insgesamt 3866 Revisionen, davon 3340 durch Urteil und 526 durch Zurücknahme usw. Von den 3340 Urteilen lauteten 2635 auf Bestätigung der Entscheidung der Vorinstanz, 90 auf Abänderung und 615 auf Zurückverweisung. Die Versicherten erreichten eine Abänderung in 1,26 % und eine Zurückverweisung in 15,03 % der Fälle. Für die Versicherungsträger sind die entsprechenden Zahlen 11,25 und 38,54.

Aus dem Gebiet der Krankenversicherung kamen 140 Revisionen an das Reichsversicherungsamt, davon wurden 8 durch Verfügung des Vorsitzenden, 18 durch Zurücknahme und 43 durch Urteil erledigt. Von diesen hatten 6 Erfolg, in 12 Fällen wurde auf Zurückverweisung an die Vorinstanz und in 25 Fällen auf Verwerfung des Rechtsmittels erkannt.

Das Reichsversicherungsamt hat zu zahlreichen Zweifelsfragen, die die Reichsversicherungsordnung gebracht hat, schon in vielen sogenannten grundsätzlichen Entscheidungen Stellung genommen. Fast jedes Heft der Amtlichen Nachrichten enthält eine ganze Anzahl grundsätzlicher Entscheidungen, die sowohl für die einzelnen Senate des Reichsversicherungsamts wie für die Landesversicherungsämter und die Oberversicherungsämter verbindlich sind, bis sie durch eine Entscheidung des Großen Senats des Reichsversicherungsamts abgeändert werden. Wenn auch nicht alle Entscheidungen des Reichsversicherungsamts überzeugend sind, so ist doch

gegen die meisten vom Standpunkt des geltenden Rechts wenig einzuwenden. In Fällen, in denen das Ergebnis unbefriedigend ist, liegt die Ursache des öfters im Gesetz als in der Rechtsprechung.

× **Kurze Chronik** Am 15. August starb zu Frankfurt am Main, 62 Jahre alt, der Landtagsabgeordnete und Stadtrat Dr. Karl Fleisch. Theorie und Praxis der Sozialpolitik verdanken ihm viel. × Das Reichsversicherungsamt hat jetzt auch für die Krankenversicherung wie schon früher für die Invalidenversicherung entschieden, daß die durch einen Selbstmordversuch herbeigeführte Krankheit als vorsätzlich verursacht gilt und Anspruch auf Versicherungsleistungen nicht begründet. × Durch Verordnung des Bundesrats vom 19. August ist die Frist, für die die bisherige Festsetzung der Ortslöhne gilt, abermals ausgedehnt worden, und zwar bis zum 31. Dezember 1916. × In einem Erlaß vom 2. Juni 1915 hat das Reichsversicherungsamt die Berufsgenossenschaften ersucht auch während des Krieges der Befolgung der Arbeiterschutzes- und Unfallverhütungsvorschriften Beachtung zu schenken. Schonende Behandlung unserer lebendigen Wertquellen ist nicht bloß ein Gebot der Sittlichkeit sondern auch der Volkswirtschaft, heißt es in dem Erlaß. × Die Streitfrage, ob die Kriegsteilnehmer, die ihre Mitgliedschaft bei den Krankenkassen fortgesetzt haben, im Fall der Verwundung Anspruch auf die Kassenleistungen haben, ist vom Reichsversicherungsamt zugunsten der Kriegsteilnehmer entschieden worden. × Die Beiträge für die Angestelltenversicherung gingen im Jahr 1914 auf 129 947 000 Mark, gegen 137 178 000 Mark im Jahr 1913 zurück. Der Ausfall ist ausschließlich in den 5 Kriegsmonaten entstanden. × Zwischen dem Deutschen Reich und den Niederlanden ist ein Zusatzantrag zu dem Vertrag über Unfallversicherung abgeschlossen worden, der die für den Betrieb geltende Unfallversicherung auch auf die Beschäftigten ausdehnt, die nicht in dem Staat wohnen, dessen Unfallversicherung der Betrieb untersteht.

× **Literatur** Von dem umfangreichen Werk Die Heimarbeit im rhein-mainischen Wirtschaftsgebiet /Jena, G. Fischer/ ist der

2. Teil des 3. (Schluß-) Bandes erschienen. Er enthält neben einer Reihe von Monographien über einzelne Zweige der Heimarbeit und einer Abhandlung Dr. W. Hanauers über die hygienischen Verhältnisse der Heimarbeiter im rhein-mainischen Wirtschaftsgebiet mit Darstellung der tatsächlichen Zustände und Reformvorschlägen einen Abschnitt, in dem der Herausgeber, Professor Dr. Paul Arndt, die Ergebnisse der gesamten Untersuchungen zusammenfaßt. Arndt beschränkt sich nicht auf die Wiedergabe der Resultate der Untersuchungen sondern nimmt ausführlich zur Frage der Reform der Heimarbeitsverhältnisse Stellung. Ein allgemeines Verbot der Heimarbeit lehnt er ab, dagegen fordert er Regulierung der Löhne und der Arbeitszeit, Verbesserung der Werkstätten, Beaufsichtigung der Heimarbeit und anderes mehr. Das Unternehmen der Leitung der Frankfurter Heimarbeitsausstellung die Verhältnisse der Heimarbeit im rhein-mainischen Wirtschaftsgebiet von Gelehrten, Sozialpolitikern usw., unter Mitwirkung von Arbeitern und Arbeitgebern untersuchen zu lassen hat anfangs viel Bedenken erregt und manchen Widerspruch gefunden. Das Ergebnis hat das Unternehmen gerechtfertigt. In den 3 Bänden Monographien liegt zur Beurteilung der Heimarbeitsverhältnisse eines beschränkten Gebiets ein fast lückenloses Material vor. Neben der reinen Zustandsschilderung finden sich nicht wenige Vorschläge zur Reform der Heimarbeitsverhältnisse, die Beachtung verdienen und hoffentlich bei der Reform der Gesetzgebung, die trotz des Hausarbeitsgesetzes vom Jahr 1911 dringend notwendig ist, auch finden werden. Der Herausgeber der Monographien, Professor Paul Arndt von der Frankfurter Universität, hat sich um die Heimarbeitsliteratur ein Verdienst erworben. × Kritischer als Arndt steht Heinrich Koch der Frage nach der Existenzberechtigung der Hausindustrie gegenüber. In seinem bekannten Buch Die deutsche Hausindustrie München-Gladbach, Volksvereinsverlag, von dem die 2. Auflage vorliegt, bezeichnet er die Hausindustriellen, die schlechte Waren liefern und die sich nur durch die geringen Löhne halten, als ein Unglück nicht nur für die Arbeiter sondern auch für die Volkswirtschaft, die an der Herstellung schlechter und wohlfeiler Artikel gar kein Interesse habe. Er will die Hausarbeit nur für solche Personen gelten lassen, die einerseits durch ihren

Hauptberuf oder höhere Pflichten ans Haus gefesselt sind, andererseits nach gewerblicher Nebenarbeit mit Recht verlangen und für welche der Übergang zur Fabrik nicht ratsam erscheint«. Allen anderen Hausindustriellen gegenüber kann es nur die eine Politik geben den in ihr Beschäftigten bessere und lohnendere Arbeit zu beschaffen und damit diesen Industrien ein rasches und schmerzloses Ende zu bereiten. Für die Hausindustriellen, die Koch als erhaltenswert ansieht, fordert er als wichtigste Reform die Lohnregulierung, ihre Unterstellung unter die Gesetze über Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung sowie Förderung des Wohnungswesens. Die Regelung der Heimarbeiternot wird nach dem Krieg dringender denn je werden, weil zu befürchten ist, daß trotz aller Kriegsfürsorge aus den Reihen der Kriegsinvaliden und der Kriegerwitwen viele der Heimarbeit zuströmen werden.

Frauenbewegung / Wally Zeppler

Geburtenprobleme Die Frage der Geburtenvermehrung, die schon in den letzten Jahren vor dem Krieg eine so große Rolle spielte, hat jetzt nach den ungeheuren Menschenverlusten in allen beteiligten Ländern natürlich noch stark erhöhte Bedeutung gewonnen. Schon gegenwärtig bildet sie den Gegenstand lebhafter Diskussionen in einer Reihe von Schriften und Zeitungsartikeln, die sie unter den verschiedensten Gesichtspunkten und aus den verschiedensten Anschauungen heraus behandeln. In hervorragend interessanter Weise beschäftigen sich mit dem Geburtenproblem einige Aufsätze einer seit vorigem Jahr erscheinenden Zeitschrift, des *Archivs für Frauenkunde* und *Eugenik* (herausgegeben von Dr. Max Hirsch /Würzburg, Kabitzsch/), die überhaupt in den Nummern, die bisher herausgekommen sind, zu den besten Veröffentlichungen auf diesem Gebiet zählt.

Im 1. Band des *Archivs* untersucht Dr. Schallmayer (München) die seiner Ansicht nach geburten- und damit zugleich rasseverschlechternden Wirkungen der Lebenshebung und Kultur bei beiden Geschlechtern und speziell dann bei den geistig hochentwickelten berufstätigen Frauen, unter denen gerade die vorzüglichst begabten, also für die Fortpflanzung wertvollsten zu finden seien. Dieser Autor (von dessen rassen-

biologischen Anschauungen hier schon kürzlich in der Rubrik *Biologie*, 1915, 1. Band, pag. 43 f., einiges mitgeteilt wurde) steht auf dem Standpunkt, daß die durch Übung und Ausbildung erworbenen guten Qualitäten sich nicht übertragen, also auch für den Wert der zukünftigen Generationen gleichgültiger sind als die in der Keimanlage weitervererbten ursprünglichen Eigenschaften eines Organismus. Daher liegt für ihn die Möglichkeit eines fortgesetzten Rassenaufstiegs eben in einer möglichst hohen Geburtenzahl dieser günstig veranlagten Frauen. »Aber weitaus das Wertvollste, was eine an Erbanlagen tüchtige Frau zu leisten vermag, ist doch ihre Fortpflanzung.« Schallmayer zieht aus dieser, ja oft schon wiederholten Überlegung keine frauenrechtsfeindlichen Schlußfolgerungen sondern glaubt, daß eine Änderung in der Zukunft durch eine philosophische Umbildung der Frauenbewegung möglich sei. »Zur Erreichung dieses Zieles wäre eine Frauenbildung, die mehr vom Gemein-sinn als vom Individualismus beherrscht würde, eine mächtige und unentbehrliche Bundesgenossin. Für den Gemein-sinn aber kann es kaum ein höheres Ziel geben als die Veredlung unserer Rasse bis zu den Grenzen unseres Könnens . . . Die Erziehung der Mädchen wird dahin zielen müssen, daß sie als Ehefrauen, je höher sie ihren eigenen Wert für die Rasse (ihren genophysischen Wert) einschätzen, desto mehr es sich zur Ehre anrechnen der Gemeinschaft oder der Rasse eine angemessene Zahl von Nachkommen zu schenken.«

Ob das in der Tat der Fall sein wird, scheint immerhin fraglich. Dem Vorwurf gegenüber, die geistig selbständigeren berufstätigen Frauen wehrten sich aus Mangel an sozialem Pflichtgefühl gegen eine größere Kinderzahl, haben diese oft mit Recht darauf hingewiesen, daß höhere geistige Entwicklung zugleich erhöhtes sittliches und gesellschaftliches Verantwortlichkeitsgefühl mit sich zu bringen pflege. In Wahrheit ist auch durchaus nicht etwa der Mangel eines solchen Pflichtgefühls oder ein unberechtigter Drang nach dem sogenannten Sichauleben das wirkende Moment bei der Verminderung der Geburtenzahl in den Kreisen dieser Frauen, vielmehr das, was man als den vernünftigen Selbstanspruch eines Menschen bezeichnen kann, der auch von der Vervollkommnung seiner Persönlichkeit abhängige Pflichten zu erfüllen hat. Die beruflich tätige oder mit

irgendeiner eigenen produktiven Aufgabe beschäftigte Frau kann freilich nicht und wird niemals wie die frühere Nurhausfrau ihr Leben ausschließlich der Aufzucht einer zahlreichen Kinderschar widmen wollen; es sei denn, daß sich das häusliche Dasein wie die Erziehung später einmal unter vollkommen veränderten Formen vollzieht. Dazu kommen ganz andere Faktoren, die eben in der Steigerung geistiger Kultur selbst liegen, deshalb auch, wie Schalimayer richtig nachweist, bei fast allen entwickelungsfähigen Völkern, vor allem jedoch bei beiden Geschlechtern nach der Richtung der Nachkommensverminderung wirken. Diese mehr philosophischen Ursachen des allmählichen Geburtenrückgangs erörtert Ernst Schultze (Hamburg) in einem ebenfalls sehr anregenden Aufsatz des genannten Archivs. Er gibt einen kurzen geschichtlichen Abriss über die Frage, die schon bei den alten Hellenen und Römern eine gleich große Rolle gespielt habe wie jetzt bei den europäischen Kulturvölkern und die die damaligen Gesetzgeber ebenso erfolglos zu lösen versuchten wie bisher die modernen. Schultze sucht die letzten Gründe für die Erscheinung des Geburtenrückgangs denn auch nicht, wie viel andere, in äußeren Verhältnissen, in schlechten wirtschaftlichen Zuständen, ebensowenig in der Erhöhung der Lebensansprüche bei der Mehrzahl der Bevölkerung oder etwa in der Abnahme religiösen Empfindens, der Ausbreitung des Materialismus usw. »Vielmehr«, meint er, »läßt sich vermuten, daß es sich hier um ein allgemeines Entwicklungsgesetz handelt, ja, daß wir es vielleicht mit einem kosmischen Problem zu tun haben.« Daneben wertet er die »kulturellen und sittlichen Motive«, die gerade den ethisch feiner Empfindenden vor der Verantwortung zurückscheuen lassen Kinder in die Welt zu setzen, die er materiell und geistig vielleicht nicht genügend versorgen kann oder die Ehefrau durch rasch aufeinanderfolgende Geburten in ihrer Gesundheit zu schädigen. »Wer darin nicht eine Zunahme der Menschlichkeit für Mutter und Kind sieht, ist blind für die Zunahme eines Verantwortlichkeitsgefühls, das wir vom Standpunkte sittlicher Kultur freudig begrüßen müssen.« Schultze weist auch auf den allgemeinen Lebensüberdruß oder eine sehr geringe Einschätzung des Lebenswerts hin, der ja bei einzelnen Menschen, wie wir wohl wissen, ganz bewußt zur Ab-

lehnung der Fortpflanzung führt, die gleiche Wirkung aber zuweilen bei ganzen Volksstämmen übt. So taucht denn doch wohl, was man auch dagegen sagen mag, ganz, ganz fern am Horizont die Möglichkeit eines allmählichen Verschwindens des Menschen von der Erde auf.« Auch Robert Koch habe sich einmal in einem Gespräch über den Geburtenrückgang in diesem Sinn geäußert. Er habe es »sogar nicht für ausgeschlossen« gehalten, daß der Mensch als Gattung eines schönen Tages durch freiwillige Einstellung seiner Fortpflanzung vom Erdball verschwinden werde.

Haben solche Folgerungen, so interessant sie sind, auch vorläufig nur rein gedanklichen Wert, so scheint mir doch nach allen Betrachtungen über den Geburtenrückgang das eine wahrscheinlich: Wir haben es in der Tat hier mit einer sehr tief wurzelnden Erscheinung zu tun, die weder durch gesetzgeberische Maßnahmen wie etwa ein Verbot der Konzeptionsschutzmittel noch durch moralisierende Einwirkungen von irgendeiner Seite her so leicht beeinflussbar sein dürfte. Vielleicht wird auch nach diesem Krieg, wie schon mehrfach nach Zeiten eines großen und plötzlichen Sterbens, ein gleich plötzlicher Anstieg der Geburtenzahl die schweren Verluste wieder ausgleichen (auf ebensowenig völlig erklärbarem Weg wie das Gegenteil). Für die Dauer dürfte indessen ein Umschwung für die westeuropäischen Nationen kaum zu erwarten sein. Auch dann nicht, wenn wir mit einer stetigen Hebung der Lebenshaltung in der städtischen Arbeiterschaft und mit einer allmählichen Sozialisierung der gesamten Gesellschaft rechnen, die ja vor allem weitgehenden Mutterschutz gewährleisten würde. Ungünstige wirtschaftliche Verhältnisse macht vor allem andern auch Henriette Fürth in einem Aufsatz Die Frauen und die Bevölkerungs- und Schutzmittelfrage (im 11. Band des Archivs für Soziale Hygiene und Demographie /Leipzig, F. C. W. Vogel /) für den Geburtenrückgang, wenigstens unter der großstädtischen Arbeiterschaft, verantwortlich. An der Hand der Statistik weist sie die Verteuerung der Lebenshaltung in den letzten Jahrzehnten nach, denen die Erhöhung der Löhne nicht entsprochen habe. Da nur wenige Arbeiter imstande seien mit ihren Einnahmen eine größere Zahl von Kindern zu tüchtigen Menschen aufzuziehen, bleibe ihnen nichts übrig als Geburten-

beschränkung zu treiben. Die Gefahren der Sache seien auch für die nächste Zeit durchaus noch nicht bedeutend, da sie durch die Verringerung der Sterblichkeit noch voll ausgeglichen werden, und diese Verringerung bei immer verbessertem Mutter- und Säuglingsschutz noch sehr lange nicht an der äußersten Grenze angelangt sei. Im übrigen ist auch Henriette Fürth der Meinung, »daß neben diesen greifbaren auch un w ä g b a r e Einflüsse anderer Art zum Geburtenrückgang beitragen . . . Sie sind zu kennzeichnen als die selbstverständlichen Folgeerscheinungen eines Lebens- und Kulturstandes, der durch eine vervollkommnete Technik der Güterbeschaffung über die bloße Befriedigung der Lebensnotdurft und des animalischen als Fortpflanzung sans phrase wirksamen Lebenstriebes hinausgehoben, sich als Selbstzweck empfindet und daher eine Reihe persönlicher Lebens- und Kulturforderungen stellt und durchzusetzen sucht.«

Werden wir es also darauf ankommen lassen müssen, daß uns in näherer oder fernerer Zukunft schließlich einmal das Schicksal der alten Kulturnationen ereilt von sogenannten barbarischen, kinderreicheren Völkern überholt zu werden? Die Frage bleibe hier unbeantwortet. Um so deutlicher tritt uns das Ziel vor Augen, das wir bis dahin erreicht haben müssen: durch den höchstmöglichen sozialen und geistigen Aufstieg aller Glieder der Nation unsere besondere Aufgabe im Entwicklungsganzen der Menschheit zu erfüllen.

× **Kleinkinder-
erziehung** ×

Je höher die Zahl derjenigen Frauen ansteigt, die dauernd berufstätig sind, desto mehr wird auch die Unterbringung und Erziehung der vorschulpflichtigen Kinder zu einer Frauenfrage par excellence. Und zwar nicht nur in dem äußerlichen Sinn, daß die Frauen dadurch entlastet würden; erst, wenn sie ihre Kinder körperlich und geistig wirklich gut versorgt wüßten, erwüchse ihnen vielmehr die innere Ruhe, die jeder Mensch zu einer tüchtigen Arbeitsleistung, gleichviel auf welchem Gebiet, braucht. Es versteht sich, daß dies nicht der einzige Gesichtspunkt ist, unter dem wir eine Reform, geschweige denn eine Art Neuschöpfung auf dem Feld der Kleinkindererziehung begrüßen müssen. Die Menschenformung selbst hängt sicher in hohem Grad von den ersten Bildungseinflüssen ab, die gerade in dieser Zeit der stürmischen Ent-

wicklung auf das werdende Geschöpf einwirken.

Die italienische Ärztin Dr. Maria Montessori hat sich das Verdienst erworben ein neues oder umgebildetes System einer solchen Kleinkindererziehung zu entwickeln und in jahrelanger praktischer Tätigkeit selbst zu erproben. In einem über 300 Seiten starken Buch *Selbsttätige Erziehung im frühen Kindesalter* /Stuttgart, J. Hoffmann/ stellt sie Wesen, Entstehung und Sinn ihres Systems sehr anziehend dar. Schon aus der Einleitung spricht der Geist einer bei Frauen noch recht seltenen Fähigkeit sich in eine sachliche Aufgabe zu versenken. Die Verfasserin erzählt hier auch, wie sie zur Entwicklung ihrer Anschauungen gelangte. Im Anschluß an theoretische Studien über geistige Anomalieen kam sie zu Versuchen schlechtbegabte oder minderwertige Kinder nach neuen psychologisch begründeten Methoden vorwärtszubringen. Sie führte diese Experimente, die zu relativ sehr günstigen Resultaten führten, lange Zeit hindurch fort. Ihr Interesse, das sich durch diese Studien den Aufgaben der ersten Sinnes- und Geistesentfaltung überhaupt zuwandte und die Anregung durch die pädagogischen Schriften des Mediziners Pizzoli und des Anthropologen Sergi ließen langsam die Gedanken in ihr reifen, auf denen ihre Erziehungsmethode beruht. Eine besonders günstige Gelegenheit zur praktischen Erprobung des Systems an geistig normalen, keiner erheblichen sonstigen Beeinflussung unterliegenden Kindern gewährte ihr das Anerbieten eines Ingenieurs, Talamo, der in einem der armseligsten Viertel von Rom aus alten Häuserblocks durch vernünftige bauliche Veränderungen gesunde und luftige Arbeiterwohnungen schuf. Für jedes Haus baute Talamo einen großen Saal, in dem die noch nicht schulpflichtigen Kinder der Bewohner spielen und arbeiten sollten. Die Leitung einer solchen Spiel- oder Arbeitsschule bot der Baumeister Maria Montessori an, die sich bereits auf diesem Gebiet einen Namen erworben hatte.

Ein Urteil über die neue Methode zu fällen ist natürlich dem medizinischen und pädagogischen Laien unmöglich. Mit Maria Montessoris eigenen Worten sei zunächst dargestellt, worin der Kern der Sache für sie selber liegt.

»Die auf Beobachtung sich gründende pädagogische Methode muß die Freiheit des Kindes zur Voraussetzung haben,

und Freiheit ist Tätigkeit. Die Zucht muß aus der Freiheit hervorgehen. Wir sehen ein Kind nicht für gezogen an, wenn ihm eine solch künstliche Ruhe beigebracht worden ist, als wäre es ein Stummer, oder eine Unbeweglichkeit, als wäre es ein Lahmer. Dies ist nicht ein gezogenes, sondern ein vernichtetes Kind.« Ohne Anwendung irgendwelcher Belohnungen oder Strafen, nur durch Erweckung des natürlichen Tätigkeitstriebes und Anleitung dieses Triebes zur richtigen Entfaltung werden nun in den Montessorischen Kinderschulen allmählich die mannigfaltigsten und erstaunlichsten Resultate gewonnen. Der Bewegungsmechanismus des Kindes wird zunächst durch spielerische Übungen, die dem Kind selbst Vergnügen bereiten, zur Beherrschung durch den Willen geführt. Dadurch wird die Geschicklichkeit gebildet und das Kind von vornherein zur Unabhängigkeit geleitet. Sprache, Beobachtung, Formen-, Farben-, Gehörs-, Tast-, Geschmacksinn werden in gleicher Art durch eine Art produktiven Spiels erfaßt. Schließlich kommen Zeichnen-, Gedächtnis-, Schreib- und Leseübungen hinzu. Die ganze Methode, die das Buch in allen Einzelheiten genau beschreibt, beruht in jedem Punkt auf Benutzung des natürlichen Entwicklungs- und Vervollkommnungstriebes, niemals auf Wissen. »Das Ziel der Erziehung bei den Kleinen muß darin gesehen werden die selbsttätige Entwicklung der Persönlichkeit nach der Seite des Geistes, des Gemüts und der physischen Kräfte zu befördern, nicht etwa aus dem Kind ein gebildetes Wesen . . . zu machen. Haben wir also dem Kind solche Lehrmittel in die Hand gegeben, die geeignet sind die Entwicklung der Sinne anzuregen, so müssen wir abwarten, bis jene Tätigkeit, die wir Beobachtung nennen, sich von selbst entwickelt.« Die Resultate, die uns das Buch mitteilt, sind zum Teil ganz erstaunlich. Kinder von 3 Jahren erlangen eine vollkommene Herrschaft über Körper und Sinne, 4- bis 5jährige lernen wirklich spielend Lesen, Schreiben, Rechnen, geometrische Begriffe usw. Die Hauptsache ist aber die Einwirkung auf die ganze Bildung der kleinen Menschenpersönlichkeit, die man sich bei den Schilderungen des Buchs freilich sehr gut vorstellen kann. Die kleinen Geschöpfe verbringen ihre Tage nicht wie sonst gewöhnlich in einem städtischen Proletarierhaushalt, herumgestoßen und gelangweilt, in einem ewigen Kampf mit

der scheltenden Mutter sondern in einem glücklich tätigen Zustand.

Für uns ist aber, wie gesagt, von diesen rein pädagogischen Resultaten abgesehen, an dem System Montessori noch eines besonders wichtig: seine soziale Seite. Maria Montessori selbst hebt gleich anfangs hervor, welche Freude auch die Eltern an dem Aufblühen und dem Wesen der Kinder in diesen Schulheimen haben, wie sie zur Sauberkeit und Ordnung erzogen werden, da dies zur Bedingung der Aufnahme der Kinder gestellt wird. Von der Schule und der Lehrerin, die regelmäßige Unterhaltungen mit jeder Mutter führt, weht ein menschlich bildender sozialer Einfluß durch das ganze Haus. Die außerordentlichen Vorzüge der Gemeinschaftserziehung treten bei den Schilderungen der Verfasserin wieder lebhaft hervor. Wie wäre es selbst bei den vorzüglichsten Eigenschaften und Fähigkeiten der Mutter möglich im Haus der Eltern dem Kinde zu bieten, was ihm hier geboten wird? Wie wäre es möglich ohne fachgemäße Ausbildung auch nur zu wissen, wo der Hebel anzusetzen ist? Wenn es gelingen sollte etwas Ähnliches allgemein zu schaffen, dann könnten die Mütter ruhig Berufsarbeit leisten; für die Gesellschaft erwüchse aus der Ablösung der häuslichen Erziehung auch für die Vorschulpflichtigen wirklich nur Gutes.

× **Kurze Chronik** Der Senat von Californien nahm im Mai einstimmig eine Resolution an, die sich äußerst günstig über das Frauenstimmrecht ausspricht. Sie sagt unter anderm: »Die Einführung des Frauenwahlrechts in Californien gehört zu den wichtigsten Faktoren, die zu den ausgesprochenen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Fortschritten unseres Volkes in den letzten Jahren beigetragen haben. . . Jede herabsetzende Behauptung . . . wird durch die anerkannte Intelligenz und scharfe Urteilsfähigkeit widerlegt, die die Wählerinnen bei der Entscheidung über die großen politischen und wirtschaftlichen Fragen des Tages bekundet haben.« Selbst nach Abzug der in Amerika üblichen Schmeicheleien für das weibliche Geschlecht wird von diesem Urteil doch noch ein wenig Ernstgemeintes übrigbleiben. × Am 19. Juni erlangten nun auch die isländischen Frauen mit der Annahme des neuen Grundgesetzes die volle politische Gleichberechtigung, nachdem sie

die kommunalen Rechte schon längere Zeit besessen hatten. × In Schweden fanden am 27. Juni im ganzen Land Frauenfriedensversammlungen statt. Zu den Veranstalterinnen gehörten auch Selma Lagerlöf und Ellen Key. × Im Nationalen Frauendienst in Berlin arbeiteten nach einer kürzlich von der Zentrale herausgegebenen Gesamtübersicht von Beginn des Kriegs an etwa 1000 bis 1400 freiwillige Helferinnen. Der Bericht sagt: »Das alles ergibt, durch Monate durchgeführt, ein Arbeitsmaß, das einer anstrengenden Berufstätigkeit gleichkommt, ja sie überbietet, wenn man bedenkt, daß diese Arbeitsstunden sich vielfach in nicht ganz zureichenden Bureauräumen mit einem Andrang von Hunderten von Menschen täglich abspielen.« × Unter dem Vorsitz von Elisabeth Lange in Breslau wurde kürzlich ein Bund für Frauen dienstp flicht gegründet. Nach den Satzungen soll »die Frauendienstpflicht allen jungen Mädchen in Deutschland eine gründliche Ausbildung in Haushalt, Kinderpflege, Krankenfürsorge... geben und für deutsche Frauenkraft, die nicht der Familie und dem Erwerbdienst, ein reiches Arbeitsfeld zum Nutzen des Vaterlandes schaffen«. × In den Zentralauschuß für Frauenbeschäftigung, eine Körperschaft für Kriegs fürsorge, berief die englische Regierung 5 Vertreterinnen der organisierten Arbeiterschaft, unter anderen die Genossin Dr. Phillips. × Eine Heimarbeiter schutz konferenz unter Beteiligung von Vertretern der verschiedensten Gewerkschaftsrichtungen und sozialer Gesellschaften fand am 3. August in Berlin statt. Es wurde gefordert, daß von den Bestimmungen des Hausarbeitsgesetzes ein umfassenderer Gebrauch gemacht wird. Ferner wurde die Frage der Heimarbeitslöhne bei öffentlichen Lieferungen erörtert. Man wandte sich gegen die Ausgabe der Arbeit durch zahlreiche Zwischenunternehmer, die die Bemühungen der Militärbehörden für ausreichende Entlohnung der Arbeiter zunichte machen. Man verlangte auch die Ausdehnung des Lohnschutzes auf die nicht bestellte, aber gekaufte Ware, die zum Beispiel in der Tabakindustrie von großer Bedeutung wäre, da die Heeresverwaltung dort die Ware stets fertig kauft. Zur Ausarbeitung und weitem Vertretung der beschlossenen Forderungen wurde eine 6gliedrige Kommission gewählt.

×

×

Literatur

Im 2. Heft der Schriften der Zentralstelle für volkstümliches Büchereiwesen /Leipzig, Thomas/ spricht, wie bereits in der Rubrik Geistige Bewegung (1915, 2. Band, pag. 921) mitgeteilt wurde, die Leiterin der Leipziger Fachschule für Bibliothektechnik Elise Hofmann-Bosse über die Frau im Dienst der volkstümlichen Bibliothek. Das Schriftchen behandelt zunächst die Aufgaben und die Arbeitsweise der volkstümlichen Bibliotheken und erörtert dann Ausbildungs-, Anstellungs- und Gehaltsverhältnisse des Berufs der Bibliothekarin in solchen Bibliotheken. Die Verfasserin meint, daß wohl die Frau verschiedene wertvolle Begabungen gerade für diesen Beruf mitzubringen pflege, »daß aber auch viele Aspirantinnen glauben mit dem allgemeinen Wunsch »sozial zu helfen« oder »volks-erzieherisch tätig zu sein« sei schon genug geleistet, während es sich doch zugleich um eine ganze Menge fachlicher und bureautechnischer Kenntnisse handle. × Als Lehr- und Lernheft für Schule und Praxis gab der Teubnersche Verlag ein Heftchen Verkaufskunde, von Wilhelm Heering und Elfriede Steuer verfaßt, heraus, das die praktische Lehre der kaufmännischen Schulen unterstützen soll. Es ist ein in absichtlich einfachem und naivem Ton gehaltenes Merkbüchlein, das angibt, wie sich die Verkäuferin dem Geschäft und der Kundschaft gegenüber zu verhalten habe. Seinem Zweck und dem Schülerinnenkreis, für den es bestimmt ist, ist es gut angepaßt. × Mit dithyrambischen Worten feiert in den Volksschriften zum großen Krieg /Berlin, Verlag des Evangelischen Bundes/ Rektor Völker die deutsche Mutter in unserer Zeit. Das Schriftchen soll wohl weniger eine Darstellung der Wirklichkeit geben als eine Art Predigt- oder Erbauungsbüchlein vorstellen. Als solches darf man es für die Kreise, an die es sich wendet, gelten lassen.

WISSENSCHAFT

Philosophie / Raphael Seligmann

Geistesentwicklung Das Befreiungswerk der Philosophie nennt sich ein kleines Büchlein, das im Verlag des Sozialistischen Bundes in Berlin erschienen ist und eine Antrittsvorlesung Wladimir Solowjews, die dieser Denker seinerzeit an der Petersburger Universität gehalten hat,

dem deutschen Publikum bietet. Solowjew ist in Deutschland bisher wenig bekannt geworden. Eine seiner Schriften, Judentum und Christentum, hat E. Keuchel (der auch die vorliegende Abhandlung übersetzt hat) im Jahr 1911 im Verlag der Dresdner Druckindustrie herausgegeben und mit einer Einleitung über Solowjews Persönlichkeit versehen. Dann hat im Jahr 1914 der verdienstvolle Verlag Eugen Diederichs in Jena, der den Deutschen schon manche tiefen Geister des Auslands nahegebracht hat, eine deutsche Ausgabe ausgewählter Werke Solowjews veranstaltet; von den 3 Bänden, die sie umfassen soll, ist leider bis jetzt nur einer erschienen, doch läßt hoffentlich die Fortsetzung dieses Unternehmens, die wohl wegen des Krieges einstweilen unterblieben ist, nicht mehr lange auf sich warten. Man wird, wenn dieses Werk abgeschlossen vorliegt, sich ausführlicher damit zu beschäftigen haben.

In der genannten kleinen Studie nimmt Solowjew, ohne sich im geringsten um die vielumstrittene Frage zu kümmern, worin denn eigentlich der Gegenstand und die Aufgabe der Philosophie bestehe, das philosophische Forschen als ein historisch gegebenes Faktum hin, das doch gewiß in der Geistesgeschichte der Menschheit eine bestimmte Rolle gespielt haben mußte und das nun auf seinen Wert für die Kultur geprüft werden soll. Die Frage, die ihn in seiner Abhandlung einzig und allein in Anspruch nimmt, ist die nach der Bedeutung der Philosophie für das alltägliche praktische Leben, nach dem faktischen Anteil der metaphysischen Spekulationen an den empirischen Leistungen der Menschheit. Nicht, was Philosophie ihrem innern Wesen nach ist, interessiert hier unsern Verfasser, sondern was die Philosophie für den Menschen getan, welche tatsächlichen Erfolge sie gezeitigt und welche greifbaren Spuren sie in der geschichtlichen Wirklichkeit hinterlassen hat. Mit Recht fragt der Verfasser, ob denn die Philosophie nur dazu da ist, um als Lieblingsbeschäftigung für einzelne zu dienen, oder ob sie, wie Kunst und Wissenschaft, außer ihrem rein theoretischen Wert an sich, auch für das Gros der Menschen in praktischer Hinsicht etwas bedeutet. Indem nun der Verfasser die verschiedenen Etappen der Geistesentwicklung der Menschheit von Indien bis auf die modernen Zeitalter durchläuft, sucht er den Nachweis zu liefern, daß es der Philosophie

beschieden war den menschlichen Geist aus seiner Befangenheit in der äußern Natur zu befreien und auf sich selbst zu stellen, und er findet auf diese Weise, daß die philosophischen Spekulationen eine der wichtigsten Aufgaben in der Geschichte vollbrachten.

Solowjew beginnt mit der altindischen Kultur, die bei all ihrer unbestreitbaren geistigen Höhe durch ihre Institutionen wohl am meisten die menschliche Persönlichkeit in ihrer Freiheit eingeschränkt und unterdrückt hat. Das Kastenwesen stellte nur den sozialen Ausdruck der altindischen religiösen Anschauungen dar, die die Persönlichkeit in das Naturganze restlos versenkten. Und da erwies sich die philosophische Reflexion als eine wahre Erlöserin. Denn »in diesem Lande der Sklaverei und Absonderung verkünden ein paar einsame Denker das neue unerhörte Wort »Alles ist eins!« . . .

Durch dies Wort wurde die religiöse und soziale Sklaverei in ihren Grundfesten erschüttert, jegliche Unfreiheit und Absonderung vernichtet. Denn wenn alles eins ist, wenn ich beim Anblick eines jeden lebenden Wesens sagen muß: das bist du selber (»Tat twam asi«), wo bleibt dann die Einteilung der Menschen in Kasten, was ist dann für ein Unterschied zwischen einem Brahminen und einem Tschandalen?« Im Buddhismus gewann diese Idee ihre praktische Verwirklichung. »Der Buddhismus hat zuerst die Würde des Menschen, den absoluten Wert der menschlichen Persönlichkeit verkündet: darin liegt seine welthistorische Bedeutung.« Der Verfasser geht dann zum griechischen Kulturtypus über, der den Gedanken von der menschlichen Person wemöglich noch reiner gestaltete. Denn bei all dem hohen Wert, den der Buddhismus der menschlichen Persönlichkeit beimaß, konnte er sich doch von der Suggestion der äußern Natürlichkeit nicht ganz losmachen. Trotz aller innern Freiheit blieb ihm doch der natürliche Faktor das einzig Maßgebende, und da ihm die Natur alles war, so fand er für die Befreiung der menschlichen Persönlichkeit keinen andern Ausweg als eben deren Versinken ins Nichts, in das Nirwana. Ganz anders die Griechen, die zuerst den Versuch machten den Kern des menschlichen Selbst aus der Natürlichkeit herauszuschälen, ein Versuch, der bereits in der Sophistik deutlich hervortritt. »Das Wesen der Sophistik besteht in der Verneinung jeglichen äußern Seins und der damit

verbundenen Anerkennung der vorherrschenden Bedeutung der menschlichen Persönlichkeit. Im Hinblick auf die vorhergehenden Philosophen, die das absolute Sein außerhalb des Menschen suchten, beweist der Sophist Gorgias, daß solch ein Sein überhaupt nicht existiert, daß, wenn es existieren sollte, wir von ihm keine Kenntnis gewinnen könnten; mit anderen Worten: der Mensch kann nur in sich die Wahrheit finden, was auch von einem andern Sophisten, Protagoras, gelehrt worden ist.« Aber erst Sokrates war es, der es zuerst versuchte dem diesermaßen befreiten menschlichen Ich einen positiven Inhalt zu geben. Denn wenn den Sophisten die Ehre gebührt das menschliche Ich entdeckt zu haben, so ließen sie doch die Frage im Unbestimmten, worin denn eigentlich dieses Ich bestehe. Sokrates nun gab diesem Ich in dem Begriff einen bestimmten Gehalt. Sein Schüler Plato baute diesen Gehalt zu einer selbständigen, für sich seienden Wesenheit aus. Es ist nämlich nicht ganz richtig, wenn Solowjew von Sokrates sagt, daß dieser bloß das Vorhandensein eines idealen Prinzips konstatierte, ohne aufzuzeigen, worin es bestünde, während doch Sokrates in der Tat diesem idealen Prinzip durch die Konzeption des Begriffs greifbare Gestalt verlieh. Freilich hat Plato dann diesen von Sokrates übernommenen Begriff verabsolutiert und zu einer selbständigen, über aller Materie schwebenden Potenz hypostasiert. Von Plato geht Solowjew unvermittelt zum Christentum über. Unserm Philosophen zufolge brachte das Christentum die gegenseitige Durchdringung von materiellem und geistigem Prinzip durch die Vorstellung des Gottmenschen zustande, worin er einen gewaltigen Fortschritt über Plato hinaus erblickt, der den Geist von der Materie gewaltsam losriß und in eine, jedem vergänglichen Wesen unerreichbare Sphäre erhob. Allein das kirchliche Christentum hat eben durch seine Organisation in der Folge das geistige Prinzip wiederum so materialisiert, daß es seine, durch so schwere Kämpfe errungene Unabhängigkeit und Selbständigkeit fast gänzlich einbüßte. Die großen Umwälzungen im 15. und 16. Jahrhundert, das Erwachen der Mystik, und ganz besonders die religiöse Reformation, die die Grundfesten der katholischen Kirche ins Wanken brachte, gaben dem Geist seine Freiheit wieder und verhalfen ihm zu seinem Recht. Die große franzö-

sische Revolution vollendete diese Befreiung des Geistes, und in der deutschen Philosophie seit dem Auftreten Kants feierte diese ihren höchsten Triumph.

So weit der Verfasser, der die stufenweise Verselbständigung des geistigen Prinzips an den verschiedenen Etappen der kulturellen Entwicklung der gesamten Menschheit in knappen, aber sicheren Strichen nachzuweisen sucht, indem er uns eine rasche Übersicht über die Hauptmomente der orientalischen wie der abendländischen geistigen Bewegung mit geschickter Hand entwirft. Man wird diesem im großen und ganzen sehr gelungenen historischen Schema seine Anerkennung, ja Bewunderung nicht versagen können. Aber ein Schema bleibt es immerhin, und alle die Mängel, die dem Schematischen überhaupt anhaften, bleiben auch ihm nicht erspart. Bevor wir aber diese ins Auge fassen, sei auf einen Umstand hingewiesen, der Solowjew entgangen zu sein scheint, und dessen Ausbleiben in den Ausführungen unseres Philosophen nicht wenig befremden muß. Der Verfasser geht hier in seiner Darlegung zum Christentum über, ohne mit einem einzigen Wort das Judentum erwähnt zu haben (was um so erstaunlicher ist, als ihm das Judentum, dem er doch, wie oben erwähnt, eine besondere Schrift gewidmet hat, naheliegen sollte). Und doch hat das Judentum, das jedenfalls dem christlichen Gedanken die Richtung vorzeichnete, in der Geschichte der Befreiung des menschlichen Geistes die wichtigste und entscheidendste Rolle gespielt. Wenn es je in der antiken Welt Tendenzen gegeben hat, die mächtig dazu beitrugen den menschlichen Geist aus seiner Befangenheit in dem Naturganzen zu erlösen, so sind es sicherlich die dem Judentum innewohnenden gewesen; denn dieses hat zu allererst die menschliche Natur als solche in den Brennpunkt des Bewußtseins gerückt, während das Inder- und Hellenentum noch immer am Äußern haften blieben. Die Inder haben die Wesenseinheit aller Menschen, die Griechen den Intellekt, die alten Hebräer aber den Willen entdeckt, indem sie im Gegensatz zu den Hellenen nicht sowohl den Menschen als Maß aller Dinge als vielmehr den Menschen als Bewerter aller Dinge in den Vordergrund des Interesses stellten, oder mit anderen Worten, indem sie nicht sowohl dem Subjekt des Erkennens als vielmehr dem des Beurteilens und Bewer-

tens ihre volle Aufmerksamkeit zuwenden, wodurch sie dem menschlichen Geist den sichersten und festesten Halt gaben. Kehren wir indessen zu dem, von unserm Philosophen aufgestellten historischen Schema zurück.

Den Ausführungen Solowjews liegt offensichtlich die Annahme zugrunde, daß dem menschlichen Geist die kulturhistorisch nachweisbare Tendenz innewohne in dem Werdegang der menschlichen Geistesentwicklung sich zu immer reineren, freieren und selbständigeren Formen emporzuarbeiten. Solowjew befolgt hierin eine wesentlich Hegelsche Methode, und alles, was sich gegen diese sagen läßt, kann auch auf seine Ausführungen Anwendung finden. Der menschliche Geist besitzt gewiß eine tiefverborgene Tendenz sich immer mehr zu sammeln und zu konzentrieren, um dem Lauf der äußeren Geschehnisse seine eigenen Imperative immer schärfer entgegenzusetzen. Nichtsdestoweniger wäre es falsch die Dinge so darzustellen, als wäre die ganze Geschichte der menschlichen Geistesentwicklung nichts weiter als die in Erscheinung tretende Entfaltung dieses geheimen Triebes, und als ließe sich in jeder zeitlich uns näherliegenden Etappe dieser Entwicklung gleich auch die entsprechende höhere geistige Form nachweisen. In der Tat gibt die geschichtliche Wirklichkeit ganz und gar nicht dieses klare und einfache Bild eines immer höher steigenden und sich immer reiner gestaltenden Geistes, das der Verfasser aus seiner Vogelperspektive vor unseren Augen entwirft. Der Geist steigt nicht immer höher und höher sondern macht seine Perioden tiefsten Verfalls und tiefster Erniedrigung durch, um freilich im geeigneten Moment wieder zu erwachen. Die einander ablösenden Phasen des kulturhistorischen Prozesses zeigen uns keineswegs diese rührende Harmonie zwischen der jeweilig erreichten Phase und dem ihr entsprechenden geistigen Zustand der Menschheit, sondern die Er rungenschaften, die der Geist einmal im Bereich der Selbstbefreiung gemacht hat, gehen oft durch Epochen geistigen Niedergangs teilweise verloren. Es ist nicht so, als ob beispielsweise die Hellenen die innere Befreiung in stetigem Fortschreiten bis zu einem gewissen Punkt führten, um sie dann dem Christentum zum Weiterführen zu übergeben, sondern wir haben in der griechischen Kulturgeschichte selber Perioden des Aufstiegs und Abstiegs zu verzeichnen. Es ist

nicht so, als ob seit der Reformation und der französischen Revolution die Selbstbefreiung des Geistes sich immer vollendeter gestaltete, sondern seit der Mitte des 19. Jahrhunderts erlitt diese Befreiung einen furchtbaren Rückschlag, der den persönlichen-geistigen Kern vollständig zu erdrücken drohte, und wir müssen nach den ältesten Perioden der Weltgeschichte Umschau halten, um dort ein Analogon zu dieser geistigen Versklavung zu finden, die seit dem Aufkommen des Darwinismus (diesen natürlich nur als philosophisches, nicht als biologisches System verstanden) über die europäische Menschheit gekommen ist und die in den sogenannten Monismus unserer Zeit ausgelaufen ist. War denn je der Geist eines Inders oder Griechen in der Äußerlichkeit der Natur so befangen, wie der Mensch der modernen Zeit, dem die Tatsache und der äußere Erfolg über alles gehen?

Der Fehler dieser ganzen Geschichtskonstruktion liegt eben in ihrer Methode, die vermeint die Entwicklung des Geistes ganz für sich behandeln zu können, ohne ihn in seinem Verbunden sein mit materiellen Interessen zu betrachten. Daher entspricht es auch nicht der Wahrheit, wenn Solowjew die Philosophie als die beständige Befreierin des Geistes hinstellt. Die Philosophie strebte nicht immer die Befreiung des Geistes an und diente nicht immer seinen Interessen; allzu oft erwies sie sich auch als die Wortführerin der äußern Gewalt. Dieser Umstand dürfte wohl am meisten dazu beigetragen haben die Philosophie in Mißkredit zu bringen und ihren Einfluß auf ein Minimum zu beschränken.

×
Kurze Chronik Die Berliner Akademie der Wissenschaften hat den Philosophieprofessor an der Universität München Dr. Clemens Bäumker zum korrespondierenden Mitglied gewählt. Bäumker gibt mit Hertling zusammen die Beiträge zur Geschichte der Philosophie des Mittelalters heraus. Sein bedeutendstes Werk betitelt sich Das Problem der Materie in der griechischen Philosophie.
 × Der Privatdozent an der Leipziger Universität Dr. Adolf Sieverts ist zum außerordentlichen Professor dort ernannt worden. × Der Gymnasialprofessor Dr. Antonin Prandtl habilitierte sich für Philosophie an der Universität Würzburg.
 ×

Literatur Die philosophische Literatur der letzten Monate bringt uns ein lehrreiches und gehaltvolles Werk: Paul Deussen's Allgemeine Geschichte der Philosophie mit besonderer Berücksichtigung der Religionen /Leipzig, Brockhaus/. Deussen, dessen große Verdienste auf dem Gebiet der Religionsgeschichte bekannt sind, bietet in dem vorliegenden Band, der von der Philosophie des Mittelalters handelt, eine klare und bündige Darlegung der christlichen Spekulationen, indem er zugleich an der Hand geschichtlicher Daten ihre griechischen und jüdischen Wurzeln aufzudecken sucht. Er leitet sein Buch mit einer knappen und präzisen Schilderung der geistigen Situation der antiken Welt ein, geht dann zu der Philosophie der Patristik über, nimmt die verschiedenen Perioden der Scholastik durch, von ihrer Hochblüte bis zu ihrem Zusammenbruch, schiebt dazwischen eine kurze Übersicht über die Philosophie der Araber und Juden im Mittelalter und läßt schließlich seine Darlegungen in die Anfänge der sogenannten neuern Philosophie, bei Giordano Bruno, Jakob Böhme und Baco von Verulam ausmünden. Das Werk sei der Aufmerksamkeit aller philosophisch interessierten Leser aufs dringlichste empfohlen.

Biologie / Adolf Koelsch

Ule † Der Botaniker Ernst Ule, der am 15. Juli, 61 Jahre alt, in Berlin-Lichterfelde gestorben ist, war kein mit akademischen Bürden beladener Mann, nicht einmal ein im eigentlichen Sinn des Wortes Studierter. Denn statt eine Schulbank zu drücken, hatte er sich dem Gärtnerberuf zugewandt und war, seiner Abenteuerlust folgend, schließlich nach Brasilien ausgewandert, um im Umherziehen in Urwäldern und Sümpfen das Gewerbe eines Naturforschers im Sinn der alten großen Tierbeobachter und Pflanzensammler auszuüben. Er wurde dabei bald so berühmt, daß ihn die brasilianische Regierung zum Direktor des naturhistorischen Museums in Rio de Janeiro ernannte. Aber nach kurzer Zeit gab er die Stelle auf, um sich wieder in die Urwälder am Amazonasstrom zurückzuziehen und sich mit besonderer Sorgfalt teils dem Studium der südamerikanischen Kautschukpflanzen teils der Erforschung des Lebens der baumlebenden

Blattschneider- und Pilzzüchterameisen zuzuwenden. Auf beiden Gebieten hat er Hervorragendes geleistet. Er wurde Sachverständiger in Kautschukangelegenheiten und hat als solcher im Auftrag kaufmännischer Interessenten weite Reisen in vollständig unerforschte Gebiete Brasiliens, Ecuadors und Bolivias gemacht, hat zahlreiche neue Pflanzenarten entdeckt und beschrieben, ist dazwischen immer wieder zu seinen Ameisenstudien zurückgekehrt und hat ihre Ertragnisse schließlich in einem bei Gustav Fischer in Jena veröffentlichten Buch zusammengefaßt, dessen Titel ich leider vollkommen vergessen habe. Vor wenigen Jahren ist er nach Deutschland zurückgekehrt.

× Vitamine Seit Jahr und Tag hat die Physiologie uns gelehrt, daß Eiweißkörper, Fette, Stärkestoffe und ihre Abkömmlinge, Salze, Wasser und organische Säuren, zur Bestreitung der Lebensansprüche von Mensch und Tier ausreichend seien. Andererseits hat man immer wieder Fälle beobachtet, in denen es zu schweren, nicht selten tödlichen Ernährungsstörungen kam, obgleich alle diese Stoffe nicht nur in genügender Menge und richtiger Mischung sondern auch in allerbesten Qualität vorgesetzt wurden. Der Organismus reagierte auf die zuge-setzte Nahrung wie auf ein schleichendes Gift.

Ein solcher Fall lag vor bei der Beriberikrankheit. Seit langem aus den Ländern bekannt, wo Reis die Hauptnahrung bildet, äußert sie sich in ihren leichten Stadien in nervösen Störungen, die den Kranken im Gehen und Stehen unsicher machen. Fortgeschrittener führt sie zu lästigen Schwindelanfällen, Abmagerung, Knochenverkümmern, Gliedmaßenlähmungen, Funktionsstörungen im Bereich der inneren Drüsen, Wassersucht und schließlich zum Tod oder zu chronischem körperlichen und geistigen Siechtum.

Seit ungefähr Mitte der achtziger Jahre wußte man, daß es sich um eine Stoffwechselkrankheit handelt, deren Ursache die ausschließliche Ernährung mit Reis ist. Wurden nämlich (japanische Marineärzte kamen zuerst dahinter) zu dem Reis, der alle lebensnotwendigen Stoffe in genügender Menge enthält, als Zukost noch etwas Fleisch oder grüne Gemüse gegeben, so kam die Krankheit in kurzem zum Schwinden. Man fand auch bald, daß es ausschließlich der geschälte Reis ist, der das Übel

verursacht. Denn in Gegenden, wo die Einwohner ihren Reis mitsamt der Kleie essen, kam die Krankheit nirgends vor. Wo man jedoch den Reis vor dem Gebrauch (nach alter Sitte mit Lederriemen, nach neuerer mit Maschinen) glänzend polierte, teils um ihn ansehnlicher zu machen, teils um die Kleie als Viehfuttermittel zu verkaufen, war Beriberi eingebürgert. Woraus sich die Vermutung ergab, daß man das Fruchtkorn durch Entfernung der Kleiehülsen gewisser Substanzen beraube, die der Mensch nicht entbehren kann.

Wie sehr man mit dieser Vermutung das Rechte getroffen hatte, bewies der Versuch: erkrankte Personen, denen man die Polierabfälle unter die geschälten Reiskörner mischte, begannen zu gesunden; Tiere, vornehmlich Hühner und Tauben, ausschließlich mit poliertem Reis gefüttert, wurden genau so schwer beriberikrank wie der Mensch, erholten sich indessen schnell bei bloßem Zusatz der Kleiehülsen.

So weit war die Einsicht in das Wesen der Krankheit bereits von dem Utrechter Hygieniker Eykmann gefördert worden, als Casimir Funk, ein englischer Arzt und Tropenreisender, die Beobachtung machte, daß man beriberikrankes Geflügel schon durch Zusatz einiger Maiskörner zur Reinsnahrung wieder auf den Weg der Besserung bringen und durch vervollkommnere Diät, bei der Fleisch, Salatblätter usw. gereicht wurden, wieder vollkommen heilen kann. Der zur Gesundung führende Stoff mußte somit (außer in der Reiskleie) auch in vielen anderen Nahrungskörpern vorkommen, eine Schlußfolgerung, für deren Richtigkeit der praktische Beweis ja schon längst durch die Diätikuren der japanischen Ärzte geliefert war. Funk, im Besitz dieser Erfahrungen, faßte den Mut den rätselhaften Substanzen, von deren Mitwirkung oder Fehlen beim Stoffwechselprozeß so viel für Mensch und Tier abhängt, nun aber selbst zu Leibe zu rücken. Er bildete sich zum Chemiker aus und nach langjährigen, ebenso kostspieligen wie mühsamen Versuchen gelang es ihm endlich aus Reiskleie die gesuchte Substanz in winzigen Mengen, aber in reiner Form herzustellen. 4 bis 5 Milligramm davon, einer todkranken Taube in die Blutbahn gespritzt, bewirkten die vollkommene Gesundung des Tieres. Die erhaltene Substanz war chemisch nicht näher bestimmbar, nur so viel konnte erwiesen werden, daß sie ein zu den Aminen gehöriger Stoff von

Eiweißnatur ist. Funk nannte sie Vitamin, um anzudeuten, daß Mensch und Tier sie zum Leben notwendig gebrauchen.

Von Funk und anderen ist seitdem auf diesem Gebiet rührig weitergearbeitet worden. Es konnte gezeigt werden, daß Stoffe von Vitaminnatur in Milch, Eidotter, Fleisch, Hülsenfrüchten, Hirse-, Gersten-, Weizen- und Haferkleie vorhanden sind, daß sie aber ihre volle Wirksamkeit nur im frischen Zustand der betreffenden Nahrungsmittel entfalten. Dörren, Konservieren und langes Lagern der Speisestoffe drückt die Lebensfähigkeit der Vitamine herab, Erhitzung der Rohprodukte auf 130° und darüber scheint sie vollständig zu töten. Neueste Untersuchungen von Houssay und Tasawa, die Funk in seinem zusammenfassenden Buch Die Vitamine /Wiesbaden, Bergmann/ noch nicht verwerten konnte, bestätigen: denn auch, daß Tauben und Hühner einseitige Ernährung mit Trockenfrüchten, Brot oder ausgekochtem Fleisch schwer büßen müssen. Sie sind unrettbar dem Tod verfallen, während Zusatz von Nebenspeisen (Eigelb, Kartoffeln, Bohnen) ihnen rasch wieder aufhilft. Es ist zu erwarten, daß die Vitamine ihre Bedeutung auch noch bei anderen Gelegenheiten erweisen und uns gelegentlich wieder beschäftigen werden.

×
Läuse

×
Sie haben auf dem östlichen Kriegsschauplatz den Soldaten viel zu schaffen gemacht, und erst recht mit bösem Blick ruht das Auge des Hygienikers auf ihnen, seit sie sich als Überträger des gefürchteten Flecktyphus erwiesen haben. Bluttrüchtig, verabscheut und verrufen, noch mehr als sie es schon immer waren, bewegen sie sich am Rand unserer täglichen Kriegererlebnisse dahin und werden mit all dem Odium, das sie in diesen schweren Zeiten auf sich geladen haben, auch in die Geschichte eintreten. Das soll uns aber nicht von dem Zugeständnis abhalten, daß sie biologisch überaus interessante Geschöpfe sind, die just in dem Augenblick, wo sie die Verachtung der ganzen zivilisierten Welt auf sich gezogen haben, vom Stammesgeschichtsforscher zur Preisgabe eines neuen Geheimnisses gezwungen und dabei als sehr zuverlässige Wegweiser der natürlichen Verwandtschaftsverhältnisse ihrer Wirtstiere erkannt worden sind. Schon Darwin hatte darauf aufmerksam gemacht, daß die auf den verschiedenen

Säugetierarten schmarotzenden Läuseformen bei näherer Untersuchung vielleicht wichtige Schlüsse auf die verwandtschaftlichen Beziehungen ihrer Träger ermöglichen könnten. Wie der Straßburger Anthropologe, Professor G. Schwalbe, in einer kürzlich veröffentlichten Abhandlung der Zeitschrift für Morphologie und Anthropologie bemerkt, hat sich bereits der Engländer Kellog Darwins Anregung zunutze gemacht und eine Menge Vögel und Säugetiere auf die Beschaffenheit ihrer Läuse hin angesehen. Er fand, daß in der Tat die Haibaffen und Neuweltaffen, die niedrigsten Vierhänderformen, einheitlich durch Läuse charakterisiert sind, die von Haaren und Hautschuppen leben, Formen, die auch bei den Vögeln sehr verbreitet sind; echte blut-saugende Läuse fehlen dagegen diesen Affenabteilungen ebenso wie dem Feder-vieh. Sie treten erst bei den höher-stehenden Ostaffen der alten Welt auf, und zwar in einer Gattung, für die nun abermals bezeichnend ist, daß sie weder beim Menschen noch bei Menschenaffen vorkommt. Hingegen sind die Menschenaffen von der selben Gattung bewohnt wie der Mensch, wobei sich die Verhältnisse allerdings so gestalten, daß jede Menschenaffenart ihre eigene Lausart zu haben scheint und auch der Mensch von einer Form bewohnt wird, die sich abermals deutlich als besondere Art von den Menschenaffenläusen ab-scheidet. Die von Darwin vermutete Formenzersplitterung wäre somit fak-tisch vorhanden. Nach einer neuen Ar-beit von Fahrenholz (Hannover), die gleichfalls in der oben schon er-wähnten Zeitschrift abgedruckt ist, würde die Zersplitterung der Menschen-läuse aber noch weitergehen, und zwar würde die Varietätenbildung dieser Tiere genau nach Menschenrassen erfolgen, so daß Weiße, Gelbe und Neger sich nicht nur durch die allbe-kannten Merkmale ihres Körperbaus und ihrer Blutzusammensetzung von einander unterscheiden sondern auch durch ihre Läuse. Die Kopf- und Klei-derlaus des Europäers ist anders ge-baut und gefärbt als die des Japaners, die des Japaners ist anders gebaut und gefärbt als die des Negers. Man wird, da Fahrenholz vorläufig nur mit spär-lichem Material arbeiten konnte, die Sache weiter zu verfolgen haben; doch scheint heute schon festzustehen, daß verwandte Formen von Wirten auch von verwandten Formen von Läusen be-siedelt werden. Natürliche Blutsver-

wandtschaft erhielt somit einen neuen sichtbaren Exponenten in der Be-schaffenheit der Hauptparasiten.

× Kurze Chronik Auf dem östlichen Schlachtfeld, wo er als Arzt tätig war, ist Dr. Hans Piper, außerordentlicher Professor der Physiologie an der Universität Ber-
lin, im Alter von 38 Jahren gefallen. In Altona geboren, ein Schüler von Engel-mann in Berlin und Hensen in Kiel, hatte er sich hier 1905 habilitiert und war 1908 als Abteilungsvorsteher ans Physiologische Institut Berlin berufen worden. Der junge Gelehrte hatte sich durch seine sorgfältigen Arbeiten auf dem Gebiet der physiologischen Optik und Akustik beizeiten einen guten Na-men geschaffen. Zuletzt arbeitete er mit Erfolg an einer allgemeinen Phy-siologie des bewegten und im Starr-krampf liegenden Muskels. Wir ver-danken ihm auch eine schöne Abhand-lung über die Beziehungen zwischen Sinnesphysiologie und Psychologie. Piper war Mitherausgeber des Physiolo-gischen Zentralblatts. × Im jugend-lichen Alter von 25 Jahren ist in Kopen-hagen der dänische Botaniker und Geo-graph B. Raunkjær ganz unerwartet verschieden. In den Jahren 1911 auf 1912 hat er mit dem dänischen Hauptmann Davidsen eine ebenso kühne wie erfolg-reiche Reise durch Zentralarabien aus-geführt, die ihm Vortragseinladungen seitens der geographischen Gesellschaf-ten von London, Berlin, Paris usw. ein-trug und ihm reiche wissenschaftliche Anerkennung brachte. Er hat die Reise in seinem Buch Durch das Land der Wahabiten /Leipzig, Brockhaus/ ge-schildert. × Den Anregungen Professor Dr. Rubners folgend ist in Berlin von der Kaiser Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften ein In-stitut für Arbeitsphysiologie ins Leben gerufen und der Leitung Rub-ners unterstellt worden. Nach der Satzung ist die Förderung der wissen-schaftlichen Erforschung der Physiolo-gie, Pathologie und Hygiene der geisti-gen und körperlichen Arbeit das Ar-beitsziel des neuen Instituts. × Der Forschungsreisende und Ethnologe Pro-fessor Dr. Theodor Koch-Grün-berg, der mehrere berühmte Reisen ins Grenzgebiet von Nordbrasilien und Venezuela unternommen hat, ist als wissenschaftlicher Leiter an das Museum für Völkerkunde in Stuttgart berufen worden. Er gehörte bisher im Ertra-ordinariat dem Lehrkörper der Univer-

sität Freiburg an. X Zum Nachfolger des ans Kaiser Wilhelm-Institut in Berlin-Dahlem berufenen Professors Richard Goldschmidt, dem bisherigen Kustod der zoologisch-anatomischen Staatssammlungen in München, wurde der Assistent Goldschmidts am Münchener Zoologischen Institut, Privatdozent Dr. Paul Buchner, ernannt.

X
Literatur X

In zwei kleinen Schriften Die Flechten Deutschlands und Österreichs als Nahrung und Futtermittel und die Lager von Rentierflechte und ihre Verwertung als Futter /Tübingen, Mohr/ regt C. Jakob an von heimischen Flechten doch mindestens das sogenannte isländische Moos als Nebenverköstigungsmittel in den menschlichen Haushalt zu übernehmen und die Rentierflechte, falls man sie nicht gleichfalls küchenfähig machen will, wenigstens in erhöhtem Maß für die Stallernahrung heranzuziehen. Er betont, daß das isländische Moos in nordischen Ländern seit langem und nicht nur in Hungerzeiten (nach vorausgegangener Entbitterung und Zerpulverung) als Mehlersatzmittel verwendet wird und gibt verschiedene skandinavische Rezepte zur Herstellung von Grützen aus Flechtenpulver an. Für die Rentierflechte sucht er durch den Hinweis auf ihren hohen Nährwert und ihr leichtes Gedeihen Sympathie zu erregen; jener sei 3mal so hoch als bei der Kartoffel (?), und was die Wirtschaftlichkeit des auf feuchten, ohnedies nicht anbaufähigen Heideböden gedeihenden Gewächses angeht, so könnten von einem Quadratkilometer reichlich 20 000 Kilo jährlich geerntet werden. Bei einem Roheinkaufswert von 10 Pfennig für das Kilo sei das eine recht ansehnliche Zinsung. X Unter dem Titel Gepanzerte Ritter legt Dr. Kurt Floericke ein Büchlein vor /Stuttgart, Franckh/, das sich in populärer, gutgeratener Form mit allerhand interessanten Abschnitten aus dem Leben der Süßwasser- und Meerkrebse befaßt, wobei die wirtschaftlich wertvollen Arten den Hauptplatz einnehmen.

Psychologie / Otto Bobertag

Berufseignung Wenn sich das psychologische Interesse den Berufen in ihrer Mannigfaltigkeit und Unterschiedlichkeit zuwendet, so wird es sich zunächst einmal darum handeln festzustellen, welche psychischen Eigenschaften den typischen

Vertretern der einzelnen Berufe zukommen. Mit dieser allgemeinen Fragestellung begnügt sich im großen ganzen die vulgärpsychologische Betrachtungsweise. Für sie ist der Beruf ein Prinzip der Gruppeneinteilung der Menschen, das sie dazu benutzt, um aus der Zugehörigkeit eines Individuums zu einem bestimmten Beruf gewisse Folgerungen charakterologischer Natur zu ziehen, oder um aus der Beobachtung seines Verhaltens, seiner Art zu sprechen und sich zu bewegen, auf seinen Beruf zurückzuschließen. Aber schon die Erfahrungen des Alltagslebens führen bekanntlich dazu in die psychologische Betrachtung der Berufe noch einen andern Gesichtspunkt einzuführen, nämlich den der individuellen Geeignetheit. Man spricht gelegentlich davon, daß jemand zum Beispiel zum Erzieher geboren sei, oder aber, daß er seinen Beruf als Erzieher *verteht* habe. Das Wort Beruf enthält ja auch rein sprachlich schon einen Hinweis darauf, daß die Zugehörigkeit eines Menschen zu einem Beruf eine tiefere psychologische Voraussetzung hat; diese braucht aber nicht unbedingt erfüllt zu sein. Ist jemand von vornherein zu einer bestimmten Tätigkeit *berufen*, so ist er eben durch eine besondere seelische Veranlagung charakterisiert, auch wenn er diese Tätigkeit beruflich nicht ausübt; und jene naive Gruppenpsychologie, nach der Beruf und Charakter zu wechselseitigen Rückschlüssen berechtigen, muß in diesem Fall versagen. Ein solches Versagen kommt nun zwar zweifellos oft genug vor, aber es bildet doch keinen gerügend starken Antrieb die Psychologie der Berufe zu vertiefen und zu erweitern. Auch die eigentlich wissenschaftliche Psychologie war hierzu zunächst nicht befähigt, teils weil sie mit ihren Laboratoriumsmethoden an die komplexen Tatbestände der Berufsausübung nicht herankam, teils weil ihre Vertreter nicht das Bedürfnis föhlichen psychologische Probleme des praktischen Kulturlebens aufzugreifen und mit erst neu zu schaffenden Methoden zu bearbeiten. Bezeichnenderweise geschahen die ersten Schritte in der angedeuteten Richtung von wirtschaftlich interessierter Seite her, und zwar sind hier zunächst zwei Einrichtungen zu nennen, die in Amerika entstanden und im wesentlichen noch auf dieses Land beschränkt sind: die Berufsberatungsbureaus und die wissenschaftliche Betriebsführung; der Bostoner Professor Frank Parsons und der Ingenieur F. W.

Taylor sind die beiden, inzwischen verstorbenen, Urheber jener Einrichtungen. Das Taylorsystem beschäftigt sich allerdings eigentlich nur nebenbei mit der Frage, in welcher Weise die Anpassung der Berufstätigkeit an die seelische Veranlagung des einzelnen zu geschehen habe; seine Hauptabsicht ist ja die Erzielung des Leistungsoptimums auf Grund der Zerlegung des Arbeitsvorgangs in seine Elemente, der Zeitmessung und der daraus folgenden Anleitung der Arbeiter zur »Bewegungersparnis«. Dagegen hat H. Münsterberg in seinem psychologischen Laboratorium an der Harvarduniversität eine Reihe von Experimentaluntersuchungen ausgeführt, die es sich zum ausdrücklichen Ziel setzen das psychologisch Wesentliche an bestimmten wirtschaftlichen Tätigkeiten herauszufinden und dann mit Hilfe entsprechender Experimente eine Auslese unter den Individuen zu treffen, die sich jener Tätigkeit beruflich widmen wollen. Die Versuche Münsterbergs an Straßenbahnschaffnern, Telefonistinnen usw. sind allgemein bekannt geworden. Er hat sie in seinem bereits vor 2 Jahren in dieser Rundschau (1913, 2. Band, pag. 760 f.) besprochenen Buch *Psychologie und Wirtschaftsleben* ausführlich geschildert; in seiner *Psychotechnik*, die im vorigen Jahr erschien, kommt er in kürzerer Darstellung darauf zurück. Ganz neuerdings hat nun C. Piorkowski Beiträge zur psychologischen Methodologie der wirtschaftlichen Berufseignung (11. Beiheft zur Zeitschrift für angewandte Psychologie /Leipzig, J. A. Barth/) veröffentlicht. Er versucht eine Berufseinteilung nach psychologischen Gesichtspunkten zu geben und entwickelt zu diesem Zweck zunächst den Begriff des spezialisierten und des allgemein industriellen Berufs durch Gegenüberstellung der Untersuchungen von Marie Bernays an Spinnern und Webern und derjenigen von H. Hinke an Maschinensetzern. Die hierauf gegründete Berufseinteilung unterscheidet: 1. unqualifizierte Berufe, das heißt solche, die das Vorhandensein spezieller Fähigkeiten nicht erfordern (ungelernte Arbeiter), 2. Berufe, für die bestimmte psychophysische Funktionen notwendig sind, während das allgemeine Intelligenzniveau an Bedeutung zurücktritt (zum Beispiel Textilarbeiter), 3. Berufe, die eine gewisse Höhe der Allgemeinintelligenz voraussetzen, aber noch kein selbständiges, organisierendes und forschendes Denken (zum Beispiel Maschinen-

setzer), 4. Berufe, in denen gerade ein solches selbständiges und schöpferisches Denken die Hauptrolle spielt (Typus des Unternehmers). Bei der *untersten* Klasse kann man von eigentlicher Berufseignung nicht sprechen; hier kommt nur die Rationalisierung des Arbeitsvorgangs selbst in Betracht. Was die sogenannten spezialisierten Berufe und ihre psychologischen Untersuchungsmöglichkeiten betrifft, so scheint es, daß hier namentlich die verschiedenen Aufmerksamkeits- und Reaktionsformen wichtig sind. Piorkowski glaubt auf Grund einer vergleichenden Betrachtung verschiedener industrieller Arbeitsvorgänge 5 Aufmerksamkeitsformen unterscheiden zu müssen: dauernd ziemlich gleichmäßig auf einen Gegenstand gerichtete, oder auf mehrere Gegenstände verteilte, oder zu rhythmischen Schwankungen neigende, oder unrhythmisch schwankende und momentan scharf konzentrierte, oder schließlich rein *fluktuierende* Aufmerksamkeit. Jede dieser Formen läßt sich durch relativ einfache psychologische Experimente feststellen. Unter den Formen der sogenannten Reaktion (der Beantwortung eines Reizes mit einer Bewegung) ist die bekannteste Unterscheidung die der muskulären, auf den Bewegungsimpuls eingestellten, und der sensorialen, auf die Auffassung des Reizes eingestellten Reaktion, ferner der Reaktionen mit Erkennungsakt, Unterscheidungsakt und Wahlakt. Für die Praxis ist wichtig die Frage, ob jemand schnell und sicher, schnell und unsicher, oder langsam, aber sicher reagiert; ferner, wie er sich bei unerwarteten, plötzlichen Reizen verhält. Nicht vernachlässigt darf jedoch der Einfluß der Übung werden, da sich ja einwenden ließe, daß durch genügende Übung jeder jeden psychophysischen Typus in sich ausbilden könne. Die Erfahrung lehrt aber, daß dem Übungseinfluß ziemlich enge Grenzen gesetzt sind; bei starker Ausprägung eines ursprünglichen Typus muß die Überführung in einen andern Typus als unmöglich gelten. Dies gilt auch für zwei besondere Punkte, die nicht unerwähnt bleiben dürfen, nämlich für das Verhalten des Individuums gegenüber der Monotonie sowie beim Zusammenarbeiten mit anderen; in beiden Beziehungen hat man erhebliche individuelle Differenzen beobachtet, die im Interesse der Leistung wie des Leistenden berücksichtigt werden müssen. Was die *mittleren* Berufe betrifft, so

treten hier, wie schon bemerkt, die spezialisierten psychophysischen Anlagen gegenüber der Höhe der Gesamtveranlagung zurück; doch ist natürlich zu bedenken, daß man stets noch mit einer Mehrheit verschiedener Geistesfunktionen zu tun hat, die nicht gerade alle von der selben Bedeutung für die Berufseignung sein werden; ganz abgesehen davon, daß es ja bekanntlich eine mißliche Sache ist einzelne Geistesfunktionen überhaupt scharf von einander zu trennen. Münsterberg hat bereits erkannt, daß hier für die psychologische Untersuchung eine doppelte Möglichkeit besteht, indem man entweder den psychischen Komplex des beruflichen Arbeitsvorgangs durch das Experiment in verkleinertem Maßstab nachbildet, oder indem man jenen Komplex zerlegt und die Teilfaktoren durch gesonderte Experimente prüft. Piorkowski führt in seinem Buch noch zwei Beispiele an: den Beruf des Maschinensetzers und die innerhalb eines Barsortiments vorkommenden Tätigkeiten des Expedienten, Konferierers, Lageristen, Verschreibers usw. Er versucht kurze Analysen der einzelnen Arbeitsweisen und macht einige Vorschläge, wie die individuelle Geeignetheit für sie zu prüfen sei. Beim Maschinensetzer zum Beispiel wird es ankommen auf eine Untersuchung der optischen Wahrnehmung (Manuskriptlesen), der Raumschätzung (Druckzeileneinteilung), der Dauerspannung und Verteilung der Aufmerksamkeit, der Reaktionsgeschwindigkeit auf optische Reize, der Geschicklichkeit der Fingebewegung und besonders auch der Fähigkeit zur Ausbildung von Gesamteindrücken zum Zweck der Übertragung ganzer Worte und Wortfolgen auf die Maschine in einheitlichen Bewegungsakten. Es handelt sich also auch hier ganz überwiegend um psychophysische Einzelfunktionen, und man wird zugeben müssen, daß durch die experimentellpsychologische Prüfung auch in den mittleren Berufen wertvolle Aufschlüsse über die individuelle Berufseignung gewonnen werden können. Wenn dagegen, nach Piorkowskis Meinung, die mittleren Berufe durch das Erfordernis einer gewissen allgemeinen Intelligenzhöhe von den niederen Berufen getrennt sein sollen, so lassen sich offenbar aus diesem gemeinsamen Merkmal keine Untersuchungsmöglichkeiten für eine Differenzierung herleiten. Man könnte daran denken vermittelst einer Intelligenzprüfung eine Auslese unter den Individuen zu treffen, die sich den

mittleren Berufen zuwenden wollen; und eine nachfolgende Spezialprüfung hätte dann über die spezielle Berufseignung zu entscheiden. Allein für die Frage, ob jemand zu einem Beruf taugt, der weniger, oder zu einem, der mehr Intelligenz erfordert, für diese Frage scheint mir eine experimentellpsychologische Untersuchung nicht in Betracht zu kommen. Intelligenzprüfungen lassen sich sehr gut den Zwecken der psychiatrischen Klinik sowie der Schulpraxis dienstbar machen, weil es sich hier um große und eindeutige Unterschiede handelt. An den Ausfall einer Intelligenzprüfung aber eine Entscheidung über das Berufsschicksal eines Menschen knüpfen zu wollen dürfte verfehlt sein. Kein verständiger Psychologe würde eine solche Verantwortung übernehmen mögen. Und wie viele andere Faktoren wirken oft ganz unvermeidlich auf die Berufswahl ein!

Daher erscheint mir das, was Piorkowski über die *höheren* Berufe sagt, im großen ganzen als eine Entgleisung. Er findet das Hauptmerkmal der zu einem höheren Beruf befähigenden Veranlagung nach ihrer intellektuellen Seite kurz gesagt im kombinatorischen Denken, und er glaubt nun, daß man durch Anwendung eines einfachen sogenannten Tests (Bilden von Sätzen, in denen mehrere gegebene Worte vorkommen) einen brauchbaren Hinweis darauf erhalte, ob jemand für einen bestimmten Beruf geeignet sei oder nicht. Es mag sein, daß zwischen der Art, wie jemand einen solchen Test löst (indem er zum Beispiel phantastische oder aber nüchterne Sätze bildet und dergleichen), und dem Beruf, der für ihn paßt, eine gewisse Verwandtschaft besteht. Aber was nützt das? Wenn ein Mensch wirklich zu *etwas Höherem berufen* ist, so wird sich das deutlich genug in seinem natürlichen Wesen ausprägen, und man wird keine künstlichen Experimente mit ihm zu machen brauchen. Fehlt aber jene Ausprägung in seinem Wesen, oder bleibt sie unbeachtet, so wird kein experimentellpsychologisches Ergebnis so überzeugend und eindeutig ausfallen, daß man aus ihm Ratschläge für die Berufswahl herleiten könnte. Alles, was Piorkowski über Vorstellungs-, Gedächtnis-, Denk- und Phantasietypen und deren Bedeutung für die einzelnen Berufe sagt, hält strenger Kritik nicht stand. Denn selbst wenn die experimentellpsychologische Typologie sicherer wäre als sie tatsächlich ist, so wäre doch noch sehr die Frage, wie weit

die Geistestypen, die sich im Experiment bekunden, die selben sind wie diejenigen, die für die erfolgreiche und befriedigende Ausübung der verschiedenen Berufe ausschlaggebend sind. Und liegen denn die Verhältnisse so einfach, daß jedem Beruf eine ganz bestimmte Kombination ganz bestimmter und leicht bestimmbarer Geistestypen zukommt? Sehen wir nicht oft genug, daß Menschen von ganz verschiedenem Typus in dem selben Beruf gleich tüchtig sind? Derartiger Fragen drängen sich einem noch manche auf, wenn man über das hier vorliegende Problem nachdenkt. Ich kann mir wohl denken, daß die Psychologie imstande wäre zur Lösung dieses Problems mancherlei Wertvolles beizutragen. Aber es muß gegenüber solchen Darstellungen wie derjenigen Piorkowskis betont werden, daß sie hiervon noch weit entfernt ist. Manche Psychologen zeigen sich heute allzu bereit Programme für praktische Anwendungen ihrer Wissenschaft aufzustellen; auch Münsterberg ist in diesen Fehler verfallen. Und wenn solche Programme auch das Gute haben mögen, daß sie neue und fruchtbare Arbeitsmöglichkeiten aufzeigen, so sollte ihnen doch immer der Hinweis auf die Schwierigkeiten und die Grenzen angewandt-psychologischer Forschung beigelegt sein.

Als Ergänzung dieser Bemerkungen sei noch auf einen Aufsatz der Zeitschrift für gewerblichen Unterricht hingewiesen, in dem der Ingenieur und Lehrer an der Leipziger Gewerbe- und Maschinenbauschule Alfred Freund die Einrichtung einer allgemeinen Berufsberatung auf wissenschaftlicher Grundlage fordert. Der Verfasser bespricht die Aussichten eines solchen Unternehmens auf Grund der bereits vorliegenden psychologischen Forschungsergebnisse auf dem Gebiet der Berufseignung. Wie mir scheint, beurteilt er diese Resultate und daher auch jene Aussichten etwas zu günstig. Doch seien seine Ausführungen wegen ihres psychologischen wie sozialwissenschaftlichen Interesses an dieser Stelle der Beachtung empfohlen.

× **Kurze Chronik** Der bekannte Berliner Psychologe Professor Dessoir hielt sich im Auftrag des Kriegsministeriums auf dem östlichen Kriegsschauplatz auf, um dort kriegspsychologische Studien zu machen, die Einwirkung von Alter, Rasse usw. auf die Leistungsfähigkeit des Soldaten festzustellen usw. Der

Privatdozent und Assistent am Psychologischen Institut zu Berlin Dr. Rupp begab sich auf den westlichen Kriegsschauplatz, gleichfalls zum Zweck experimentellpsychologischer Untersuchungen. × Der Privatdozent am öffentlichen Vorlesungswesen in Hamburg Dr. Anschütz erhielt einen Ruf als Professor der Psychologie und Pädagogik an die Universität Konstantinopel.

× **Literatur** Die menschliche Intelligenz und ihre Steigerung durch hygienische und therapeutische Maßnahmen / Leipzig, Klinkhardt/ ist der Titel eines ziemlich dickleibigen Werkes von A. Lorand, einem vielgereisten und ungemein belebten Nervenarzt in Karlsbad. Man staunt über die fast erdrückende Fülle von überallher zusammengetragenen historischen, ethnographischen, biographischen, medizinischen und anderen Daten, neben der sich das eigentlich Psychologische, was der Verfasser über die Intelligenz zu sagen weiß, recht dürftig ausnimmt. Die vielerlei Ratschläge und Vorschläge, die dem Leser dargeboten werden, sind zweifellos sehr gut gemeint und zum Teil auch wertvoll; daß sie aber eine wirkliche »Anleitung zum rationalen Denken« ausmachen sollten, beruht wohl auf einer Illusion, die in der menschlichen Geistesgeschichte nicht die erste ihrer Art ist. Der Verfasser betont im Vorwort die Schwierigkeit der Bearbeitung eines Themas, »über das in der ganzen Literatur noch nichts vorlag«, hält aber sein Ziel für erreicht, wenn ihm zugegeben wird, daß sich in seinem Werk »nur ein einziger guter Gedanke befindet«. Dieses zweite mag ihm gern zugegeben werden, jene erste Bemerkung aber gewiß nicht; sie zeigt deutlich, daß die wissenschaftliche Psychologie der Gegenwart für den Verfasser so gut wie gar nicht existiert. Auch diese ist freilich für sich allein nicht imstande mit dem Problem der Intelligenz fertig zu werden, und zwar wegen ihrer einseitigen abstrakt analytischen Tendenz, ihrer Vernachlässigung der psychogenetischen und sozialpsychischen Erscheinungen. Aber eine Betrachtungsweise, die im wesentlichen bei den Fragestellungen aus dem alltäglichen Leben und der ärztlichen Praxis stehenbleibt, ist jenem Problem (das man freilich sehen können muß) erst recht nicht gewachsen. Ein wirklicher Fortschritt wird hier erst möglich sein, wenn die beiden, sagen wir kurz: die theoretische und die

angewandte, Betrachtungsweisen sich vereinigen und durchdringen. Wer also interessantes Material zum Intelligenzproblem kennen zu lernen wünscht, wird Lorands Werk mit Nutzen lesen; wer dagegen psychologisch in das Wesen der Intelligenz tiefer eindringen möchte, wird es unbefriedigt aus der Hand legen.

KUNST

Dichtkunst / Max Hochdorf

Nadel Arno Nadel, der ein Dichter ist, wird durch seine Gedanken von der reinen Anschauung abgelenkt. Die Blume fesselt ihn weniger als ihr vorhandener oder geträumter Schöpfer. Nadel denkt viel, er ringt mit dem Gedanken. Im Kampf des Gehirns fühlt er sich allständig. Sein Gedichtband heißt *Um dieses alles* /München, Georg Müller/. Der Titel ist deutlich; er zeigt, wie der Dichter sich an die Dinge drängt, wie er um sie fiebert, wie er sich an ihnen zerschmettert. Das ist eine Tugend der Kraft in ihm. Er hat es sogar gelernt eine vom Skeptizismus absichtlich fortschwenkende Leidenschaft in schöne, merkwürdig voll klingende Verse einzuschließen. Nur ist seine Lyrik zu unsinnlich, zu gedacht, zu gefeilt. Sie ist für den Geist eine schöne Aufgabe, die Bildlichkeit ist matt. Und doch: So eigensinnig, so heftig und ungehorsam vor Alltäglichem baut Nadel seine Gedankenlyrik auf, daß seine Begabung sich einprägt. Er selbst hat in dem Aphorismenband *Aus vorletzten und letzten Gründen* /Berlin, Fleischel/ vom Genie ausgesagt, daß es sich verrate wie eine Frau. Es scheint, daß auf Talente von sehr eigensinniger Natur dieser Satz eher zutrifft als auf die Genies, die doch immer stiller, langsamer erobernd und bescheidener sind als die vergänglicheren Geister. Nadel verrät sich in seinen Gedichten und in seinen durch die Sprache ins Poetische gehobenen Weisheitssätzen als einen schwärmerischen Moralisten. Nadel mischt so fortwährend das Moralische ins Psychologische, indem er nicht die Entfaltung sondern seine Bewertung der Dinge vorführt. So ist auch eine gewisse Überschwenglichkeit in seinen Versen verspürbar, die der Liebe und ihrem Geschäft gewidmet sind, eine knabenhafte, keine männlich anbetende Überschwenglichkeit, eine Erhitzung der Lebensfragen, die kaum Temperaments-

sache sein kann, die eher ein Zaudergefühl ist, dem Allgemeingültigkeit gegeben werden soll. Ein Lump will er sein, damit die Liebste ihm ganz vollkommen die Liebe beweisen kann. Nur Jesus Christus hat solchen Traum oder ein Fremdling, der aus unserer Welt gewandert ist. Dem Christus, der ihm Philosophen- und Künstlererscheinung ist, dem zarathustrisch singenden Nietzsche gehört das Herz, gehört denn auch die stilistische Lehre Nadels.

Bei Nadel herrscht eine gewisse Überspannung des Geistigen, das sich gegen die Sinnlichkeit sträubt. Er darf der zahlreichen Freude nicht Meister werden, die unter dem Abstrakten liegt, die aber ein halb körperliches halb seelisches Vergnügen bereiten kann, jenen Zustand, den man sehr geschickt Stimmung nannte, indem man den Ausdruck der Musik entlehnte. Diese Unkraft sich stimmen zu lassen und die Stimmung ergiebig wiederzutönen ist in seiner Lyrik nur selten überwunden. Nun hat er gerade einen geschichtlichen Menschen, der nichts als Stimmung um sich zu verbreiten gewußt hat, zum Hauptmensch einer Tragödie gewählt, nämlich den Cagliostro /Berlin, Neuer Deutscher Verlag/. Die für heutige Abenteuerbegriffe etwas schäbige Halsbandgeschichte des italienischen Quacksalbers und Logenmystikers ist entweder Stoff zu einem groben Wirkungs- und Schauerstück, oder der Dichter vermag dem Cagliostro so viel rätselvolle Herzens- und Geistesverwirrung einzufloßen, daß ein Mann von tragischem Geschick im tiefern Sinn entstand. Zwischen den Dingen, zwischen den Problemen bleibt Nadels Cagliostro stecken. Wenn er als Sterbender im Kerker einiges Mitleid beim Leser (oder Zuschauer) finden kann, so ist das kein übermäßiges Verdienst der Tragödie. Ist es doch eine merkwürdige Tatsache, daß die erbärmlichsten Menschen noch im Tod so etwas wie eine lyrische Zartheit ausströmen. Denn sie werden zwischen Sein und Nichtsein ins Geheimnisvolle hineingehoben. Aus solchem Grund sind auch viele letzte Akte schlechter Tragödien erträglich, und der Kritiker, der sich so lange quälen mußte, schöpft Hoffnung für die Zukunft des Dichters.

×

Altenberg

Zu sehr über den Dingen, den Menschen, den Blumen, dem Schmutz, nicht drinnen sein: dem Dichter kann kein schlimmerer Hang mitge-

geben worden sein. Daß Peter Altenberg ein so herausfordernder Dichter ist, kommt gerade aus seiner Vertrautheit mit der irdischen Welt her, das kommt gerade deshalb, weil er dabei, weil er darinnen ist, in dem irdischen Getu und Fühlen. Er betastet die Dinge, selbst die Dinge, die verpönt sind, wie etwa das Gebiet des Verdauens, mit einer eigentümlichen Sorgfalt. Und er ist trotzdem nicht bloß ein Tropf mit groben Neigungen. Er weiß aus dem Unterleib und seiner Not die Metaphysik herauszuholen. Das zeichnet ihn aus, was schon hier gesagt und an Beispielen erläutert worden ist. Seine Narretei ist dabei auch nicht übersehen worden. Doch es kann Weisheit und zu einem dichterischen Satz gefügte Weisheit in dieser Narretei verborgen sein. Jetzt hat Altenberg bei seinem Verlag S. Fischer in Berlin wieder einen Band (Fechsung) herausgegeben. Der seltsame Name ist nur irreführend. Das meiste in dem Buch ist nämlich schon von Altenberg geschrieben und irgendwie veröffentlicht worden. Er hat zu sehr die Angewohnheit gepflegt unter irgendeinem andern Titel die Ernte von früheren Jahren zu vereinigen. Das ist nun aber eine Narretei, die sich nicht verantworten läßt.

× **Kurze Chronik** Am 2. September ist August Stramm als Hauptmann auf dem russischen Kriegsschauplatz gefallen. Der Dichter war unter den Neuen, die in den letzten Jahren hervortraten, eine der stärksten Begabungen. Von seinen Dramen, die im Sturmverlag erschienen, wird hier noch gesprochen werden. In einem galizischen Infektionsspital starb am 9. August der polnische Dichter Dr. Georg Zulawski als Offizier der polnischen Legion. Seine Dramen sind mit Erfolg auf allen polnischen Bühnen aufgeführt worden. × In Utrecht starb nach kurzer Krankheit Maarten Maartens (Joost Marius Willem von der Poorten-Schwartz). Zu seinen bekanntesten Romanen, die er meist in englischer Sprache schrieb, gehören My Lady Nobody, Eva und Die neue Religion; besonders Wert hat sein Roman Der Gottesnarr. × 38 Jahre alt, starb in Rom Luigi Lucatelli, einer der volkstümlichsten jungitalienischen Schriftsteller und Journalisten. Seinen Ruhm begründete der von ihm erfundene Typus des ewig protestierenden Bürgers Oronzo Marginatti,

den er im Travaso in jeder Woche zu Wort kommen ließ. Während seiner letzten Lebensjahre war Lucatelli als Kriegsberichterstatte tätig, zuerst in Tripolis, später auf dem Balkan und zuletzt in Frankreich. × Der dänische Schriftsteller Sophus Bauditz ist in Kopenhagen im 65. Lebensjahr gestorben. Er veröffentlichte eine Reihe von Lustspielen und Novellen. × Die Nichte Flauberts, Frau Franklin-Grout, hat eine Reihe von Flaubertmanuskripten und -entwürfen der Pariser Nationalbibliothek (Salammbö und Trois contes) und der Bibliothek von Rouen (Madame Bovary und Bouvard et Pécuchet) vermacht. × Über die Popularität Kellers hat die Neue Zürcher Zeitung einige zahlenmäßige Angaben gebracht. Der Grüne Heinrich, 1889 in 8. Auflage erschienen, hat 1914 die 80. erreicht; die Leute von Seldwyla sind in etwa gleichem Zeitraum von der 5. zur 83. fortgeschritten. Die 10bändige Gesamtausgabe war 1914 in mehr als 500 000 Exemplaren verbreitet. Dazu kommen noch die zahlreichen italienischen, norwegischen, französischen und englischen Übersetzungen seiner Werke. Die Nicolaische Leihbibliothek in Berlin hat ihren Bedarf an Kellerschen Werken zum Teil zahlenmäßig festgelegt: vom Grünen Heinrich brauchte sie jährlich etwa 120 Exemplare, die in Fetzen gelesen wurden.

× **Literatur** Vorlesungen, die der Giebener Alphilologe Alfred Körte vor ungelehrten Hörern gehalten hat, wurden von ihm in einem schmalen Band der Teubnerschen Sammlung Aus Natur und Geisteswelt vereinigt und Die griechische Komödie betitelt. Das formale Element, die metrischen Eigentümlichkeiten der klassischen Komödie in Griechenland werden erst auseinander gesetzt, vielleicht zu nüchtern, vielleicht nicht anlockend genug, damit der ungelehrte Mann sieht, welch Geistesfunke auch in diesen metrischen Dingen hervorsprang. Da hat es Körte nicht vermocht sein Wissen aus einer toten Buchstabenweisheit herauszuheben. Er wird schon anschaulicher, wenn er die einzelnen Komödiendichter selbst charakterisiert, beginnend mit Kratinos, dem großen Aristophanes den Hauptteil seiner Abhandlung widmend und endlich noch den Weg zeichnend, der in die neue Komödie bis zu Menander hinüberführt. × Einen Grundriß der

deutschen Literaturgeschichte stellt Karl Quenzel zusammen /Leipzig, Hesse & Becker/. Dieser Grundriß beginnt mit der althochdeutschen Zeit und schließt mit dem Namen Gabriele Reuter. So ist die Geschichte von 2 Jahrtausenden fast auf 90 kleine Seiten zusammengepreßt.

KULTUR

Technik / Heinrich Lux

Kriegsbeleuchtung Der herannahende Winter lenkt die allgemeine Aufmerksamkeit auf die Versorgung mit künstlichem Licht, die wegen der fast völlig stockenden Petroleum-einfuhr aus Amerika nicht wenig Schwierigkeiten machen wird. Für die wohlhabenden Kreise der Bevölkerung liegt allerdings eine nur geringe Gefahr vor, denn solange unsere Kohlenproduktion im Gang ist, versorgen uns unsere leistungsfähigen Energiezentralen mit Elektrizität und Gas. Aber der ärmere Teil der Bevölkerung, der noch zumeist auf die Petroleumlampe angewiesen ist, wird schwer zu leiden haben. Damit erwächst für unsere kommunalen Verbände und auch für die Reichsregierung die zwingende Pflicht das Problem der Lichtversorgung energisch in Angriff zu nehmen, so schwierig die Lösung dieser Aufgabe auch ist.

Das preußische Ministerium für Handel und Gewerbe hat auch bereits die Gelegenheit in die Hand genommen und der Beleuchtungsindustrie nahegelegt durch eine vermehrte Produktion von Azetylen-tischlampen der drohenden Beleuchtungsnot zuvorzukommen. Von interessierter Seite wird dementsprechend auch schon eine lebhaftete Reklame für tragbare Azetylenlampen entfaltet. Wenn man den Ausführungen in gewissen Zeitschriften Glauben schenkt, so bedeutet die Azetylenlampe bereits eine Befreiung Deutschlands von der Ausbeutung durch amerikanisches Petroleum. So einfach liegt die Sache nun leider nicht, denn einmal besitzen wir zurzeit noch keine allen billigen Ansprüchen genügende tragbare Azetylenlampe, die die Petroleumtischlampe ersetzen könnte, weiterhin stellt sich die Beleuchtung mit Azetylen ganz erheblich teurer als die Beleuchtung mit Petroleum, und schließlich darf nicht außer acht gelassen werden, daß in der Zeit allgemeiner Not die Anschaffung eines neuen Beleuchtungsgeräts das Budget des kleinen Mannes ganz erheblich belastet.

Allerdings lassen sich tragbare Azetylenlampen aus verzinktem Eisenblech und selbst aus Zinkblech herstellen, so daß keine fabrikatorischen Schwierigkeiten wegen der Beschlagnahme von Kupfer und Kupferlegierungen entstehen können, wenn nur überhaupt erst eine brauchbare Konstruktion vorhanden wäre. Das ist aber nicht der Fall. Die bisher auf den Markt gebrachten Azetylenlampen sind teilweise nach dem Tropfsystem teilweise nach dem Verdrängungssystem gebaut, die auch bei den allgemein bekannten Azetylenfahrradlaternen zur Anwendung kommen. Dem Tropfsystem haften mehrere sehr erhebliche Mängel an. Wenn man nämlich Wasser tropfweise auf Kalziumkarbid aufbringt, so wird lokal die Temperatur des Kalziumkarbids so sehr gesteigert, daß ein Teil des Wassers verdampft. Der Karbidbehälter füllt sich dann nicht nur mit dem durch die Einwirkung von Wasser auf Kalziumkarbid gebildeten Azetylen sondern auch mit Wasserdampf. Stellt man dann die Wasserzufuhr ab, so kondensiert der Wasserdampf, und es findet noch stundenlang eine Nachentwicklung von Azetylen statt. Diese Nachentwicklung macht die Azetylenlampen nach dem Tropfsystem zur Wohnungsbeleuchtung ganz ungeeignet. Dem nachentwickelten Azetylen muß, um gefährlichen Drucksteigerungen im Karbidbehälter vorzubeugen, ein Ausweg geboten werden. Gleichgültig ob das durch ein Sicherheitsventil oder den geöffneten Brennerhahn geschieht, jedenfalls entweicht das Azetylen unverbrannt in den Wohnraum und verschlechtert dort in ganz unzulässiger Weise die Luft und kann in engen, schlecht ventilierten Räumen zu verhängnisvollen Explosionen Anlaß geben. Bei Azetylenfahrradlaternen hilft man sich meist in der Weise, daß man die Wasserzufuhr abstellt und das nachentwickelte Azetylen im Brenner verbrennt. Man muß dann das Wasser etwa eine halbe oder eine ganze Stunde vor dem Ende der gewünschten Beleuchtungszeit absperrn. Da der Druck im Karbidbehälter bei unterbrochener Wasserzufuhr allmählich sinkt, so wird auch die Flamme immer kleiner und kleiner, bis sie schließlich nur ein kleines, stark rußendes Flämmchen bildet, das sehr rasch die feinen Öffnungen des Brenners verstopft. Um diese Verußung zu vermeiden, muß man schließlich doch die Flamme löschen und den Rest des nachentwickelten Azetylens unverbrannt entweichen lassen. Bei

Fahrradlaternen ist das so schlimm nicht, da sie gewöhnlich in freier Luft brennen, wohl aber bei Tischlampen, bei denen man nicht gewohnt ist sie ins Freie zu stellen, wenn man kein Licht mehr wünscht. Schon aus diesem Grund sollte man Azetylenlampen nach dem Tropfsystem nicht als Tischlampen empfehlen. Dazu aber kommt noch, daß die Regulierung bei diesem Lampensystem viel zu wünschenswert übrigläßt. Beim Anstellen der Wasserzufuhr erfolgt meist eine sehr stürmische Gasentwicklung, so daß das Azetylen zischend entweicht und, angezündet, eine große Stichflamme bildet, gewiß kein sehr sympathischer Vorgang bei einer Tischlampe. Läßt man das Wasser am Anfang auf frisch aufgeschüttetes Karbid aber in nur sehr kleinen Tropfen auf fallen, so kann die Temperatursteigerung so hoch werden, daß Glühstellen am Kalziumkarbid auftreten. Bei dieser Temperatur zersetzt sich aber Azetylen, und es sind aus Anlaß dieser lokalen Erhitzung auch schon Azetylenexplosionen beobachtet worden. Auch bei dem Verdrängungssystem findet eine starke Nachvergasung statt, und es läßt noch weniger als das Tropfsystem eine Regulierung zu. Freilich sind die nach dem Verdrängungssystem gebauten Lampen so einfach, daß sie auch billig hergestellt werden können.

Was nun die Betriebskosten bei der Azetylenkleinbeleuchtung anlangt, so bedeutet die Azetylentischlampe geradezu ein Danaergeschenk für den kleinen Mann. Theoretisch werden aus 1 Kilo Kalziumkarbid rund 300 Liter Azetylen entwickelt. Selbst in rationell eingerichteten Azetylenzentralen wird diese theoretische Ausbeute aber nie erreicht. Bei tragbaren Azetylenlampen ist die Ausbeute ganz erheblich viel kleiner. Das Karbid wird einmal nur selten voll ausgenutzt, unverbrauchte Stücke werden mit dem Kalkschlamm weggeworfen, weiter entweichen erhebliche Mengen Azetylen ungenutzt beim Anstellen der Wasserzufuhr, und schließlich geht eine noch größere Menge infolge der Nachentwicklung verloren. Die wirkliche Ausbeute bei Azetylentischlampen wird noch nicht 150 Liter Azetylen auf 1 Kilo Karbid betragen. 1 Liter Azetylen in der Stunde verbrannt liefert rund 1 Hefnerkerze Lichtstärke. Um eine einigermaßen ausreichende Beleuchtung zu erhalten, wird man also eine Azetylentischlampe mit einem stündlichen Konsum von 15 Liter zugrunde legen müssen. Das heißt ein Kilo Kalzium-

karbid wird für etwa 10 Stunden Licht spenden. Im Kleinhandel ist das Kilo Kalziumkarbid nicht unter 1 Mark zu haben. Die Beleuchtung mit Azetylen würde also auf rund 10 Pfennig stündlich zu veranschlagen sein. Das ist für den kleinen Mann ganz entschieden zu viel.

Auch aus hygienischen Gründen kann der Beleuchtung mit Azetylentischlampen nicht das Wort geredet werden. Bei derartigen Beleuchtungsgeräten wird allgemein von der Reinigung des entwickelten Rohazetylens Abstand genommen. Das Rohazetylen ist aber mit schwefel-, phosphor-, stickstoff- und siliziumhaltigen Verbindungen verunreinigt, die sämtlich in beträchtlicher Weise die Atmungsluft verschlechtern. Besonders die Siliziumverbindungen machen sich hier in unangenehmer Weise bemerkbar, indem sie beim Verbrennen ungereinigten Azetylens bläuliche Dunstwolken im Raum erzeugen. Die übrigen Verbindungen machen ihre nachteilige Wirkung meist nur auf die Lampenteile selbst geltend. Von vielbenutzten Azetylenfahrradlaternen her ist es ja bekannt, daß ihre Lebensdauer nicht sehr groß ist. Dieses Moment darf nicht unberücksichtigt bleiben, wenn man dem kleinen Mann die Neanschaffung von Azetylentischlampen empfiehlt.

In ihrer Summe müßten die hier angeführten Gründe durchaus gegen die Empfehlung der Azetylenlampen sprechen. Damit ist natürlich nichts gegen die Azetylenbeleuchtung an sich gesagt, die durchaus empfehlenswert ist, wenn sie in größeren Anlagen oder gar in Zentralen erzeugt wird. Die sonst meist als Ersatz für die Petroleumlampe empfohlene Spiritusglühlichtlampe hat gleichfalls ganz erhebliche Nachteile. Denn bei den gegenwärtigen hohen Spirituspreisen kostet die Brennstunde etwa 5 Pfennig, wobei rund 50 Hefnerkerzen Lichtstärke erzeugt werden. In diesen Preis sind die Kosten für Erneuerung von Glühkörpern und Zylindern nicht mit eingegriffen, die recht beträchtlich sind. Trotzdem ist von dem Reichskanzler den Bundesregierungen empfohlen worden die Einführung von Spiritusglühlampen besonders zu propagieren und die Bevölkerung in geeigneter Weise auf die Gefahren der Azetylenlampen aufmerksam zu machen. Zur Förderung der Spiritusglühlichtbeleuchtung ist unter Gewährung einer größeren Garantiesumme durch das Reich die Gründung

einer Spiritusglühlichtkriegsgesellschaft mit beschränkter Haftung in Berlin veranlaßt worden, die die Versorgung Deutschlands mit Kleinbeleuchtungsmitteln für Spiritusglühlicht, insbesondere den Vertrieb von Spiritusglühlichtbrennern übernommen hat. Der Brenner kostet im Kleinhandel 4 Mark, für Gemeinden und Behörden beim Bezug von mindestens 40 Stück 3 Mark. Für den Betrieb der Brenner ist eine hinreichende Menge Spiritus zum augenblicklichen Detailpreis von 60 Pfennig für das Liter bereitgestellt worden.

Es ist sehr bedauerlich, aber die Tatsache darf doch nicht verschwiegen werden, daß ein vollwertiger Ersatz für die Petroleumtischlampe, sofern es sich um isolierte Beleuchtungsgeräte handelt, gegenwärtig noch nicht vorhanden ist. Um deshalb den Allerärmsten das zurzeit immer noch billigste Licht, die Petroleumlampe, zu erhalten, empfiehlt der Reichskanzler vor allem den Behörden im Petroleumverbrauch nach Möglichkeit zu sparen. Wenn die Behörden durch Ersatz der von ihnen noch benutzten Petroleumlampen durch Spiritusglühlichtlampen usw. in ähnlicher Weise den Petroleumverbrauch einschränken würden wie das die preußisch-hessische Eisenbahnverwaltung mit Erfolg durchgeführt hat, so könnten etwa 20 000 Tonnen Petroleum für die Heimarbeit und für landwirtschaftliche Zwecke freigemacht werden. »Dieses Ziel muß«, so führt der Reichskanzler aus, »im Interesse unserer gesamten Zivilbevölkerung von allen Verwaltungen mit Energie erstrebt werden.«

Soweit es sich um Konsumentenkreise im Versorgungsgebiet leistungsfähiger Energiezentralen handelt, könnte allerdings auch der kleine Mann mit Gas oder Elektrizität versorgt werden. Voraussetzung hierfür wäre, daß sich die Kommunen generell zur Herstellung der erforderlichen Anschlüsse auf ihre eigenen Kosten entschließen, und daß den Konsumenten auch die Beleuchtungsgeräte gegen Miete oder Abzahlung zur Verfügung gestellt werden. Es wird zu den Kriegsaufwendungen der Gemeinden gehören hier mit helfender Hand einzugreifen. Freilich sind auch hier infolge des starken Mangels an Installationspersonal die Schwierigkeiten nicht gering, aber sie sind nicht unüberwindlich.

Vor allem kommt die Versorgung mit Gas, auch zu Kochzwecken, in Frage. Im Interesse der Kriegführung und der Landwirtschaft, die auf Gasanstalts-

nebenprodukte angewiesen sind, liegt es, daß die Gaserzeugung die weiteste Förderung erfährt. Unter diesem Gesichtspunkt wäre die Freigabe von Messing, soweit es sich um die Herstellung von Brennern für die Gasbeleuchtung handelt, aber auch die Dienstbefreiung einer bestimmten Zahl von Installateuren durchaus zu rechtfertigen. Die militärische Schlagfertigkeit würde hierdurch kaum eine Einbuße erleiden; dafür gewänne die Heeresverwaltung eine größere Sicherung durch die gesteigerte Produktion an Benzol, Toluol, Ammoniumsulfat usw.

Auch die weitere Ausdehnung der Elektrizitätsversorgung käme in Betracht, besonders in dem Gebiet der Überlandzentralen, während in den Großstädten durch den Zugang zahlreicher kleiner Lichtkonsumenten die Belastungsspitzen der Zentralen während der Abendstunden in den Wintermonaten so groß werden könnten, daß manche von ihnen die Lieferungen nicht mehr zu leisten imstande wären. Bei den Überlandzentralen liegen die Verhältnisse nicht so kompliziert. Die Leistungsfähigkeit der meisten von ihnen ist groß genug, um selbst ein erheblich gesteigertes Lichtbedürfnis befriedigen zu können, zumal der Betrieb von landwirtschaftlichen Maschinen aus der besonders kritischen Zeit von 4 bis 7 Uhr des Nachmittags herausverlegt werden könnte.

Jedenfalls könnten zahlreiche Gemeinden durch Erleichterung des Anschlusses an ihre Energiezentralen in wirksamster Weise der drohenden Beleuchtungsnot vorbeugen.

× Wasserstoffgewinnung ×
 In dieser Rundschau (1912, 2. Band, pag. 953 f.) sind bereits früher die verschiedenen neueren Verfahren zur technischen Erzeugung von Wasserstoff beschrieben worden. Seitdem ist der Bedarf an Wasserstoff, insbesondere durch das Habersche Verfahren der synthetischen Ammoniakerstellung, noch erheblich gestiegen, so daß die Technik Ausschau nach neuen, leistungsfähigen Verfahren zur Herstellung möglichst reinen und vor allem kohlenoxydfreien Wasserstoffs halten mußte. Ein solches Verfahren ist von Dr. Bergius ausgearbeitet worden. Dr. Bergius entdeckte, daß überhitztes flüssiges Wasser bei etwa 400° unter der Einwirkung geeigneter Katalysatoren mit Kohle in der Weise reagiert, daß Wasserstoff und Kohlendioxyd entstehen. Kohlendioxyd

läßt sich leicht durch Ätzlaugen absorbieren, so daß man reinen Wasserstoff erhält. Die Reaktion verläuft jedoch für die Darstellung im großen zu langsam. Dr. Bergius wandte deshalb seine Aufmerksamkeit der bereits von früher her bekannten Reaktion von heißem Eisen auf Wasser zu, bei der gleichfalls Wasserstoff entsteht. Zur Ausführung seines Verfahrens erhitzt er gepulvertes Eisen mit Wasser unter Zuhilfenahme eines löslichen Katalysators in geschlossenen Gefäßen auf etwa 300°. Hierbei verwandelt sich das Eisen in Eisenoxyduloxyd, während Wasserstoff frei wird. Durch geeignete Kühlung und Abscheidung mitgerissenen Wasserdampfs durch Kondensation ist es möglich in einem kontinuierlichen Prozeß Wasserstoff unter hohem Druck aus dem Entwickler ausströmen zu lassen und ihn sofort mit etwa 150 Atmosphären in Stahlflaschen abzufüllen. Der Druck im Entwickler steigt hierbei auf etwa 300 Atmosphären. Das neue Verfahren hat also den besondern Vorteil, daß der erzeugte Wasserstoff nicht erst durch besondere Kompressoren komprimiert zu werden braucht.

Das gebildete Eisenoxyduloxyd wird, mit Kohle vermischt, in Retorten auf 1000° erhitzt und hierdurch wieder zu metallischem Eisenpulver reduziert, so daß das neue Verfahren nur eines Ersatzes von Kohle und Wasser bedarf, also sehr sparsam ist. Eine kleine Anlage, die in einem Operationsgang von 5 Stunden etwa 45 Kubikmeter Wasserstoff erzeugt, ist in Hannover im Betrieb, eine Anlage zur Erzeugung von 1000 Kubikmeter täglich ist im Bau begriffen. Der erzeugte Wasserstoff ist außerordentlich rein. Auf etwa 300 Liter Wasserstoff ergeben sich rund 150 Kubikzentimeter verflüssigbare Verunreinigungen, die zu 15,5% aus ungesättigten Kohlenwasserstoffen, zu 2,2% aus Kohlenoxyd und zu 82,3% aus Wasserstoff bestehen. Das entspricht einer Verunreinigung des erzeugten Wasserstoffs von insgesamt 0,05%. Durch Überleitung des erzeugten Wasserstoffs über Holzkohle lassen sich die Verunreinigungen aber noch weiter vermindern, so daß man schließlich einen Wasserstoff von nur noch 0,005% Verunreinigungen erhält, also ein Produkt, das fast so rein, ist wie der elektrolytisch hergestellte Wasserstoff.

X

X

KurzeChronik Nach dem Jahresbericht der Darmstädter Technischen Hochschule sind 5 Mitglieder ihres Lehrkörpers auf dem Schlachtfeld gefallen: Ernst Preuß, Max Müller, Erich Reinecke, Jakob Pflieger und Wilhelm Dern. X Das leistungsfähigste Elektrizitätswerk der Welt wird von der Commonwealth Edison Company betrieben. Es hatte im Dezember 1914 eine Maximalbelastung von 306 200 Kilowatt (mehr als 400 000 Pferdestärken) und gab im Jahr 1914 insgesamt 1114 Millionen Kilowattstunden ab. Der Belastungsfaktor betrug im Durchschnitt 43,6%. X Das Habersche Verfahren der synthetischen Herstellung von Ammoniak wird von der Badischen Anilin- und Sodafabrik in einer großen Anlage mit einer Jahreserzeugung von 130 000 Tonnen schwefelsauren Ammoniaks ausgebeutet. X In England macht sich ein sehr beträchtlicher Mangel an Zink geltend. Die Ursache ist eine Verminderung der Normalproduktion auf etwa die Hälfte des Umfangs vor dem Krieg. Als Hauptgrund wird der Mangel an Arbeitern infolge der Rekrutierung angegeben. Die arbeitsparenden maschinellen Fortschritte der deutschen Zinkhüttenindustrie sind in England noch nicht zur Einführung gelangt. X Ein einfaches Schlauchventil, das vielfach die gebräuchlichen Schlauchklemmen ersetzen kann, ist Dr. Paul Enke in Plauen im Vogtland patentiert worden. Es besteht aus einem der Länge nach aufgeschnittenen Gummistopfen, der an bestimmter Stelle in den Schlauch eingeschoben wird. Sobald von außen mit der Hand ein Druck auf den Stopfen ausgeübt wird, öffnet sich der Längsspalt des Stopfens, und die Flüssigkeit kann ungehindert austreten, beim Aufhören des Drucks schließt sich der Spalt, und das Ausfließen der Flüssigkeit wird verhindert. X Die philosophische Fakultät der Berliner Universität hat den Geheimen Regierungsrat Wilhelm von Siemens an seinem 60. Geburtstag zu ihrem Ehrendoktor ernannt, weil er »durch viele Erfindungen, besonders aber durch die Schöpfung der Schnellbahnen, der Metallfadenslampen und des Schnelltelegraphen Wissenschaft und Technik mit wunderbarem Erfolg vereinigt und im Frieden wie im Krieg dem Vaterland aufs bestedient« hätte.